

# **Der Münchner Kreis um Albert Lempp**

Die Mitglieder, der Laienbrief und dessen  
Wirkungsgeschichte

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>DANKSAGUNG</b>	<b>4</b>
<b>1 EINLEITUNG</b>	<b>5</b>
<b>2 DIE SITUATION DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND IM NATIONALSOZIALISMUS</b>	<b>6</b>
<b>3 DIE HALTUNG DER EVANGELISCHEN KIRCHE ZUR JUDENVERFOLGUNG</b>	<b>14</b>
<b>4 DER MÜNCHNER KREIS</b>	<b>19</b>
4.1 Albert Lempp und seine Frau Maria	21
4.2 Emil Höchstädter und seine Frau Anna	24
4.3 Wilhelm Hengstenberg	26
4.4 Walter Classen	26
4.5 Kurt Wilhelm Lentrodt und seine Schwester Emmy	28
4.6 Carl Gunther Schweitzer	29
4.7 Karl Nold	32
4.8 Kurt Frör	32
4.9 Hellmut Traub	35
4.10 Kurt Müller	37
4.11 Hermann Diem	39

<b>5</b>	<b>DIE ENTSTEHUNG DES MÜNCHNER LAIENBRIEFES UND DIE ÜBERGABE DESSELBEN AN DEN BAYERISCHEN LANDESBISCHOF HANS MEISER</b>	<b>43</b>
<b>6</b>	<b>ANALYSE DES LAIENBRIEFES</b>	<b>45</b>
<b>6.1</b>	<b>Anlass und Forderung</b>	<b>45</b>
<b>6.2</b>	<b>Analyse der Argumentation für die Pflicht der Kirche zu einer öffentlichen Stellungnahme</b>	<b>46</b>
6.2.1	Das Gebot der Nächstenliebe	46
6.2.2	Die Judenfrage als evangelische Frage	48
6.2.3	Die bestehende Erwählung Israels und die unlösbare Verbundenheit zwischen Israel und Kirche	51
6.2.3.1	Die im Brief dargestellte Geschichte Israels	51
6.2.3.2	Der ungekündigte Bund Gottes mit Israel	52
6.2.3.3	Die unlösbare Verbundenheit von Israel und Kirche	53
6.2.4	Die Verbindlichkeit des 1. Gebotes	56
6.2.5	Das Wächteramt der Kirche gegenüber dem Staat	58
6.2.6	Die Bedrohung der Existenz der Kirche	61
<b>7</b>	<b>WIRKUNGSGESCHICHTE</b>	<b>63</b>
<b>7.1</b>	<b>Landesbischof Wurm: bestärkt durch den Laienbrief zu einem Protestschreiben an die Regierung</b>	<b>63</b>
<b>7.2</b>	<b>Die Veröffentlichung des Briefes im Ausland</b>	<b>64</b>
<b>7.3</b>	<b>Helmut Hesse: Die Verlesung des Laienbriefes als Höhepunkt seines konsequenten Widerstandes</b>	<b>65</b>
<b>7.4</b>	<b>Walter Höchstädter und seine Flugschrift „Darum seid nüchtern“</b>	<b>69</b>
7.4.1	Der Anlass	69
7.4.2	Analyse des Inhaltes der Flugschrift	70
7.4.2.1	Höchstädters Motivation zur Abfassung der Schrift	70
7.4.2.2	Jesus als Sieger im Kampf gegen die Dämonen	70
7.4.2.2.1	Der Kampf der ersten Gemeinde gegen den Teufel nach dem Neuen Testament	70
7.4.2.2.2	Begriffserklärung „Dämonen“	71
7.4.2.2.3	Die Kirchengeschichte als Demonstrationsgeschichte des Kampfes gegen Dämonen	72

7.4.2.3	Die Aufgabe der Gemeinde: Exorzismus betreiben im Namen Jesu	72
7.4.2.4	Die Judenverfolgung als aktueller Wahn	73
7.4.2.4.1	Die Pflicht der Gemeinde: Bekenntnis gegen die Judenverfolgung ablegen	73
7.4.2.4.2	Höchstädtters Stellungnahme gegen „gemäßigten“ Antisemitismus	74
7.4.2.5	Die „Verstockung“ der Juden als Schuld der Christen	75
7.4.2.6	Höchstädtters Forderung an die Kirche: Glaube, Liebe und Hoffnung verkündigen	75
7.4.3	Das „Nachspiel“ der Flugschrift	76
<b>8</b>	<b>DIE BEDEUTUNG DES LAIENBRIEFES FÜR DIE GEGENWART</b>	<b>77</b>
<b>9</b>	<b>QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>78</b>
9.1	Unveröffentlichte Quellen	78
9.2	Veröffentlichte Quellen und Darstellungen	78
<b>10</b>	<b>ANHANG</b>	<b>85</b>

## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich allen Personen danken, die mich während der Erstellung dieser Arbeit fachlich und moralisch unterstützt haben.

Ich danke Herrn Berndt Hamm, der einst meine Begeisterung für die Kirchengeschichte geweckt hat. Bei der freundlichen und kompetenten Betreuung meiner Zulassungsarbeit ließ er mir viel Freiheit, sodass ich eigenständig arbeiten und nach meinem eigenen Interesse Schwerpunkte setzen konnte.

Mein besonderer Dank gilt Frau Helga Maria Möhrle, die mir in freundlichen Gesprächen interessante Auskünfte über das Leben ihres Vaters Kurt Wilhelm Lentrodt sowie das ihrer Tante Emmy Lentrodt mitteilte. Da über diese Mitglieder des Münchner Kreises bislang wenige Informationen publik sind, erhielt meine Arbeit dank Frau Möhrle eine wertvolle Vervollständigung.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei Herrn Markus Springer bedanken, der gemeinsam mit seinen Mitarbeitern interessierten Menschen auf der Internetseite <http://www.albert-lempp.de/> einen umfassenden Überblick über den Münchner Kreis zugänglich macht. Diese Internetseite war für mich eine erste Orientierung. Ich danke ihm für die freundlichen Gespräche und das Interesse an meiner Zulassungsarbeit, die er dort zum Download bereitstellen wird.

Mein Dank gilt nicht zuletzt meinen lieben Eltern für ihre vielfältige Unterstützung und das sehr sorgfältige Korrekturlesen.

# 1 Einleitung

„München leuchtete“ – so lautet der Anfang von Thomas Manns Novelle „Gladius Dei“. In Anlehnung an diese Anfangsworte verleiht die bayerische Landeshauptstadt München seit 1961 die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ zur Ehrung von Persönlichkeiten, die besondere Verdienste in München und Umgebung geleistet haben.<sup>1</sup> Würde man heute diese Medaille nachträglich für das Jahr 1943 verleihen, könnte eine Gruppe Münchner Laien und Theologen verdient zu den Ausgezeichneten gehören. Zu dieser Zeit verbreitete sich allmählich das Wissen um den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung, wozu die Kirchen allerdings schwiegen. Dieser Zustand des Schweigens war für die mutigen Menschen des Münchner Kreises so unerträglich, dass sie ihm ein Ende setzen wollten, obwohl ein Protest Verfolgung, Verhaftung und Tod bedeuten konnte. Der Kreis um den Münchner Albert Lempp verfasste Ostern 1943 eine Denkschrift, welche die bayerische Landeskirche zu einem offiziellen Wort gegen die Judenverfolgung bewegen sollte. Diese Denkschrift gehört als eines der wenigen couragierten Zeugnisse aus den Reihen der Bekennenden Kirche zu den bedeutendsten Beiträgen der zeitgenössischen evangelischen Theologie zur nationalsozialistischen Judenverfolgung.<sup>2</sup>

In der vorliegenden Arbeit wird zunächst ein Überblick über die Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland während des Nationalsozialismus gegeben. Es folgt eine Darstellung der Haltung der Kirche zur Judenverfolgung. Daraufhin wird der Münchner Kreis mit seinen der Wissenschaft bekannten Mitgliedern vorgestellt. Eine kurze Schilderung der Situation, in welcher der so genannte Münchner Laienbrief abgefasst wurde, und der Übergabe desselben an Landesbischof Meiser schließt daran an. Im Zentrum der Arbeit steht eine ausführliche Analyse des Laienbriefes, in der die Argumentation für die Notwendigkeit des kirchlichen Widerstands erläutert wird. Ein weiterer Teil stellt die Wirkungsgeschichte des Briefes dar. Neben der Wirkung des Briefes auf den württembergischen Landesbischof Wurm und der Veröffentlichung des Briefes im Ausland wird hierbei auf das Schicksal eines Bekenntnisparers eingegangen, der den Münchner Laienbrief in einem Gottesdienst verlas.

---

<sup>1</sup> Vgl. UDE, Christian: Medaille „München leuchtet - Den Freunden Münchens“. In: München, URL: <<http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/ehrunge/mleuchtet/39303/>> (05.09.2010).

<sup>2</sup> Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 4/II: 1941-1945. Vernichtet. Stuttgart 2007, S. 283.

Vor allem findet ein Flugblatt, das Walter Höchstädter, der Sohn des Landgerichtsrates Emil Höchstädter aus dem Münchner Kreis, in Reaktion auf die Schrift verfasste, eingehende Betrachtung. Der Schlussgedanke der Arbeit beschäftigt sich mit der Bedeutung der Münchner Judendenkschrift für die heutige Zeit.

## **2 Die Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland im Nationalsozialismus**

Für das allgemeine Verständnis der Arbeit wird in diesem Kapitel die Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus erläutert.<sup>3</sup>

Als Adolf Hitler 1933 die Regierung übernahm, existierten 29 evangelische Landeskirchen, die im Deutschen Evangelischen Kirchenbund locker zusammengeschlossen waren.<sup>4</sup> Die 1932 gegründete „Gemeinschaft Deutscher Christen“ (DC), zu der sich nationalsozialistische Christen vereinigt hatten, plante die vollständige Integration der evangelischen Kirchen in das NS-System und die Vereinigung aller Landeskirchen zu einer Reichskirche. Diese sollte nach dem „Führerprinzip“ einen Reichsbischof an der Spitze haben. Die DC bejahten einen „artgemäßen Christusglauben“<sup>5</sup> und betonten „Rasse“, Volkstum und Nation als von Gott geschenkte Lebensordnungen. Des Weiteren forderten sie die Einführung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, des so genannten „Arierparagraphen“ in die Kirche. Es wurde bald zu einem Ziel Hitlers, die evangelischen Kirchen zur „Deutschen Evangelischen Kirche“ (DEK) zu vereinigen und dem nationalsozialistischen Programm gleichzuschalten. Im April 1933 ernannte Hitler Ludwig Müller zu seinem „Bevollmächtigten für Angelegenheiten der Evangelischen Kirche“. Daraufhin forderten die DC Kirchenwahlen, um Müller zum Reichsbischof zu machen. Nach massiver Propaganda gewannen die DC im Juli desselben Jahres die Kirchenwahlen in fast allen Landeskirchen. Lediglich die Landeskirchen in Bayern, Württemberg und Hannover blieben „intakt“, das heißt sie wurden nicht von DC geleitet. In den anderen, „zerstörten“ Landeskirchen entstanden bald parallel zu den deutschchristlichen Bischöfen freie bruderrätliche Leitungen. Die Pfarrer und Gemeinden dieser Lan-

---

<sup>3</sup> Die Situation der Evangelischen Kirche im Nationalsozialismus kann im Rahmen dieser Arbeit nur sehr summarisch dargelegt werden.

<sup>4</sup> Vgl., auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, KITZMANN, Armin Rudi: Mit Kreuz und Hakenkreuz. Die Geschichte der Protestanten in München 1918-1945. München 1999, S. 102-105, 214-226, 320-330.

<sup>5</sup> Um meine Distanzierung von der erniedrigenden Sprache der Nationalsozialisten auszudrücken, markiere ich in der vorliegenden Arbeit den Gebrauch der entsprechenden Vokabeln mit Anführungszeichen.

deskirchen konnten sich entscheiden, welcher Leitung sie sich unterstellten. Der Unterhalt dieser Pfarrer musste von den bekennenden Gemeinden selbst erbracht werden.

Am 27. September 1933 wurde Müller von den Kirchenleitungen zum Reichsbischof gewählt. Als die Kirche der Altpreußischen Union den „Arierparagraphen“ aufnahm und die Übernahme desselben von der gesamten Reichskirche forderte, gründete sich der „Pfarrernotbund“ unter Martin Niemöller. Dieser lehnte den staatlichen Totalitätsanspruch und somit die Anwendung des „Arierparagraphen“ ab, da dies eine Verletzung des Bekenntnisstandes, des „status confessionis“ bedeutete.<sup>6</sup>

Reichsbischof Müller verlor bald das Vertrauen der evangelischen Kirchenführer. Die DC hatten auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast am 13. November 1933 die Abschaffung des Alten Testaments und die „Entjudung“ der Kirche gefordert, was vielen zu weit ging: Tausende Mitglieder traten aus der „Glaubensbewegung Deutscher Christen“ aus.<sup>7</sup> Müller, der die DC gefördert hatte, sank damit in seinem Ansehen. Als er dann auch noch die evangelische Jugend in die Hitlerjugend eingliederte, verlangte eine massive Opposition den Rücktritt Müllers. Der Reichsbischof erließ am 4. Januar 1934 eine „Verordnung betreff der Wiederherstellung geordneter Zustände in der DEK“, welche den Missbrauch des Gottesdienstes und kirchlicher Räume für kirchenpolitische Auseinandersetzungen verbot. Durch diesen „Maulkorberlass“ wollte er die kirchliche Opposition in den Griff bekommen. Sofort protestierte der Pfarrernotbund mit einer Kanzelabkündigung gegen diese Gesetzgebung.

Am 25. Januar sprachen viele Vertreter der evangelischen Kirche bei Hitler vor, um die Entmachtung Müllers zu erreichen. Es gelang Hitler und dem Reichsbischof jedoch, auch mit dem bayerischen Landesbischof Hans Meiser und dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm eine Zusammenarbeit mit Müller zu vereinbaren.

Nach dieser Unterwerfungserklärung der Kirchenführer übernahm Müller gemeinsam mit August Jäger, den er als „Rechtsverwalter der DEK“ berufen hatte, die eigentliche Führung der DEK. In den „zerstörten“ Landeskirchen kam es immer häufiger zu Amtsenthebungen und Disziplinarmaßnahmen gegen Pfarrer und Kirchenführer. Müller und Jäger setzten ihre Eingliederungspolitik der Landeskirchen nach Verwaltung und Gesetzgebung der DEK fort. Der Versuch, die württembergische Landeskirche gleichzuschalten, scheiterte allerdings und führte dazu, dass sich die überall im Reich entstandenen bekennenden Gemeinden zum gemein-

---

<sup>6</sup> Vgl. TÖLLNER, Axel: Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraph und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich“ (KuG 36). Stuttgart 2007, S. 70.

<sup>7</sup> Vgl. SCHOLDER, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusion 1918 – 1934. Frankfurt a. M./Berlin 1977, S. 711ff.

samen Widerstand verbanden. Im Frühjahr 1934 schlossen die Bekenntnissynoden der zerstörten Landeskirchen einen Bund mit den nicht eingegliederten Landeskirchen von Bayern und Württemberg. Sie gründeten die „Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche“. Am 22. April bezeichneten sie sich mit der Ulmer Erklärung, die man als Gründungsurkunde der Bekennenden Kirche (BK) verstehen kann, als die „rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands“.<sup>8</sup> Dennoch gliederte Reichsbischof Müller noch weitere Landeskirchen in die DEK ein.

Am 29. bis 31. Mai 1934 trafen sich die Vertreter der „Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche“ in Barmen, da sie das Bekenntnis in einer von den DC dominierten DEK in Gefahr sahen. Auf dieser 1. Bekenntnissynode, die als Geburtsstunde der BK gilt, wurde einstimmig die Barmer Theologische Erklärung angenommen. Mit dieser wollten sie die Grenzen zur deutsch-christlichen Religion abstecken. Sie widersprach der Übernahme der NS-Ideologie in die Kirche; ein Solidaritätsbekenntnis mit den verfolgten Juden enthielt sie allerdings nicht. Auf der 2. Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem im Oktober 1934 wurde das „kirchliche Notrecht“ ausgerufen, was die Berechtigung zu einer eigenen Leitung und somit die endgültige Gehorsamsaufkündigung gegenüber Reichsbischof Müllers Reichskirchenregiment bedeutete. Als Gegenpol zum Reichsbischof wurde ein Reichsbruderrat gebildet.

In den „zerstörten“ Landeskirchen war die Lage der bekennenden Gemeinden ungesichert und gefährlich. Der Unterhalt der Pfarrer musste durch Kollektenpläne finanziert werden; die Kanzelabkündigungen als alleiniges Mittel der öffentlichen Äußerung wurden oft durch Polizeimaßnahmen unterdrückt. Die staatsfreien Predigerseminare, die nun zur Ausbildung der BK-Pfarrer gegründet wurden, befanden sich in der gleichen Unsicherheit.

Die Kirchenorganisation der Landeskirchen Bayerns, Hannovers und Württembergs dagegen war „intakt“ geblieben. Diese wurden bald zum Ziel der Eingliederungspolitik Müllers und Jägers. Mit Hetzkampagnen und einer Inhaftierung des bayerischen Landsbischofs Meiser versuchte der Reichsbischof, Bayern in die DEK einzugliedern. Dies misslang jedoch durch die massiven Proteste des evangelischen Kirchenvolkes. Schließlich wurde Jäger aus seinem Amt entfernt und Meiser nahm seine Kirchenleitung wieder auf.<sup>9</sup>

Als Reichsinnenminister Frick das Eingliederungsgesetz der DEK aufhob, hielten der Bruderat der DEK und die lutherischen Landesbischöfe ein friedliches Miteinander von evangeli-

---

<sup>8</sup> Vgl. SCHOLDER, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Frankfurt a. M./Berlin 1980, S. 129.

<sup>9</sup> Vgl. EBD., S. 354f.

scher Kirche und nationalsozialistischem Staat für möglich. Sie bestellten in dieser Absicht am 22. November 1934 eine „Vorläufige Kirchenleitung“ (VKL), um die Verhältnisse in der DEK zu ordnen. Frick erkannte die VKL allerdings nicht an. Von Hermann Göring wurden alle kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der kirchlichen Räume untersagt. Die neuheidnische Religion der „Deutschen Glaubensbewegung“ und die DC konnten dagegen ungehindert Propagandaveranstaltungen durchführen. Als sich die VKL gemeinsam mit der Bekenntnissynode der Altpreußischen Union gegen dieses Neuheidentum wehrte, reagierte Frick mit Verhören und Verhaftungen. In diesem Zusammenhang wurden erstmals Pfarrer in das Dachauer Konzentrationslager eingewiesen. Diese Druckausübung führte jedoch zu einer engeren Verbindung innerhalb der BK. Sie lud zu einer 3. Bekenntnissynode im August 1935 nach Augsburg ein. Als Frick die Geschlossenheit und Unnachgiebigkeit der BK erkannte, lenkte er ein und verkündete die Freilassung aller verhafteten Pfarrer.

Am 16. Juli 1935 wurde Hanns Kerrl von Adolf Hitler zum Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten ernannt, damit dieser wieder geordnete Verhältnisse innerhalb der DEK herstellte. Kerrl gründete einen „Reichskirchenausschuss“ mit Generalsuperintendent Wilhelm Zoellner als Leiter und vier neutralen sowie je zwei Mitgliedern der DC und der BK. Die meisten kirchlichen Gruppierungen, darunter auch der bayerische Landesbischof Meiser, waren zu einer Zusammenarbeit mit dem Reichskirchenausschuss bereit.<sup>10</sup> Ein Teil lehnte eine solche Zusammenarbeit jedoch auf der Linie der Dahlemer Bekenntnissynode strikt ab. Als auf der 4. Bekenntnissynode im Februar 1936 in Bad Oeynhausen keine Einigung erzielt werden konnte, spaltete sich die BK in den „radikalen“ Flügel, der zu keiner Zusammenarbeit bereit war, und den „gemäßigten“ Flügel, zu dem die „intakten“ Landeskirchen gehörten. Die VKL trat auf der Bekenntnissynode zurück. Es entstand ein Leitungschaos mit der neu gewählten 2. VKL, dem Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, dem lutherischen Bruderrat, zu dem sich die Bischöfe der „intakten“ Landeskirchen zusammenschlossen, und dem Reichskirchenausschuss.

Dass die nationalsozialistische Regierung Kirche und Christentum inzwischen ablehnte, machten die Geschehnisse um eine Denkschrift der 2. VKL an Adolf Hitler deutlich. Diese Denkschrift, in der auch der Judenhass als verwerflich bezeichnet wurde, gelangte im Juni 1936 ins Ausland, was die Verfasser in den Augen der Regierung zu „Vaterlandverrätern“ machte. Um dessen nicht bezichtigt zu werden, bat die 2. VKL die Gestapo darum, die für die Veröffentlichung im Ausland Verantwortlichen zu ermitteln. Daraufhin wurden Dr. Weißler,

---

<sup>10</sup> Vgl. NORDEN, Günther van: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945. In: MEKGR 27 (1978), S. 251-273, hier: S. 257f.

der Bürochef der 2. VKL, und zwei Vikare verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, wo der getaufte Jude Dr. Weißler ermordet wurde.<sup>11</sup>

Da Reichsminister Kerrl seinen Versuch der Neuordnung der DEK durch den Reichskirchenausschuss als unmöglich erachtete, unterstützte er diesen nicht weiter. Der Reichskirchenausschuss trat am 12. Februar 1937 zurück. Hitler erkannte, dass sein Plan der Gleichschaltung der Kirche nicht möglich war und verlor das Interesse an der Kirche.

Nun begann eine Phase des Kirchenkampfes, welche die offene Gegnerschaft des gottlosen Staates und der Kirche zeigte. Die BK wurde von der Gestapo als staatsfeindliches Organ bekämpft, das sie nie sein wollte. Vor allem die Kirchenleitungen der „intakten“ Landeskirchen gerieten in große Schwierigkeiten, da sie sich stets im Zwiespalt zwischen der Wahrung des Bekenntnisses und ihrer Staatstreue befanden. Die kirchenfeindlichen Maßnahmen wurden 1937 immer schärfer: Bekanntgaben von Kirchenaustritten wurden verboten, Kollekten durften nur nach einer Genehmigung der Kirchenbehörde erhoben werden, die Gottesdienste wurden von der Gestapo überwacht, die kirchliche Presse wurde zensiert. Viele Predigtverbote wurden erlassen und es kam des Weiteren zu Prozessen, Verhaftungen und Einweisungen in Konzentrationslager. Heinrich Himmler verbot schließlich auch die Ausbildungsstätten der BK. Im Laufe des Jahres 1937 wurden über 800 Pfarrer wegen Übertretungen der Verbote verhaftet.

Im April 1938 begann der Kampf um den Treueid der Pfarrer auf Hitler. Die Landeskirchen, darunter auch die bayerische, erließen die entsprechenden Kirchengesetze. Um nicht als staatsfeindlich zu gelten, ließ sich die BK von den DC den „Eid auf den Führer“ aufdrängen. Nur Einzelne verweigerten ihn.

Tragisch wirkte sich die Gebetsliturgie aus, welche die 2. VKL am 27. September 1938 an alle Kirchenleitungen und Bruderräte verschickte. Hierin war ein mutiges geistliches Wort angesichts des drohenden Kriegsbeginns gegen die Tschechoslowakei formuliert, das, verbunden mit einem Schuldbekenntnis der Deutschen, ein Gebet um Abwendung der Kriegsgefahr enthielt. Die Gebetsliturgie fiel jedoch in die Hände der SS und sorgte dort für Empörung, da in ihr von der Schuld des Volkes am Krieg und dem Krieg als einer Strafe Gottes die Rede war.<sup>12</sup> Es begann eine übersteigerte Verfolgung der Mitglieder der 2. VKL durch die SS: Sie wurden verhört, suspendiert und verhaftet. Die Bischöfe der „intakten“ Landeskirchen

---

<sup>11</sup> Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 2/I: 1935-1938. Entrechtet. Stuttgart 1992, S. 152ff.

<sup>12</sup> Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 3/I: 1938-1941. Ausgestoßen. Stuttgart 1995, S. 49ff.

Meiser, Wurm und Marahrens ließen sich am 30. September 1938 in Berlin dazu bewegen, sich „aus religiösen und vaterländischen Gründen“ von der Gebetsliturgie und der 2. VKL zu distanzieren. Wieder einmal war der tiefe Riss zwischen dem „radikalen“ und dem „gemäßigten“ Flügel der BK an der Frage der vaterländischen Verpflichtung deutlich geworden.

Als die BK geschockt und gelähmt von dieser Kampagne der SS war, ereignete sich am 9. November 1938 die Reichspogromnacht. Nachdem der 17-jährige Jude Herschel Feybel Grynspan den Legationsrat Ernst vom Rat aus Verzweiflung über die Abschiebung seiner Familie in das judenfeindliche Polen erschossen hatte, forderte Goebbels zu einer Vergeltungsaktion auf. Bei dieser wurden 191 Synagogen meist durch Feuer zerstört, 7500 Geschäfte ausgeraubt, unzählige Wohnungen verwüstet und 91 Juden umgebracht. Polizei, Justiz und Feuerwehr wurden von der Regierung ermahnt, den Aktionen nicht entgegenzuwirken. Im Anschluss wurden 30000 vermögende und angesehene Juden in Konzentrationslager gebracht, wo fast 1000 infolge der qualvollen Haftbedingungen starben.<sup>13</sup> Die entstandenen Sachschäden mussten von den Juden selbst ausgeglichen werden. Dies führte mit der „Zwangsarisierung“ der jüdischen Geschäfte und Betriebe zu einer totalen Verarmung der jüdischen Bürger, durch die ihnen jede Möglichkeit zur Auswanderung genommen war.

Der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerrl unternahm 1939 noch einmal einen Versuch, die Evangelische Kirche neu zu ordnen. Mit der „Godesberger Erklärung der Nationalkirchlichen Einung DC“ wollte er eine Synthese zwischen Kirche und Nationalsozialismus erreichen. Der Kernsatz der Erklärung bezeichnete den christlichen Glauben als unüberbrückbaren Gegensatz zum Judentum.<sup>14</sup> Dieses Vorhaben scheiterte an der Gegensätzlichkeit der BK und den DC.

Nachdem Kerrl die Unterstützung Hitlers verloren hatte, setzte Martin Bormann, der Chef der Parteikanzlei, die Kirche weiter unter Druck. Pfarrer und Kirchenvorsteher wurden gezwungen, entweder ihr Amt in der Kirche oder das in der Partei abzulegen. Viele Pfarrer wurden aus ihrem Land ausgewiesen, vielen wurde der Religionsunterricht entzogen, gegen viele wurden Predigt-, Rede- und Schreibverbote verhängt. Kirchliche Büros wurden von der Gestapo durchsucht, kirchliche Kindergärten geschlossen, Rundfunkgottesdienste verboten und die Evangelische Bahnhofsmission wurde aufgelöst. Die kirchliche Diakoniarbeit war mehr und mehr bedroht. Dennoch ließ die gesamte DEK zu Hitlers 50. Geburtstag eine halbe Stunde lang die Glocken läuten.

---

<sup>13</sup> Vgl. TÖDT, Heinz Eduard: Die Kirche nach der Pogromnacht. Versuch einer Rechenschaft. In: EvKomm 11 (1988), S. 633-638.

<sup>14</sup> Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 3/II: 1938-1941. Ausgestoßen. Stuttgart 1995, S. 324.

Mit Beginn des Krieges stellte die nationalsozialistische Regierung ihre kirchenpolitischen Ziele zurück. Disziplinarmaßnahmen und kirchliche Strafverfolgungen wurden aufgehoben, um die Kirchen zu beruhigen. Der Staat schloss eine Art Burgfrieden mit der Kirche. Dass zahlreiche kritische Pfarrer der BK zum Militärdienst gezielt eingezogen wurden, entzog sie einerseits dem Zugriff der Gestapo, schwächte aber andererseits die BK.

Als sich in Deutschland keine allgemeine Kriegsbegeisterung breitmachte, stellte die nationalsozialistische Propaganda den Polenfeldzug der Deutschen als Reaktion auf polnische Provokationen dar. Dies wurde größtenteils auch in der BK geglaubt, weshalb sie sich dem Schicksal des Deutschen Volkes verpflichtet fühlte und auch in der Kriegszeit ihre Loyalität dem Staat gegenüber demonstrierte. Der bayerische Landesbischof Meiser ließ in ganz Bayern eine Kanzelabkündigung verlesen, in der die Gemeindeglieder zur Hingabe für Führer, Volk und Vaterland gemahnt wurden.<sup>15</sup> Die 2. VKL äußerte sich nicht zum Kriegsausbruch.

Seit Kriegsbeginn konnte sich die BK kaum mehr bemerkbar machen. Die Reichs- und Gauleiter kämpften intensiv gegen die Kirche, sie übten Druck auf die einzelnen Gemeinden aus. Unter Propagandaminister Goebbels wurde die Verdrängung der Kirche aus dem Bewusstsein des Volkes geplant, nicht zuletzt um die beunruhigten christlichen Gemeinden vom nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programm abzulenken.

Mit Hitlers Anweisung zur „Tötung lebensunwerten Lebens“ wurden seit September 1939 geistig und körperlich Behinderte aus kirchlichen und staatlichen Anstalten ausgesondert und in Tötungsanstalten gebracht. Den Angehörigen wurden natürliche Todesursachen mitgeteilt. Bei diesen Aktionen wurden insgesamt über 100000 Erwachsene und 5000 Kinder ermordet. Die „Aktion Gnadentod“ drang bald ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und führte zu Protesten der Kirche: Der Leiter der Anstalten in Bethel Fritz von Bodelschwingh gab die Krankenakten seiner Patienten nicht heraus, wodurch er ihren Tod verhindern konnte. Meiser sprach wegen der „Euthanasie“-Aktionen bei Reichsstatthalter von Epp vor. Zum Sprecher der BK in dieser Sache wurde der württembergische Landesbischof Wurm, der in zahlreichen Protesten die „Euthanasie“ entschieden ablehnte.<sup>16</sup> Auf Seite der katholischen Kirche wurde die Abwehrhaltung des Bischof Graf von Galen bekannt.<sup>17</sup> Diese Proteste und die dadurch entfachte

---

<sup>15</sup>Vgl. HERMELINK, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933-1945. Tübingen/Stuttgart 1950, S. 488f.

<sup>16</sup>Vgl. SCHÄFER, Gerhard/FISCHER, Richard: Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation. Stuttgart 1968, S. 142f.

<sup>17</sup> Vgl. die berühmte Predigt von Bischof Graf von Galens (03.08.1941). In: LÖFFLER, Peter (Hg.): Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten. Band 2: 1939-1946 (VKZG.Q 42). Paderborn<sup>2</sup>1996, Nr. 341.

Unruhe in der Bevölkerung brachten Hitler dazu, das „Euthanasie“-Programm offiziell einzustellen. Die heimliche Weiterführung hatte immerhin einen geringeren Umfang.

In den Kriegsjahren 1940 und 1941 kam es zu weiteren Maßregelungen der Kirche: Die Stundenzahl für den Religionsunterricht wurde deutlich reduziert, immer mehr Pfarrer wurden in den Krieg eingezogen oder ihnen wurde der Religionsunterricht entzogen. Kreuze und religiöse Bilder mussten aus den Schulen entfernt werden, die kirchliche Unterweisung in außerschulischen Räumen wurde verboten. Die Kirchenglocken wurden den Gemeinden für die Waffenproduktion abgenommen. Am 1. Juni 1941 wurde die gesamte kirchliche Presse verboten. Der Chef der Parteikanzlei Martin Bormann verkündete, dass Christentum und Nationalsozialismus nicht miteinander vereinbar seien.

Die zunehmende Bedrängung der Kirchen durch den Staat, die Kriegslage und einige theologische Gründe führten dazu, dass der württembergische Landesbischof Wurm ab Dezember 1941 versuchte, die zersplitterte evangelische Kirche Deutschlands – unter Ausschluss der DC – zu einer Einigung zu bringen. Das Ziel seines Kirchlichen Einigungswerkes war es, in den „zerstörten“ Kirchen und in der „zerstörten“ DEK wieder bekenntnismäßige Kirchenleitungen zu haben. Wurm traf auf Widerstände gegen dieses Einigungswerk, beispielsweise war es der „radikalen“ BK zu wenig auf die Beschlüsse von Barmen und Dahlem ausgerichtet. So konnte das Ziel des Einigungswerkes nicht durchgesetzt werden.<sup>18</sup>

Mit der Ausweitung des Krieges gegen Russland wurde die nationalsozialistische Judenpolitik immer grausamer. Seit dem 1. September 1941 waren Juden zum Tragen eines Judensterns gezwungen, ab dem 23. Oktober wurde ein Auswanderungsstopp verhängt. Im Sinne einer „Entjudung“ mussten jüdische Familien in Judenghettos ziehen. Am 17. Oktober 1941 fanden die ersten Massentransporte in Konzentrationslager statt. Auf der berüchtigten „Wannseekonferenz“ wurde am 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen, die eine systematische Ausrottung der Juden bedeutete.

Der württembergische Landesbischof Wurm wurde 1941 der Sprecher der Kirchenführerkonferenz, in der sich die nichtdeutschchristlichen Kirchenführer sammelten.<sup>19</sup> In seiner Funktion als offizielle Stimme der BK wandte er sich immer wieder in Schreiben an die Reichsregierung, in denen er sich gegen die staatlichen Maßnahmen gegen die Kirche, gegen die „Euthanasie“ und die Behandlung von „Nichtariern“ aussprach.

---

<sup>18</sup> HERMLE, Siegfried/THIERFELDER, Jörg (Hg.): Herausgefordert. Dokumente zur Geschichte der Evangelischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 2008, S. 518f.

<sup>19</sup> Vgl. EBD., S. 512.

Am 16. und 17. Oktober 1943 verkündete die Breslauer Bekenntnissynode ein Wort gegen die Judenverfolgung.<sup>20</sup>

Im März 1944 wurde Wurm vom Reichsminister Zurückhaltung befohlen. Mit ihm verstummte die letzte Stimme des kirchlichen Widerstandes, die reichsweit Autorität besaß.

Als das Deutsche Reich im Mai 1945 kapitulierte, waren über sechs Millionen Juden ermordet worden.

Diese Entwicklungen der Evangelischen Kirche zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sollten im Hinterkopf bleiben, wenn im folgenden Kapitel die schweigende Haltung der Kirche zur Judenverfolgung dargestellt wird.

### **3 Die Haltung der Evangelischen Kirche zur Judenverfolgung**

Schon als mit der Machtergreifung der nationalsozialistischen Regierung im März 1933 die Ausschreitungen gegen jüdische Beamte, Geschäftsleute und Ärzte deutlich zunahmen<sup>21</sup>, äußerte sich die Kirche nicht gegen diese grausame Behandlung der Juden. Die Situation wurde bald im Ausland bekannt und die ausländische Presse sowie viele Persönlichkeiten aus der Ökumene berichteten vom antisemitischen Terror, den die in Deutschland lebenden Juden zu erleiden hatten.<sup>22</sup> Bereits im selben Monat meldeten sich befreundete Kirchenführer aus Schweden, Amerika, Belgien, England und der Schweiz beim Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates Herrmann Kapler besorgt in Berlin. Sie wünschten eine Stellungnahme dazu, welche Haltung die Christen in Deutschland zu Hitlers antisemitischer Politik hatten und boten einen gemeinsamen Protest an. Allerdings schwiegen die deutschen Kirchen zur tatsächlichen Lage. Um nicht als illoyaler Vaterlandsverräter zu gelten, spielte Kapler die Jügendiskriminierung dem Ausland gegenüber herunter. Ähnlich beschwichtigend äußerten sich andere mit der Ökumene verbundene Kirchenmänner und Freikirchen.<sup>23</sup> Neben der Angst vor dem Vorwurf der Illoyalität führte auch die viel zu harmlose Einschätzung der längerfristigen Absichten des NS-Regimes durch die Kirche und die ungenügende Wahrnehmung der Nöte der jüdischen Bevölkerung zur stillschweigenden Preisgabe der jüdischen Mitbürger.

---

<sup>20</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 302ff.

<sup>21</sup> Vgl. FREI, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945. München<sup>3</sup>1993, S. 56f.

<sup>22</sup> Vgl., auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, TÖDT: Die Kirche nach der Pogromnacht, S. 633-638.

<sup>23</sup> Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 1: 1933-1935. Ausgegrenzt. Stuttgart<sup>2</sup>2004, S. 146.

Am 1. April desselben Jahres wurde die Bevölkerung zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen, am 7. April wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, der „Arierparagraph“, erlassen. Diese und weitere zahlreiche Gesetze wie auch Gewalttaten gegen Juden und deren Eigentum hielten die Kirchen für zwar schlimme, aber wohl unvermeidbare Nebenerscheinungen einer politischen „Neugestaltung“. Bei dieser „Neugestaltung“ wollte sich die Kirche dem Staat nicht entgegenstellen, was gerne mit einer durch die lutherische Zwei-Reiche-Lehre gegebenen Trennung von Kirche und Staat begründet wurde. Damals herrschte allerdings eine einseitige Interpretation der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre. Im Laufe der Jahrhunderte wurde in der lutherischen Tradition vor allem die von Martin Luther empfohlene Unterwerfung des Menschen an die weltliche Obrigkeit betont.<sup>24</sup> Die Bereiche Staat und Kirche wurden streng voneinander getrennt, wie eine moderne Fassung der Zwei-Reiche-Lehre, wie sie von Max Weber um 1900 formuliert wurde, zeigt. Nach Webers Lehre von den „Eigengesetzlichkeiten“<sup>25</sup> hat sowohl der Bereich der Welt und der Bereich Gottes seine Eigengesetzlichkeit. Die Kirche habe in ihrem Bereich nur das Evangelium und keine Anweisungen für das tägliche Leben zu verkündigen. Dagegen müsse der Christ im weltlichen Bereich gehorsam das Gesetz befolgen, hier dürfe er aber nicht mit einem Gebot des biblischen Gottes eingreifen.<sup>26</sup>

Diesem Zwei-Reiche-Denken entsprechend setzte sich die Kirche entschlossen zur Wehr, als die DC forderten, dass der „Arierparagraph“ in die ganze DEK eingeführt werde und Christen jüdischer Herkunft eigene judenchristliche Gemeinden erhalten sollten.<sup>27</sup> Hierbei würde ein Gesetz der Welt in den Bereich Gottes eingreifen. Allerdings sollte man sich vor Augen halten, dass der Protest gegen die Einführung eines kirchlichen „Arierparagraphen“ lediglich für eine geringe Zahl von christlichen Pfarrern und Beamten jüdischer Herkunft bedeutend war. Durch dieses Zwei-Reiche-Denken schien die Kirche gegenüber allem, was außerhalb ihres Bereiches geschah, gelähmt gewesen zu sein.<sup>28</sup> Für einen Widerspruch gegen die Behandlung von Glaubensjuden und glaubenslosen Juden fehlte noch das Gefühl von Mitverantwortung.<sup>29</sup>

In den ersten Jahren hoffte die Kirche wohl auch noch darauf, dass sich die „Judenfrage“ durch die staatlichen Gesetzgebungen erledigen werde.

---

<sup>24</sup> Vgl. NORDEN, van: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945, S. 267f.

<sup>25</sup> Vgl. WEBER, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Band 1. Tübingen 1920, S. 552.

<sup>26</sup> Vgl. BUSCH, Eberhard: Die Barmer Thesen 1934-2004. Göttingen 2004, S. 39.

<sup>27</sup> Vgl. MEIER, Kurt: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches (AGK.E 7). Göttingen 1968, S. 41.

<sup>28</sup> Vgl. HAMM, Berndt: Schuld und Verstrickung der Kirche. Vorüberlegungen zu einer Darstellung der Erlanger Theologie in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Stegemann, Wolfgang (Hg.): Kirche und Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 13-49, hier: S. 35.

<sup>29</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 220.

Auch als die Diskriminierung der Juden durch die Nürnberger Gesetze im September 1935 verschärft wurde, kam es zu keinem öffentlichen Protest der inzwischen gegründeten BK. Die „zerstörten“ Landeskirchen, in denen die BK parallel zu den DC kirchenleitende Funktionen ausübte, waren in diesen Wochen einem direkten Eingriff des Staates ausgesetzt. Kirchenminister Kerrl berief neue Leitungsorgane, die teils aus Mitgliedern der DC, teils aus Mitgliedern der BK bestanden; die Kirchenleitung der „intakten“ Kirchen dagegen blieb unbehelligt. Durch diese Spannungen, die schließlich zur Spaltung der BK in einen „radikalen“ und einen „gemäßigten“ Flügel führten, wurde die einheitliche Schlagkraft der BK gelähmt.<sup>30</sup> Dass viele Vertreter der „gemäßigten“ BK den 1937 geforderten Treueid auf Hitler ablegten, schwächte weiter die Gemeinschaft innerhalb der BK.

Innerhalb des „radikalen“ Flügels wurde die Einheit belastet, als die 2. VKL im Juni 1936 die Gestapo zur Ermittlung der für die Veröffentlichung der Denkschrift im Ausland Verantwortlichen bat. Zu weiteren Zerwürfnissen kam es, als die 2. VKL im September 1938 die Gebetsliturgie veröffentlichte. Von der SS-Wochenzeitung „Das Schwarze Korps“ wurde die gesamte BK gemeinsam mit Karl Barth als „Kriegshetzer“ verleumdet. Viele Mitglieder der „radikalen“ BK distanzieren sich daraufhin von Barths politischer Theologie. Zusätzlich war die 2. VKL durch die Maßnahmen der Gestapo geschwächt. Die Bischöfe der „intakten“ Landeskirchen distanzieren sich wiederum noch stärker von der 2. VKL.

Auch als es zu den grausamen Geschehnissen des Novemberpogroms vom 9. November 1938 gekommen war, verkündete keine offizielle Instanz der Kirche ein öffentliches Wort dagegen. Bei diesen brutalen Maßnahmen wurde eindeutig sowohl wider das geltende Recht und das christliche Gebot der Nächstenliebe gehandelt als auch keine Rücksicht auf getaufte Juden oder Bürger jüdischer Herkunft genommen. Der Bruch mit diesen kirchlichen Grundsätzen, auf die sich die BK in internen Verhandlungen geeinigt hatte, hätte die Kirche zu einem öffentlichen Protestwort bewegen müssen.

Ein Aufschrei einer offiziellen Instanz der Kirche gegen das geschehene Unrecht blieb jedoch aus. Weder die Landesbruderräte noch die geschwächte 2. VKL protestierten, da sie wegen der Gebetsliturgie selbst angegriffen wurden. Lediglich einzelne Pfarrer predigten dagegen. Auch Landesbischof Meiser sah sich nicht in der Lage, ein öffentliches Wort gegen diese Behandlung der Juden auszusprechen.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl. MEIER, Kurt: Kirche und Judentum, S. 42.

<sup>31</sup> Vgl. KITZMANN: Mit Kreuz und Hakenkreuz, S. 225.

Ein Faktor, der die Kirche in Bezug auf die Judenverfolgung immer noch still bleiben ließ, war die Angst vor harten Strafmaßnahmen. Schon bei der Veröffentlichung der Denkschrift der 2. VKL von 1936 waren drei Männer der Kirche in einem Konzentrationslager inhaftiert worden. Seitdem wurden die Druckmittel gegen die Kirche, die Verbote, die Verhöre, die Verhaftungen und die Strafmaßnahmen noch deutlich verschärft. Hätte die Kirche öffentlich gegen die jüdenfeindlichen Maßnahmen protestiert, hätte die nationalsozialistische Regierung ihren Verdacht der Staatsfeindschaft und des Landesverrats, den sie schon häufig geäußert hatte, wahrscheinlich bestätigt gesehen. Diesen Preis zu zahlen, fürchteten die leitenden Kirchenmänner.

Verglichen mit den Mitgliedern der BK der „zerstörten“ Landeskirchen, waren die der „intakten“ Landeskirchen Bayern, Hannover und Württemberg viel geschützter. „18 Märtyrer, die in ihrer kirchlichen Arbeit den Tod fanden und viele Christen, die im politischen Widerstand umgebracht wurden, forderte dieser Kampf, doch in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern war kein Todesopfer zu beklagen.“<sup>32</sup> Vermutlich begründet der Wunsch, diesen gesicherten Status beizubehalten, dass sich sowohl Landesbischof Meiser als auch Landesbischof Wurm nicht öffentlich gegen die Judenverfolgung äußerten. Immerhin verfasste Wurm Eingaben und Protestschreiben an die Regierung.

Der bedeutendste Faktor allerdings, der die Kirche von den Anfängen bis zum Höhepunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik davon abhielt, sich öffentlich dagegen zu äußern, war die auch in der Kirche verbreitete Judengegnerschaft. Die beiden in der Kirche verbreiteten Formen der Judenfeindschaft waren von einer anderen Art als der rassistische Antisemitismus, der im Protestantismus nur von Nationalkirchlern und nationalsozialistischen DC vertreten wurde.

Die ältere Form der Ablehnung ist der christliche Antijudaismus. Dieser entstand bei der Ablösung der ersten Gemeinde von der Synagoge. Das Schicksal des jüdischen Volkes wurde als Strafgericht Gottes betrachtet, da die Juden sich weigerten, Jesus Christus als ihren Messias anzunehmen. Durch den Antijudaismus wurden etwa bis zur Aufklärung Pogrome, Vertreibung und Vernichtung von Juden vor allem von Christen oder Obrigkeiten verübt, die sich in theologischer Verirrung als Vollstrecker des göttlichen Strafgerichtes verstanden.

Vom alten christlichen Antijudaismus gingen Energien und Vorurteile sowohl in den Antisemitismus als auch in die sozio-kulturelle Judenfeindschaft über. Als es im 19. Jahrhundert zu einer Emanzipation und Integration der Juden in die Gesellschaft kam, nutzten viele die sich

---

<sup>32</sup> EBD., S. 329.

ihnen bietende Chance erfolgreich. Von den vielen durch die Juden entwickelten Modernisierungen fühlten sich die Deutschen allerdings bedroht und meinten eine „Zersetzung“ der guten alten Verhältnisse und Sitten zu erleben, die man als dem deutschen Volkstum zugehörig bezeichnete. Dieser Denkweise wurde von einer lutherischen Volkstumstheologie Rückhalt gegeben, welche das Volkstum als Schöpfungsordnung religiös verklärte und die Bindung an das Volkstum als Gehorsam gegenüber Gottes Gesetz verstand.

Diese beiden Formen der Judenablehnung lähmten „den entschiedenen öffentlichen Widerspruch gegen die rassenantisemitischen Aktionen oder führten dazu, daß [sic!] man zwar die Exzesse um der Rechtssicherheit willen ablehnte, aber die Aussonderung der Juden aus dem öffentlichen Leben, aus der Volksgemeinschaft ganz gerne hinnahm“<sup>33</sup>.

Aufgrund dieser Aspekte enthielt sich die Kirche auch noch nach 1938 jedes öffentlichen Wortes zu den Judenverfolgungen, als ihr diese als organisierte Mordaktionen bewusst geworden waren. Die Eingaben, die vereinzelt von den Kirchenleitungen an die Regierungsstellen gemacht wurden, konnten ebenso wenig Erfolg erzielen wie die Protestschriften einzelner Christen.

Auch noch im Jahr 1943, als die Judenvernichtung ihrem Höhepunkt nahe war, hatte sich Landesbischof Meiser als Repräsentant seiner bayerischen Landeskirche dazu nicht öffentlich geäußert. Den Christen, die den absoluten Widerspruch von Nationalsozialismus und der Botschaft des Christentums und dem Wesen der Kirche erkannten, war diese Situation zuwider. Solche bemerkenswerten Menschen waren die Mitglieder des Münchner Kreises, welcher im folgenden Kapitel dargestellt wird.

---

<sup>33</sup> TÖDT, Heinz Eduard: Die Kirche nach der Pogromnacht, S. 636.

## 4 Der Münchner Kreis

Bereits 1933, also in den ersten Tagen des Dritten Reiches, bildete sich um Albert Lempp, den Verleger von Karl Barth, eine Gemeinschaft von interessierten evangelischen Laien und Theologen.<sup>34</sup> Hierbei handelt es sich um eine später erst unter dem Namen „Lemppscher Kreis“ oder „Münchner Kreis“ in die Geschichte eingegangene Gruppe von Männern und Frauen. Der Kreis wurde durch seine Denkschrift für die verfolgten Juden<sup>35</sup> – dem „Münchner Laienbrief“ bzw. „Münchner Osterbrief“ – bekannt, in welcher er das Zentraldogma des Nationalsozialismus, den Antisemitismus, theologisch ablehnte und zu bekämpfen versuchte. Die Mitglieder verband die kompromisslose Gegnerschaft gegen das Nazitum, dessen abscheuliche Propaganda und die schon damals praktizierte Rechtlosigkeit. Diese wohlinformierten und kritischen Mitglieder verfolgten die Barmer Linie der BK und standen in Opposition zum offiziellen Kurs der bayerischen Kirchenpolitik.<sup>36</sup> Ihnen war die autoritätsgläubige Haltung der evangelischen Bischöfe und Kirchenleitungen, die immer wieder der nationalsozialistischen Regierung ihre Staatstreue versicherten, unbegreiflich. Über die naive Begeisterung, die die weite Kreise der Kirche 1933 erfasst hatte, waren sie entsetzt.<sup>37</sup>

Der Münchner Kreis hatte eine unbestimmte Größe; einige der Mitglieder trafen sich regelmäßig, manche nur gelegentlich. Zu den Teilnehmern des Kreises zählten die theologischen Laien Albert Lempp und dessen Frau Maria, das befreundete Ehepaar Höchstädter, der Universitätsprofessor Wilhelm Hengstenberg, der Kunstverleger Walter Classen und der Zahnarzt Kurt Wilhelm Lentrodt mit seiner Schwester Emmy. Später gehörte auch Pfarrer Hellmut Traub aus Berlin dazu. Ab 1937<sup>38</sup> leitete der jüdischstämmige, aus Potsdam geflohene Superintendent Carl Gunther Schweitzer den Kreis theologisch, bis er unter dem Druck der Gestapo 1939 nach London emigrierte. Nach Schweitzers Weggang übernahmen die bayerischen Pfarrer Karl Nold und Kurt Frör wechselweise die Leitung. Während des Krieges spielten der reformierte Pfarrer Kurt Müller aus Stuttgart und vor allem Hermann Diem, der Begründer und

---

<sup>34</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 283.

<sup>35</sup> Der Text des Münchner Laienbriefes ist abgedruckt in: DIEM, Hermann: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung. Offener Brief an Landesbischof D. Meiser 1943. In: Ders./Wolf, Uvo Andreas (Hg.): *Sine vi sed verbo*. Aufsätze, Vorträge, Voten (TB 25). München 1965, S. 108-111.

<sup>36</sup> Vgl. GERLACH, Wolfgang: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden (SKI 10). Berlin 1987.

<sup>37</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER, Walter: Der Lemppsche Kreis. In: *EvTh* 48 (1988), S. 468-473, hier: S. 468.

<sup>38</sup> Vgl. SCHWEITZER, Wolfgang: Eine Anmerkung zu W. Höchstädters Beitrag über den Lemppschen Kreis. In: *EvTh* 49 (1989), S. 122f, hier: S. 123.

Leiter der württembergischen Kirchlich-theologischen Sozietät<sup>39</sup> eine große Rolle.<sup>40</sup> Zum Kreis gehörten noch einige weitere Personen, die bislang von der Forschung noch nicht erfasst bzw. eingängig untersucht wurden. Vielfach stießen Mitglieder der BK hinzu, die unter den bestehenden Verhältnissen der BK wie deren Uneinigkeit litten.<sup>41</sup>

Die Treffen der Gruppe fanden reihum in den Wohnungen der Mitglieder statt, meistens beim Ehepaar Lempp in der Isabellastraße im Münchner Stadtteil Schwabing oder beim Ehepaar Classen in der Theresienstraße im Stadtteil Bogenhausen. Bei diesen Zusammenkünften, die offiziell und bewusst „Bibelstunden“ genannt wurden, wurde immer eine Bibelarbeit gehalten und versucht, von der Bibel aus mit unbedingter Konsequenz auch Antworten auf die damals alle bewegenden Fragen zu finden.<sup>42</sup> Im Kreis wusste man sowohl über die politischen Vorgänge in Partei und Staat als auch über das kirchliche Geschehen in Deutschland sehr gut Bescheid, da man sich nicht nur über die von der nationalsozialistischen Regierung „gefilterten“ Medien informierte, sondern auch den Schweizer Rundfunk und BBC hörte.<sup>43</sup> So waren ihnen beispielsweise auch Nachrichten aus dem „radikalen“ Flügel der BK, die in Bayern den Gemeinden vorenthalten wurden, bekannt.<sup>44</sup>

Durch Albert Lempp stand der Kreis in direkter Verbindung mit Karl Barth. 1936 oder 1937<sup>45</sup> kam er nach seiner Ausweisung nach München und sprach vor dem Kreis, danach konnte nur noch schriftlich Kontakt gehalten werden. Das Ehepaar Classen hatte als Schweizer Staatsbürger die Möglichkeit der freien Aus- und Einreise, so bekam die Gruppe alle Briefe und Veröffentlichungen Barths zu lesen. Es ist bekannt, dass Mitglieder der Gruppe sowohl Barths Brief „An die Christen von England“ und den berühmten Brief an den tschechischen Theologen Hromádka<sup>46</sup> als auch die während des Krieges erschienene Römerbriefauslegung teils maschinell, teils handschriftlich vervielfältigten und verbreiteten.<sup>47</sup> Ebenso wurde mit Vorträ-

---

<sup>39</sup> Bei der Kirchlich-theologischen Sozietät handelt es sich um einen Arbeitskreis von etwa 100 evangelischen Theologen und einigen Laien, der im Dritten Reich zum „radikalen“ Flügel der BK gehörte und damit in scharfer Opposition zur Kirchenleitung stand. Vgl. THIERFELDER, Jörg: Art. Kirchlich-theologische Sozietät. In: RGG<sup>4</sup> IV (2001), Sp. 1380.

<sup>40</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 283f.

<sup>41</sup> Vgl. BAIER, Helmut: Kirche in Not. Die bayerische Landeskirche im Zweiten Weltkrieg (EKGB 57). Neustadt an der Aisch 1979, S. 232.

<sup>42</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER, Walter: Einige historische Ergänzungen zu der durch einen kleinen Kreis in München verfassten Erklärung zur Judenfrage (7.6.1966). EZA Berlin: 50/785,6-10, hier: 8.

<sup>43</sup> Vgl. GERLACH: Als die Zeugen schwiegen, S. 367.

<sup>44</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Der Lemppsche Kreis, S. 469.

<sup>45</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Einige historische Ergänzungen, 7.

<sup>46</sup> In diesem Brief an Hromádka forderte Barth die Tschechen und Slowaken zu militärischem Widerstand gegen die Deutschen auf und meinte, dass die Todesfälle unter den Soldaten, zu denen es in diesem Zusammenhang käme, für die Kirche Jesu Christi geschähen. Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 3/I, S. 373.

<sup>47</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER, Walter: Sprungbrett München. In: DtPfrBl 69 (1969), S. 310.

gen, Briefen und Protestschreiben aus der Umgebung Niemöllers verfahren.<sup>48</sup> Des Weiteren brachte Classen Hermann Rauschnings Buch „Gespräche mit Hitler“ 1941 oder 1942 aus der Schweiz mit, das im Kreis zirkulierte.<sup>49</sup>

Mit der Zeit entwickelten sich diese „Bibelstunden“ zu Treffpunkten, bei denen innerhalb des Kreises auch die Möglichkeiten zur konkreten Judenhilfe ausgetauscht, sowie Kontakte zu weiteren Judenhelfern aus dem deutschen Raum sowie aus dem Ausland geknüpft und weitergegeben wurden. Von einigen Mitgliedern ist bekannt, dass sie Juden aktiv beim „Untertauchen“ geholfen haben, wie noch später noch zu lesen sein wird.<sup>50</sup>

In dieser Gruppe um Albert Lempp sammelten sich Menschen, die sich überzeugt gegen die damals vorherrschende Ideologie stellten. Im Folgenden werden diese bemerkenswerten Persönlichkeiten, deren Zugehörigkeit zum Kreis bekannt ist und von denen jeder Einzelne den Charakter des Kreises geprägt hat, dargestellt.

#### **4.1 Albert Lempp und seine Frau Maria**

Albert Lempp wurde am 13. Februar 1884 in Heutingen bei Stuttgart geboren. Von 1902 bis 1905 absolvierte er eine Buchhandelslehre.<sup>51</sup> 1911 eröffnete Lempp die Christian Kaiser Buchhandlung am Münchner Rathaus. Circa 1919 wurden ihm von Friedrich Rittelmeyer die Verlagsrechte am Christian Kaiser Verlag angeboten, die Lempp sofort annahm. Zu dieser Zeit machte Lempp über Rittelmeyer die Bekanntschaft mit Pfarrer Georg Merz.<sup>52</sup> Die entstandene Freundschaft führte sowohl zu einer entscheidenden persönlichen Entwicklung Lempps als auch der des Verlages. Gemeinsam bildeten sie eine neue, geradlinige Verlagspolitik aus, die das bis dahin unspezifische Profil des Verlages deutlich formte. Schriften des liberalen bayerischen Protestantismus wie die von den Nürnberger Pfarrern Friedrich Rittel-

---

<sup>48</sup> Vgl. GERLACH: Als die Zeugen schwiegen, S. 367.

<sup>49</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER, Walter: Durch den Strudel der Zeiten geführt - ein Bericht über meinen Weg von der Monarchie und der Weimarer Republik durch das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Bubenreuth 1983, S. 111f.

<sup>50</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 284.

<sup>51</sup> Vgl. BRAUN, Hannelore/GRÜNZINGER, Gertrud (Hg.): Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919-1949 (AKIZ.A 12). Göttingen 2006, S. 155.

<sup>52</sup> Vgl. LICHTENFELD, Manacnuc Mathias: Georg Merz – Pastoraltheologe zwischen den Zeiten. Leben und Werk in der Weimarer Republik und Kirchenkampf als theologischer Beitrag zur Praxis der Kirche (LKGG 18). Gütersloh 1997, S. 155.

meyer und Christian Geyer wurden nun beständig verlegt.<sup>53</sup> Wie bei seiner Gründung war der Verlag nun wieder ein protestantischer Verlag.<sup>54</sup>

Als steter Predigthörer in Merz' Gemeinde wurde Lempp von 1919 an entschieden kirchlich. Bis dahin hatte er in seinen Jahren in München noch keine Beziehung zu einer Gemeinde aufgebaut. Auch später, als Merz München verließ, blieb Lempp ein treues Gemeindemitglied, war im Kirchenvorstand von St. Markus und Vertrauensmann der BK.<sup>55</sup>

Auch seine Verlegertätigkeit stellte er ausdrücklich in den Dienst der Theologie und Kirche und bot seinem Freund und Pfarrer Georg Merz das Amt des theologischen Ratgebers im Christian Kaiser Verlag an.<sup>56</sup> Dieser entdeckte im Oktober 1919 bei einem Freund Karl Barths Römerbriefkommentar, woraufhin er Lempp dafür begeisterte, die Restauflage der Auslegung in seinen Verlag aufzunehmen. Barths „Römerbrief“ wurde zu dem Zeitpunkt im Berner Bäschlin-Verlag veröffentlicht; die Nachfrage hatte sich dort allerdings nach wenigen hundert Exemplaren eingestellt. Diese „Entdeckung“ verbreitete sich dank Merz' großen Freundeskreises rasch in Bayern, sodass die Restauflage bald verkauft war.<sup>57</sup>

Im Februar 1920 kam Barth zu einem ersten Besuch nach München. Seitdem stand er mit Lempp und Merz in engem Kontakt und wurde zu einem guten Freund.<sup>58</sup>

Bald stieg der Christian Kaiser Verlag zum führenden Verlag der neuen Dialektischen Theologie auf. Auch die 1922 veröffentlichte zweite Auflage der Barthschen Interpretation des Römerbriefes wurde zu einem großen Erfolg.<sup>59</sup> Ebenfalls 1922 nahm Lempp die bis 1933 erschienene „epochemachende elfbändige Zeitschrift dialektischer Theologie“<sup>60</sup> „Zwischen den Zeiten“ von Karl Barth, Friedrich Gogarten, Eduard Thurneysen, Rudolf Pestalozzi und Georg Merz in seinem Verlag auf. Dass Lempp eine starke theologische Selbstständigkeit entwickelt hatte, zeigte sich an seinem Festhalten an Barth und dessen Schülerkreis. Obwohl Merz gegen 1933 um die Ausdehnung der lutherischen Linie bemüht war, blieb er der Barthschen Theologie treu, was die Verlegung der Schriftenreihen „Theologische Existenz heute“ und „Evangelische Theologie“, der Nachfolgezeitschrift von „Zwischen den Zeiten“,

---

<sup>53</sup> Vgl. MEHLHAUSEN, Joachim: 150 Jahre Chr. Kaiser Verlag. In: EvTh 55. (1995), S. 393-401, hier: S. 394.

<sup>54</sup> Vgl. MERZ, Georg/MERZ, Johannes: Wege und Wandlungen. Erinnerungen aus der Zeit von 1892-1922. München 1961, S. 209.

<sup>55</sup> Vgl. KITZMANN: Mit Kreuz und Hakenkreuz, S. 378.

<sup>56</sup> Vgl. MERZ/MERZ: Wege und Wandlungen, S. 155.

<sup>57</sup> Vgl. LICHTENFELD: Georg Merz, S. 161ff.

<sup>58</sup> Vgl. MERZ/MERZ: Wege und Wandlungen, S. 212f.

<sup>59</sup> Vgl. GRAF, Friedrich Wilhelm/WASCHBÜSCH, Andreas: Art. Christian Kaiser Verlag. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44853](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44853)> (03.08.2010)

<sup>60</sup> Ebd.

belegt.<sup>61</sup> Bis 1934 blieb Lempp Barths Verleger für die meisten seiner Werke. Man könnte den Lemppschen Christian Kaiser Verlag als Sprungbrett für den bisher in Deutschland unbekanntem Barth bezeichnen.<sup>62</sup> Durch Lempps Verlagsarbeit wurde München geradezu zu einem theologischen Zentrum. Nach der Ausweisung Karl Barths aus Deutschland veröffentlichte Lempp weiterhin dessen Schriften, weshalb ihm schließlich von der Reichsschrifttumskammer die „schärfste Missbilligung“ ausgesprochen wurde.<sup>63</sup> 1939 wurde er schließlich nach dem Verbot einzelner Veröffentlichungen aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen; 1940 musste der Verlag in „Evangelischer Verlag Albert Lempp/München früher Chr. Kaiser Verlag“ umbenannt werden.<sup>64</sup>

Am 9. Juni 1943 starb Lempp im Alter von 59 Jahren an den Folgen eines Gehirnschlags. Die Schließung seines Verlages im August 1943 in Folge der immer häufiger werdenden Beschlagnahmungen und Indizierungen verlegter Werke erlebte er nicht mehr.<sup>65</sup>

Albert Lempp war zeit seines Lebens überzeugter Gegner der nationalsozialistischen Judenpolitik. Er gehörte zu den wenigen Menschen, die für entehrte jüdische Freunde aus jüdischen Familien eintraten.<sup>66</sup> Dies zeigte sich auch daran, dass er seinen jüdischen Prokuristen Otto Salomon bis 1938 beschäftigte und ihn mit dessen Frau schließlich bei der Ausreise in die Schweiz unterstützte.<sup>67</sup> Des Weiteren besuchte er auf Spaziergängen, zu denen er seine Tochter Elisabeth als Tarnung mitnahm, verfolgte und nahm aus deren Wohnungen Wertgegenstände mit und versteckte sie, um sie so dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Mutig organisierte er mit Hilfe eines ihm bekannten Zollbeamten Grenzübertritte nach Landegg/Schweiz.<sup>68</sup>

Von Georg Merz wurde Lempp als „eigentümlich theologisch begabte[r] Verleger“<sup>69</sup> bezeichnet. So ist es nicht verwunderlich, dass sich um Albert Lempp der so genannte „Münchener Laienkreis“ formierte, in dem der „Münchener Laienbrief“ entstanden ist.

Auch Albert Lempps Frau Maria war Mitglied des Münchener Kreises. Sie wurde am 11. September 1882 in Starnberg geboren und war von Beruf Säuglingspflegerin. Wie ihr Mann war auch sie besonders aktiv in der Versorgung des Widerstandskreises mit geeigneter christlicher

---

<sup>61</sup> Vgl. LICHTENFELD: Georg Merz, S. 157f.

<sup>62</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Sprungbrett München, S. 310.

<sup>63</sup> Vgl. KITZMANN: Mit Kreuz und Hakenkreuz, S. 377f.

<sup>64</sup> Vgl. MEHLHAUSEN: 150 Jahre Chr. Kaiser Verlag, S. 396.

<sup>65</sup> Vgl. LICHTENFELD: Georg Merz, S. 159.

<sup>66</sup> Vgl. MERZ/MERZ: Wege und Wandlungen, S. 231.

<sup>67</sup> Vgl. KITZMANN: Mit Kreuz und Hakenkreuz, S. 378.

<sup>68</sup> Vgl. SCHÖNLEBE, Dirk: München im Netzwerk der Hilfe für „nicht-arische“ Christen 1938-1941. In: Bäumler, Klaus (Hg.): Von ihren Kirchen verlassen und vergessen? Zum Schicksal Christen jüdischer Herkunft im München der NS-Zeit. München 2006, S. 1-145, hier: S. 87.

<sup>69</sup> LICHTENFELD: Georg Merz, S. 155.

wie auch anderer Literatur. Nach Albert Lempps Tod war sie Eigentümerin des Christian Kaiser Verlages.<sup>70</sup> Von Georg Merz wurde ihr nach Kriegsende bei der Wiederinstandsetzung des 1943 gezwungenermaßen geschlossenen Verlages geholfen.<sup>71</sup> Maria Lempp war somit eine bedeutende Persönlichkeit für den Wiederaufbau der theologischen und christlichen Literatur im Nachkriegsdeutschland.<sup>72</sup>

## 4.2 Emil Höchstädter und seine Frau Anna

Emil Höchstädter wurde am 31. Januar 1881 geboren. Er besuchte erst das Kitzinger Gymnasium, bevor er sein Abitur in Schweinfurt ablegte. In Erlangen begann er ein Jurastudium. Die letzten zwei Studienjahre verbrachte Höchstädter in München, wo er sich viel mit Philosophie beschäftigte. Seinen Militärdienst leistete er in Bayreuth beim siebten bayerischen Infanterieregiment ab. Nach dem Examen war Höchstädter Rechtspraktikant in Nürnberg. 1907 heiratete er Anna Methsieder, die Tochter des damaligen Amtsgerichtsvorstandes Wilhelm Methsieder. Im selben Jahr wurde der gemeinsame Sohn Walter geboren, später noch zwei Töchter. Bis zum 1. April 1909 wohnte das Ehepaar in München, dann für neun Monate in Ludwigshafen. Nach einiger Zeit an der Staatsanwaltschaft in Bamberg wurde Höchstädter ab dem 1. Juni 1911 Amtsrichter in München.<sup>73</sup>

Die Höchstädters genossen seit ihrem Umzug nach München den freien Lebensstil in der Künstlermetropole. Sie verfolgten mit großem Interesse verschiedenste Reformbewegungen wie die der Wandervogelbewegung. Nach gründlicher Beschäftigung mit philosophischen Fragen entschlossen sich Anna und Emil Höchstädter, aus der Kirche auszutreten. Nach dem intensiven Studium der Werke Kants und Nietzsches lehnte Emil Höchstädter das in Bayern herrschende Kirchentum ab. Dass er sich zu diesem Schritt entschloss, obwohl es für einen Staatsbeamten und Reserveoffizier mit Risiken verbunden war, demonstriert seine kompromisslose Aufrichtigkeit. Um 1913 schloss sich das Ehepaar Höchstädter der „Münchener freireligiösen Gemeinde“ an, die vom Privatdozenten für Philosophie Ernst Horneffer geleitet wurde. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wandten sich Anna und Emil Höchstädter der Freimaurerei zu. Da sich Emil Höchstädter nach dem Ersten Weltkrieg, in dem er Kriegsdienst geleistet hatte, zunehmend mit den theologischen Entwicklungen der Nachkriegszeit beschäf-

---

<sup>70</sup> Vgl. BOYENS, Armin: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946. In: Ders. (u.a.): Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge (AKIZ.B 8). Göttingen 1979, S. 7-99, hier: S. 82.

<sup>71</sup> Vgl. LICHTENFELD: Georg Merz, S. 158.

<sup>72</sup> Vgl. GRAF/WASCHBÜSCH: Christian Kaiser Verlag.

<sup>73</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 5ff.

tigte, ist es wahrscheinlich, dass er sich gemeinsam mit seiner Frau aus theologischen Gründen von der Freimaurerloge löste. Dieses neue theologische Interesse war wohl auch durch das Theologiestudium des Sohnes angeregt worden. Seit etwa 1920 vollzogen die Höchstädters eine Wende in ihrer Stellung zur Kirche. Schon als der Erste Weltkrieg zu Ende ging, besuchte Anna Höchstädter gelegentlich Gottesdienste bedeutender Pfarrer. Vor allem Georg Merz, der damals noch Vikar war, sprach sie sehr an.<sup>74</sup>

Seit Beginn seiner Münchner Zeit verband das Ehepaar Höchstädter eine enge Freundschaft mit Albert Lempp und seiner Frau. Emil Höchstädter und Albert Lempp hatten sich in dessen Buchhandlung kennengelernt. Höchstädter fand im Inhaber der Christian Kaiser Buchhandlung einen fachkundigen Berater, der ihn mit historischer wie theologischer Literatur versorgte.<sup>75</sup>

Sowohl Emil Höchstädter als auch sein Sohn Walter waren am 8. November 1923 anwesend, als Hitler im Bürgerbräukeller in München die Revolution verkündete. Über die folgenden Prozesse war Emil Höchstädter gut informiert, da sich seine Dienststelle im selben Gebäude befand. Er hatte von Anfang an die „Hitlerei“ aus ernster ethischer Verantwortung stark abgelehnt. Entsprechend seiner Haltung verweigerte er den Hitlergruß die ganzen zwölf Jahre. Das einzige Zugeständnis, das Höchstädter den Nazis gegenüber machte, war die Übergabe eines „Ariernachweises“. Als Jurist bekam er früh mit, wie im Dritten Reich das Recht häufig mit Füßen getreten wurde und kirchentreu Kollegen dazu schwiegen. Auch hatte er Einblick in die Ereignisse an der Münchner Universität: Er hatte ein Exemplar eines der Flugblätter, die die Geschwister Scholl verbreitet hatten. Häufig lieferte er sich im Beruf Auseinandersetzungen mit nationalsozialistischen Rechtsbehörden.<sup>76</sup>

Bei seinem Freund und Buchhändler Albert Lempp fand er gleichgesinnte Menschen in einem oppositionellen Kreis.<sup>77</sup>

Anfang Oktober 1943 hielten sich die Höchstädters eine Zeit lang in Kulmbach auf, da ihre Wohnung bei einem Fliegerangriff zerstört worden war. Als sie wieder nach München zogen, wurden sie Gemeindeglieder von Kurt Frör, mit dem sie durch den Lemppschen Kreis befreundet waren.<sup>78</sup> Nach Kriegsende war Emil Höchstädter Präsident des Landesgerichts Bayreuth. Am 6. Dezember 1961 starb er in Würzburg.<sup>79</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. EBD., S. 9ff.

<sup>75</sup> Vgl. EBD., S. 14.

<sup>76</sup> Vgl. BOYENS: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, S. 81.

<sup>77</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 51ff.

<sup>78</sup> Vgl. EBD., S. 239f.

<sup>79</sup> Vgl. BOYENS: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, S. 81.

### 4.3 Wilhelm Hengstenberg

Da Prof. Dr. Wilhelm Hengstenberg keine Nachkommen hat, ist über ihn – abgesehen von äußeren Fakten – nur wenig bekannt. Er wurde am 9. April 1885 in Stuttgart geboren. 1904 schloss er am dortigen Karls-Gymnasium sein Abitur ab und begann sein Studium in München, wo er 1909 sein Doktordiplom ablegte. Im Ersten Weltkrieg leistete er von Januar 1917 bis November 1918 Kriegsdienst an der Westfront. Am 7. März 1922 wurde ihm von der Ludwig-Maximilian-Universität München die Lehrberechtigung erteilt und er wurde zum Privatdozent für das Fach „Sprachen des christlichen Orients“. Er habilitierte mit der Schrift „Koptische Urkunden und Briefe“, erteilte Koptisch-Vorlesungen am Seminar für Ägyptologie. 1928 wurde Hengstenberg zum außerordentlichen Professor, 1939 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.<sup>80</sup>

Der „Reinigungsausschuss“ bezeichnete ihn bei der „Entnazifizierung“ als kirchlich gesinnten Protestanten, der seine Einstellung gegen die regierende Partei nie verborgen hatte. Er war nie einer Organisation der NSDAP beigetreten.<sup>81</sup> Wie entschieden er gegen die Judenpolitik des Dritten Reiches war, zeigt seine Zugehörigkeit zum oppositionellen Kreis um Albert Lempp. Er übergab Landesbischof Meiser zusammen mit Emil Höchstädter die Judendenkschrift. In Zusammenhang mit dem Widerstand soll Hengstenberg auch aktiv in der Münchner Studentenschaft gewesen sein.<sup>82</sup>

Er wurde, da er ledig und kinderlos geblieben ist und somit im Alter ein Fall für die Fürsorge geworden wäre, 1947 zum planmäßigen außerordentlichen Professor ernannt. Hengstenberg wurde 1952 in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen. Bevor er 1953 emeritiert wurde, dozierte er noch bis zum Alter von 68 Jahren. Wilhelm Hengstenberg starb am 31. Mai 1963.<sup>83</sup>

### 4.4 Walter Classen

Ein weiterer theologischer Laie des Münchner Kreises war der Schweizer Kunstverleger Walter Classen. Er wurde am 24. Februar 1883 in Stuttgart geboren. 1937 übernahm er den Münchner F. A. Ackermann Kunstverlag, der auf Kunstpostkarten und Kunstreproduktionen

---

<sup>80</sup> Vgl. BECKH, Thomas: Das Institut für Ägyptologie der LMU im Nationalsozialismus. In: Kraus, Elisabeth (Hg.): Die Universität München im Dritten Reich. Teil I. München 2006, S. 249-297, hier: S. 260f.

<sup>81</sup> Vgl. ebd., S. 290.

<sup>82</sup> Vgl. BOYENS: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, S. 81.

<sup>83</sup> Vgl. BECKH: Das Institut für Ägyptologie der LMU im Nationalsozialismus, S. 261ff.

spezialisiert war. Dieser wurde 1944 in „Walter Classen Verlag“ umbenannt. 1938 zog seine Familie zu ihm nach München.<sup>84</sup>

In München stieß er zu der Gemeinschaft um Albert Lempp. Dort hatte er eine wichtige Funktion: Er und seine Frau konnten auf Grund ihrer Schweizer Staatsbürgerschaft frei aus- und einreisen und so den Kreis mit Informationen von außerhalb versorgen.

Seine Teilnahme an diesem Bibelkreis gab ihm die Kraft für seine Judenhilfe, für die er große Gefahren auf sich nahm. Classen war der treueste Helfer des Pfarrers Johannes Zwanzger,<sup>85</sup> der die Leitung der Münchner Hilfsstelle des „Büro Pfarrer Grübers“<sup>86</sup> innehatte.<sup>87</sup> In dieser Funktion nahm er sehr aktiv an der illegalen Hilfsorganisation für verfolgte „Nichtarier“ teil. Dank seiner guten Beziehungen kam er in Besitz von gestempelten Blanko-Passformularen und konnte so die Flucht einiger Juden mit falschen Pässen ins Ausland ermöglichen. Des Weiteren soll er sich um Informationen über ausgewanderte „Arier“ bemüht haben, damit sich Juden bei einem Fliegerangriff unter deren Namen bei den Behörden melden und auf deren Namen neue Papiere erhalten konnten.<sup>88</sup> Er brachte ferner geflohene Juden im Bayerischen Oberland unter und organisierte einen Fluchtweg über Österreich und Südtirol in die Schweiz. Hierbei gab es anfangs Schwierigkeiten, da Juden an der Grenze wieder zurückgeschickt wurden, aber durch die Einschaltung von Karl Barth konnte dies abgestellt und die Flüchtigen vom „Schweizerischen evangelischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland“ unterstützt werden.<sup>89</sup>

Im Herbst 1943 schickte Walter Classen seine Familie in die sichere Schweiz. Ende 1944 verließ auch er Deutschland und zog zu seiner Familie. Sein Verlag wurde während des Krieges von seiner Sekretärin, dann von einem Geschäftsführer weitergeführt. Nach Kriegsende kehrte Walter Classen wieder nach Deutschland zurück. Am 8. November 1955 verstarb er in Stuttgart.<sup>90</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. RAUH-ROSENBAUER, Sabine: Walter Classen. In: Albert Lempp, URL: <<http://www.albert-lempp.de/der-lemppsche-kreis/walter-classen/>> (03.08.2010).

<sup>85</sup> Vgl. BÜHLER, Anne Lore: Der Kirchenkampf im evangelischen München (EKGB 5). Nürnberg 1974, S. 259ff.

<sup>86</sup> Das „Büro Pfarrer Grüber“ war eine seit 1938 bestehende Hilfsstelle für „nichtarische“ Christen, mit deren Hilfe vielen „nichtarischen“ Christen die Ausreise aus Deutschland gelang. Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 2/II: 1935-1938. Entrechtet. Stuttgart 1992, S. 258ff.

<sup>87</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 3/I, S. 122.

<sup>88</sup> Vgl. BÜHLER: Der Kirchenkampf im evangelischen München, S. 259ff.

<sup>89</sup> Vgl. DIEM, Hermann: Wie wenig haben wir geholfen. In: Fink, Heinrich (Hg.): Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden. Berlin 1986, S. 132-143, hier: S. 139.

<sup>90</sup> Vgl. RAUH-ROSENBAUER: Walter Classen.

#### **4.5 Kurt Wilhelm Lentrodt und seine Schwester Emmy**

Kurt Wilhelm Lentrodt wurde am 24. März 1898 in München geboren. Am 31. Mai 1931 heiratete er in Berlin Margret Schmölder, mit der er fünf gemeinsame Kinder hatte.<sup>91</sup> Kurt Lentrodt studierte Medizin und Zahnmedizin in München, promovierte in beiden Fächern und arbeitete zusammen mit seinem Vater, dem Sanitätsrat Dr. Hans Lentrodt, in dessen eigener Praxis in München. 1915 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und diente im Bayerischen Schneeschuhbataillon zusammen mit seinem Vater. 1933 trat er aus seinem Kriegerverein aus, da ein jüdischer Kamerad seiner Herkunft wegen auf Empfehlung des Kyffhäuser Bundes hin ausgeschlossen werden sollte. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er eingezogen und leitete als Kieferchirurg mehrere Lazarette unmittelbar hinter der Front, wo er den Rang eines Oberstabsarztes hatte.

Nach Beendigung des Krieges eröffnete Kurt Wilhelm Lentrodt 1945 eine Praxis in Bogenhausen. Die Praxis seines Vaters war 1943 bei einem Bombenangriff vollkommen zerstört worden. 1950 verlegte er sie an den Maximiliansplatz, wo sie noch heute von seinem Sohn und seinem Enkel geführt wird. 1955 wurde Lentrodt Honorarprofessor der Ludwig-Maximilian-Universität München.

Kurt Lentrodt war der Kirche sehr verbunden. Von 1931 bis 1939 war er in der Dreieinigkeitskirche in Bogenhausen beheimatet, wo er auch als Kirchenvorstand tätig war, dann in der Emmauskirche in Harlaching. Von 1946 bis 1956 war er Gemeindeglied der Stephanuskirche in Neuhausen und dort auch als Kirchenvorstand aktiv, ab 1956 war er wieder Mitglied der Emmauskirche. Er war langjähriges Mitglied der Bayerischen Landessynode, später Alterspräsident. Am 25. September 1979 starb er in München.

Kurt Lentrodts Schwester Emmy wurde am 19. März 1899 in München geboren. Sie war unverheiratet und lebte mit dem Vater zusammen. In Bethel machte sie eine Ausbildung. Sie war theologisch sehr interessiert und nahm in München an Theologievorlesungen teil. Mit Charlotte von Kirschbaum und auch mit Karl Barth, den sie Onkel Charlie nannte, verband sie eine herzliche Freundschaft. Emmy Lentrodt war ein häufiger Gast im Hause von Karl Barth, den sie auf ihren Fahrten zum Kurort Davos, welchen sie wegen ihrer Tuberkuloseerkrankung oft aufsuchte, besuchte.

1942 soll die Tuberkulose deshalb wieder ausgebrochen sein, weil sie stundenlang in einem kalten Keller an einer Vervielfältigungsmaschine stand, um Flugblätter zu erstellen. Am 13.

---

<sup>91</sup> Diese Informationen über Kurt und Emmy Lentrodt verdanke ich einem Gespräch mit Kurt Lentrodts Tochter Helga Maria Möhrle geb. Lentrodt vom 20. März 2010.

Oktober 1942 starb sie in München. Am Tag ihrer Beisetzung kam das beantragte Visum für Davos, dem Heilort für Tuberkulose. Sie wurde von Pfarrer Traub beerdigt, der auch zum Münchner Kreis gehörte. Sein Grab befindet sich in unmittelbarer Nähe zu dem ihren.

Kurt und Emmy Lentrodt waren beide, zusammen mit ihrem Vater, an theologischen Problemen sehr interessiert. Sie gehörten der BK an und standen von Anfang an gegen den Nationalsozialismus, weil sie ihn aus christlicher Überzeugung ablehnten. Darüber, ob Kurt und Emmy Lentrodt durch Kontakte in ihrer Gemeinde oder über Karl Barth zum Münchner Kreis gestoßen sind, kann man heute lediglich mutmaßen.

#### **4.6 Carl Gunther Schweitzer**

Carl Gunther Schweitzer war einer der Theologen des Münchner Kreises.

Er wurde am 21. Dezember 1889 in Berlin geboren.<sup>92</sup> Wie seine Geschwister wurde auch er christlich getauft. Erst als Zwölfjähriger erfuhr er, dass seine Eltern jüdischer Herkunft und zum Christentum übergetreten waren. Durch den Konfirmationsunterricht bei Hermann Freiherr von Soden, dem Vater eines Verfassers des Marburger Gutachtens<sup>93</sup>, entschloss er sich für ein Theologiestudium. Dieses begann er 1908 in Tübingen und setzte es später in Bonn, Halle, Berlin und Erlangen fort. Nach seinem 1. theologischen Examen, das er in Berlin ablegte, ging er ins Vikariat nach Lichtenrade. Im Anschluss an sein 2. theologisches Examen im Herbst 1914 meldete er sich seiner nationalen Gesinnung entsprechend als Kriegsfreiwilliger. Im Oktober 1914 wurde er schwer verwundet und später mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.<sup>94</sup>

1917 übernahm Schweitzer eine Pfarrstelle in Butterfeld/Neumark, 1919 wechselte er nach Potsdam. 1921 promovierte Schweitzer mit dem Thema „Bismarcks Stellung zum christlichen Staat“, einer Arbeit, die zu seiner nationalen Einstellung passte. Theologisch orientierte er sich vor allem an Luther. Im selben Jahr wurde er in den Central-Ausschuss für Innere Mission der DEK in Berlin-Dahlem berufen. Dort baute er einen neuen Arbeitszweig auf, der zu einer selbstständigen Abteilung mit dem Namen „Apologetische Centrale“ wurde. Die Aufgabe dieser Abteilung war es, die evangelische Kirche über Sekten und religiös-politische Strömungen zu informieren, um sie für die weltanschaulichen Auseinandersetzungen der damali-

---

<sup>92</sup> Vgl. RÜHLE, Oskar: Art. Carl Schweitzer. In: RGG<sup>2</sup> V (1931), Sp. 341.

<sup>93</sup> Die Verfasser des Marburger Gutachtens sprachen sich deutlich gegen eine Übernahme des „Arierparagraphen“ in die Kirche aus. Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1: 1933-1935, S. 210f.

<sup>94</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 2/II, S. 214.

gen Zeit zu rüsten. 1926 wurde die Apologetische Centrale<sup>95</sup> ins Evangelische Johannesstift in Berlin-Spandau verlegt.<sup>96</sup>

Schweitzer wurde auch durch die von ihm herausgegebene Schriftenreihe „Arbeitsgemeinschaft von Medizinern und Theologen“ und durch sein Werk „Das religiöse Deutschland der Gegenwart“ bekannt. 1931 wurde er mit dem theologischen Ehrendoktor der Universität Rostock ausgezeichnet.<sup>97</sup>

1932 übernahm er die Superintendentur des Kirchenkreises Potsdam II in Wustermark.

Als die DC im Frühjahr 1933 immer mehr Zulauf bekamen, schloss Schweitzer sich sofort der Jungreformatorischen Bewegung an, bei der Walther Künneth, sein Freund und Nachfolger als Leiter der Apologetischen Centrale, eine führende Rolle spielte. Im September 1933 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Pfarrernotbundes.

1934 kam es zu einer ersten Amtsenthebung. Reichsbischof Müller hatte Schriften und Gottesdienste mit kirchenpolitischen Inhalten untersagt. Schweitzer war einer der zahlreichen Pfarrer, die gegen diesen „Maulkorberlass“ mit einer Verlesung der scharfen Kanzelerklärung des Pfarrernotbundes reagierte.<sup>98</sup> Er wurde daraufhin vorläufig entlassen. Gegen eine Wiedereinsetzung als Superintendent wurde wegen seiner kirchenpolitischen Haltung und seiner „nichtarischen“ Abstammung Einspruch erhoben, nur als Pfarrer an der bekennenden Gemeinde in Wustermark durfte er noch wirken. Auf diesen Vorschlag der Kirchenbehörden ging Schweitzer vorerst ein. Als Weltkriegsteilnehmer rechnete er bis dato wohl noch damit, voll rehabilitiert zu werden. Die bekennnistreue Gemeinde von Wustermark war sehr stark, sodass die deutschchristlichen Vertreter kaum Zulauf hatten. Neben dem Gemeinde-Bruderrat wurde überörtlich eine freie Kreissynode mit Bruderrat gegründet.<sup>99</sup>

Auch über Wustermark hinaus war Schweitzer für die BK aktiv. Er gehörte zum Brandenburgischen Bruderrat und führte in diesem Zusammenhang Tagungen für Theologiestudenten durch. Viele Schicksalsgenossen suchten bei ihm Rat, als bekannt wurde, dass er „Nichtarier“ war. Schweitzer war des Weiteren Mitglied des „Reichverbandes der nichtarischen Christen“, den er auch eine Zeit leitete. Als im Frühjahr 1937 der Druck der NSDAP gegen Schweitzer

---

<sup>95</sup> Die Apologetische Zentrale blieb bis zu ihrer Auflösung durch die Gestapo im Dezember 1937 in Berlin-Spandau. Vgl. KÜNNETH, Walter: Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet. Wuppertal 1979, S. 151ff. Als Nachfolgerin dieser Einrichtung kann man die „Evangelische Zentrale für Weltanschauungsfragen“ betrachten. Vgl. SCHWEITZER, Carl Gunther: Art. Apologetik. IV. Praktische Apologetik (Apologie). In: RGG<sup>3</sup> I (1957), Sp. 489-492, hier: Sp. 492.

<sup>96</sup> Vgl. KÜNNETH: Lebensführungen, S. 151ff.

<sup>97</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 2/II, S. 216f.

<sup>98</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 2/I, S. 164.

<sup>99</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 2/II, S. 217ff.

wie bei anderen „nichtarischen“ Pfarrern deutlich zunahm, bemühte sich der damals 48-Jährige erfolgreich um eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand.<sup>100</sup>

Im Sommer 1937 zog er mit seiner Frau und den jüngeren Kindern nach München-Waldtrudering. Dort fand er schnell Anschluss an den Kreis von Gemeindegliedern und Theologen um den Verleger Albert Lempp. Diesen Zusammenkünften gab er durch regelmäßige Bibelarbeiten, mit denen er auch die theologischen Laien theologisch und biblisch bedeutend anleiten konnte, eine gewisse Prägung.<sup>101</sup>

Im August 1938 traf ihn, der sich immer als national gesinnter Christ und Deutscher gefühlt hatte, die „Verordnung über die Änderungen der Vornamen“ hart. Sein Sohn Wolfgang versuchte, ihn im Oktober 1938 von der Notwendigkeit einer Auswanderung zu überzeugen. Doch Carl Gunther Schweitzer war trotz der Sudetenkrise von der Dringlichkeit noch nicht überzeugt. Er wollte auf eine Aufforderung der ausländischen Kirche warten. Bei der zehn Tage darauf erfolgenden Reichspogromnacht wurden Schweitzers zwei Brüder für sechs Wochen in das Konzentrationslager Oranienburg gesteckt. Ihm selbst geschah nichts, da er sich in einem Diakonissenhaus in München verstecken konnte. Von diesen furchtbaren Ereignissen an bemühte sich Schweitzer intensiv um eine Auswanderung nach England. Im März 1939 reiste Schweitzer schließlich mit Hilfe des Büro Pfarrer Grübers, das ihm ein Einreisevisum von Bischof Bell vermittelt hatte, nach England aus. Seine Frau und die zwei jüngeren Söhne konnten ihm zwei Monate später folgen.<sup>102</sup>

Nachdem er dort eine Zeit lang für die Studienabteilung des Ökumenischen Rates gearbeitet hatte, war er von 1943 bis 1946 Leiter des Wistow-Training-Centre in Wistow/Leicester. Diese Einrichtung war eine Art theologisches College für deutsche Emigranten.<sup>103</sup>

1948 kehrte Schweitzer wieder nach Deutschland zurück. Er wurde Direktor der Inneren Mission in Bielefeld-Bethel und erhielt einen Lehrauftrag an der theologischen Fakultät der Universität Münster. Von 1949 bis 1954 war er Leiter der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald. Carl Gunther Schweitzer starb 1965 im Alter von 75 Jahren in Bonn.<sup>104</sup>

---

<sup>100</sup> Vgl. EBD., S. 220f.

<sup>101</sup> Vgl. SCHWEITZER: Eine Anmerkung zu W. Höchstädters Beitrag, S. 123.

<sup>102</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 2/II, S. 222ff.

<sup>103</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 3/I, S.294ff.

<sup>104</sup> Vgl. NOSS, Peter: Art. Carl Gunther Schweitzer. In: BBKL IX (1995), Sp. 1200-1210.

## 4.7 Karl Nold

Auch Karl August Nold war einer der Pfarrer des Lemppischen Kreises. Da er keine Nachkommen hat, sind die Informationen über sein Leben recht dürftig. Fest steht, dass er Vikar beim Münchner Pfarrer Julius Sammetreuther war, der gegenüber der entstehenden Dialektischen Theologie offen und später in der BK aktiv war. Er freundete sich mit dessen ältester, theologisch interessierten Tochter Elisabeth Charlotte an. 1931 heirateten sie und zogen nach Nördlingen. Ab 1936 war Nold Studentenpfarrer und dann auch Kreisdekan<sup>105</sup> in München. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Nold Feldgeistlicher. Auf dem Russlandfeldzug erkrankte er schwer und starb daraufhin am 6. April 1942 in Greifswald.

Wie Karl Nold zu der Münchner Gruppe kam, kann man heute nur noch spekulieren. Vorstellbar ist, dass der Kontakt zum Kreis um Albert Lempp durch Georg Merz entstanden ist, da dieser mit der Familie Sammetreuther eng befreundet war.<sup>106</sup>

## 4.8 Kurt Frör

Kurt Frör wurde am 10. Oktober 1905 in Rothenburg ob der Tauber geboren. Er machte 1924 am humanistischen Domgymnasium in Freising sein Abitur. Noch im selben Jahr begann er, Theologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilian-Universität München zu studieren. Zum Sommersemester 1926 wechselte er an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, wo er Vorlesungen bei Werner Elert und Paul Althaus besuchte. Letzterer war die entscheidende Persönlichkeit für Frörs theologische Entwicklung in diesen Jahren. Durch jenen wurde es ihm ermöglicht zu promovieren. 1928 legte Frör in Ansbach die theologische Aufnahmeprüfung ab und war nach seiner Promotion Stadtvikar in München. Sein 2. theologisches Examen legte er 1931 ab. Noch im selben Jahr wurde er als Inspektor ins Predigerseminar nach Nürnberg gerufen. Auf Grund des Erstarkens und der Machtübernahme der DC in fast allen Landeskirchen regte der Rektor des Predigerseminars Julius Schieder 1934 zur Gründung einer Pfarrbruderschaft an. Frör hielt den programmatischen Gründungsvortrag.<sup>107</sup> Des Weiteren war er Mitglied des Pfarrernotbundes.<sup>108</sup>

---

<sup>105</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 284.

<sup>106</sup> Vgl. HOFMANN, Beate: Gute Mütter – starke Frauen. Geschichte und Arbeitsweise des Bayerischen Mütterdienstes (Diakoniewissenschaft. Grundlagen und Handlungsperspektiven 1). Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 147ff. Nolds Frau zog nach seinem Tod nach Stein und wurde dort eine der Leitungspersonlichkeiten des Bayerischen Mütterdienstes, heute: FrauenWerk Stein.

<sup>107</sup> Vgl. BELZ, Jürgen: Kontinuität im Wandel. Kurt Frör – ein Lutheraner mit Weitblick. In: Stollberg, Dietrich (Hg.): Zwischen Kirchenkampf und Moderne. Kurt Frör (1905-1980). Praktischer Theologe und Lutheraner mit Weitblick. Neuendettelsau 2007, S. 11-23, hier: S. 11ff.

<sup>108</sup> Vgl. TÖLLNER: Eine Frage der Rasse?, S. 99.

Seine erste wegweisende religionspädagogische Schrift mit dem Titel „Was heißt Evangelische Erziehung?“ erschien 1933 im Christian Kaiser Verlag.<sup>109</sup> Mit dieser begann eine Reihe von Werken, die sich mit christlichen Erziehungsfragen befasste. In diesem Zusammenhang war Frör seit 1934 in Kontakt mit der ökumenischen Bewegung und später mit der ökumenischen Studienabteilung.<sup>110</sup> Um der geplanten Gleichschaltung von Kirche und Staat entgegenzuwirken, setzten Schieder und Frör sich verstärkt öffentlich für die Freiheit des kirchlichen Dienstes und der Verkündigung ein. Im Oktober 1934 wurden beide deswegen ihrer Ämter enthoben.<sup>111</sup>

Frörs damalige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus ist deutlich in dem von ihm verfassten Flugblatt der bayerischen Volksmission „Kirche und Rasse“ erkennbar. Hier konkretisiert er die Riedauer Thesen im Blick auf das rechte „Rasseverständnis“: Er vertritt der nationalsozialistischen Ideologie und nationalsozialistischen DC ähnliche rassistische Postulate. Er bestätigt die „rassische Fremdheit“ zwischen Juden und Deutschen sowie die Verpflichtung der Christen, „Rassevermischung“ zu verhindern. Allerdings versuchte Frör, Grenzen gegen die Verabsolutierung „rassischer“ Maßstäbe zu ziehen. So sieht er den Wert der „Rasse“ relativiert durch Jesus Christus. Die nicht deutschchristliche Kirche soll laut Frör demonstrativ als eigenständige Organisation präsentiert werden, die sich aus theologischen Gründen nicht vom Staat gleichschalten lässt, dennoch aber in ihrem Denken weitgehend mit dem nationalsozialistischen Staat übereinstimmt. Hier wird ein protestantischer Nationalsozialismus erkennbar, der charakteristisch für viele Mitglieder der BK war.<sup>112</sup>

Im Laufe der Zeit hielt Frör viele Vorträge zum Thema evangelische Erziehung und christliches Bekenntnis im totalitären Staat. Er distanzierte sich im Laufe der Jahre zunehmend vom NS-Staat und wurde deutlicher in seiner Warnung vor den DC und den nationalsozialistischen Übergriffen auf die Kirche. Immer mehr setzte er sich für verfolgte Mitglieder der BK ein und hatte auch Kontakt mit Martin Niemöller. Kurz vor der Hochzeit mit seiner Verlobten Maja Nicol wurde Frör 1935 zum bayerischen Vertreter der Schulkammer der VKL berufen. Frör nutzte sein neues Amt, um der Absicht des Regimes entgegenzuwirken, die Kirche aus dem Raum der öffentlichen Schule zu verdrängen. 1936 nahm er an der 4. Bekenntnissynode in Bad Oeynhausen als Synodaler teil. Hier vertrat er die Position der BK zur Schulfrage, die er in seiner Schrift „Vom notwendigen Kampf um die Bekenntnisschule“ niederschrieb. Nach dem Zerwürfnis des „radikalen“ und des „gemäßigten“ Flügels innerhalb der BK beendete

---

<sup>109</sup> Vgl. BELZ: Kontinuität im Wandel, S. 13.

<sup>110</sup> Vgl. BOYENS: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, S. 81.

<sup>111</sup> Vgl. BELZ: Kontinuität im Wandel, S. 14.

<sup>112</sup> Vgl. TÖLLNER: Eine Frage der Rasse?, S. 131ff.

Frör sein schul- und kirchenpolitisches Engagement für die VKL und wechselte ins Pfarramt. Ab August 1936 war er Pfarrer an der Christuskirche in München-Neuhausen.<sup>113</sup>

Ein bemerkenswerter Charakterzug Frörs war sein Mut, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, weshalb er häufig in Konflikte mit der Polizei geriet. Im Mai 1935 erhielt er ein Redeverbot wegen eines Vortrags in der Schwabacher Stadtkirche gegen die DC. Auch wurde er des Öfteren von der Gestapo verhaftet, da er kirchliche Flugschriften gegen amtliche Tätigkeiten der Partei abfasste und versandte. Zu einer Strafverfolgung kam es 1939, als Frör einen Bericht über Martin Niemöller verbreitete. Dieser war ihm ohne Absender zugesandt worden. In der Schrift wurden Niemöllers Taten als ehrenhaft verteidigt und man machte bekannt, dass dieser trotz verbüßter Haftstrafe im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert blieb. Frör ließ diese Mitteilung vervielfältigen und verbreiten, weshalb er und seine Helfer schließlich verhaftet wurden. Frör wurde zu sechs Monaten Haft verurteilt. Landesbischof Meiser bat um Strafaufschub, da Frör bis zum 1. Mai 1940 nicht entbehrt werden könne, weil er für einen beurlaubten Kollegen einspringen müsse. Am 20. April 1940 wurde er schließlich doch noch freigesprochen.<sup>114</sup>

In München suchte Frör Kontakt zu gleichgesinnten Christen. Er fand schließlich im Kreis um Albert Lempp, dem Inhaber des Christian Kaiser Verlages, in dem schon einige seiner Schriften veröffentlicht wurden, Menschen, mit denen er über politische sowie geistliche Dinge sprechen konnte. In diesem Bibelkreis war Frör für einige Zeit Seelsorger.<sup>115</sup>

Seine bereits erwähnte protestantisch antisemitische Grundhaltung<sup>116</sup> hatte Frör zu seiner Zeit im Lemppschen Kreis, welcher in seiner Denkschrift jeden Antisemitismus ablehnt, überwunden.

In diesem Kreis war Kurt Frör wohl der Verbindungsmann zu dem Hilfsnetzwerk der Quäker um Annemarie und Rudolf Cohen, die in Zusammenarbeit mit anderen Helferkreisen in ganz Deutschland und mit Hilfe ihrer Kontakte ins Ausland die Emigration vieler Juden unterstützen konnten.<sup>117</sup>

Im Sommer 1944 trat Frör eine Pfarrstelle in München-Nymphenburg an. 1948 wurde Frör vom Landeskirchenrat zum Beauftragten für evangelische Unterweisung in der Bayerischen Landeskirche ernannt. 1952 wurde er auf einen der beiden Lehrstühle für Praktische Theolo-

---

<sup>113</sup> Vgl. BELZ: Kontinuität im Wandel, S. 14ff.

<sup>114</sup> Vgl. BÜHLER: Der Kirchenkampf im evangelischen München, S. 360f.

<sup>115</sup> Vgl. BELZ: Kontinuität im Wandel, S. 18.

<sup>116</sup> Vgl. TÖLLNER: Eine Frage der Rasse?, S. 141.

<sup>117</sup> Vgl. HOLL, Oskar: Stille Helfer: Die Quäker in der NS-Zeit. In: Der Maxvorstädter – Online. München 2009 <[http://www.munchen.de/ba/03/ba\\_info/docs/StilleHelfer.pdf](http://www.munchen.de/ba/03/ba_info/docs/StilleHelfer.pdf)> (03.08.2010), S. 19ff.

gie an die Fakultät der Erlanger Universität berufen, im selben Jahr entstand seine religionspädagogische Zeitschrift „Erziehung und Kerygma“. Von 1952 bis 1963 gehörte er der Kommission für Erziehungsfragen im Lutherischen Weltbund an; er war Gründungsmitglied des Comenius-Instituts in München, in dessen Vorstand und Beirat er bis 1964 blieb. Im selben Jahr übernahm er bis 1973 das Amt des Universitätspredigers von Paul Althaus. Mit seiner Emeritierung nach 20-jähriger Lehrtätigkeit als Professor für Praktische Theologie endete seine Forschungs- und Vortragstätigkeit nicht. 1975 erschien das Kompendium „Grundriß der Religionspädagogik“. Am 16. Februar 1980 endete Kurt Frörs bewegtes Leben schließlich in Folge eines Herzinfarkts.<sup>118</sup>

#### **4.9 Hellmut Traub**

Hellmut Traub wurde am 13. Juli 1904 als zweites Kind von Gottfried Traub und dessen Frau Elma in Dortmund geboren. Er war „Viertelnichtarier“.<sup>119</sup> Die nationalkonservative Haltung seines Vaters wird in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Eiserne Blätter“ dokumentiert. Nach dem fünfjährigen Besuch des Städtischen Evangelischen Gymnasiums Dortmund zog die Familie nach der Teilnahme des Vaters am Kapp-Putsch nach München, wo Hellmut Traub das Abitur machte. Mit 19 Jahren begann Traub ein Jura- und Volkswirtschaftsstudium in Berlin. 1930 entschloss er sich dazu, Theologie zu studieren. Er studierte acht Semester, erst in Tübingen, ab 1931 in Bonn bei Karl Barth. 1933/34 wohnte er mit Barth im selben Haus. Die Teilnahme als Gast auf der Barmer Bekenntnissynode im Mai 1934 ist eine von vielen Erfahrungen, die Hellmut Traub machte, als er seinen theologischen Mentor auf dessen Weg innerhalb der BK begleitete. Im Spätherbst 1934 legte er sein 1. theologisches Examen ab und begann am 1. Januar 1935 als Vikar in Bad Honnef. Im selben Jahr wurde Traub in das Konzentrationslager Dachau inhaftiert, was mit seiner kirchlichen Auslandskorrespondenz begründet wurde. Dank des Einspruchs von Willem A. Visser't Hooft wurde er nach drei Monaten entlassen. Ab August 1936 unterstand er Wolfgang Staemmler, dem Superintendenten der BK in Großkugel bei Halle. 1937 absolvierte er sein 2. theologisches Examen vor der BK in Barmen. Seine Ordination erfolgte im Mai desselben Jahres durch Otto Dibelius in Berlin-Dahlem. Da er den kirchlichen Eid auf Adolf Hitler verweigerte, wurde er nicht als Pfarrer angestellt. Er arbeitete deswegen als „Pfarramtskandidat“ in Fürstenwalde/Spree und übernahm dort bis zu einem Redeverbot im März 1938 verschiedene Aufgaben in der altpreußi-

---

<sup>118</sup> Vgl. BELZ: Kontinuität im Wandel, S. 18ff.

<sup>119</sup> Vgl. TRAUB, Hellmut: Nein, Herr Seim! Antwort auf: Jürgen Seim, Zur christlichen Identität im jüdisch-christlichen Gespräch. In: EvTh 52 (1992), S. 178-185, hier: S. 184.

schen BK. In dieser Zeit wurde er erneut verhaftet, weil er eine Kollektenabkündigung für die BK verlas. Bis zu seinem nächsten Redeverbot bekleidete er eine Pfarrstelle der BK der Kaiser-Friedrich-Gedächtnis-Gemeinde in Potsdam. Vom 1. Mai 1938 bis zum 15. August 1939 arbeitete er als Studieninspektor in dem preußischen Predigerseminar in Finkenwalde als Vertreter Dietrich Bonhoeffers.<sup>120</sup> Danach wirkte er als Dozent des Katechetischen Seminars der Großnermission in Berlin-Friedenau, bis er am 10. Februar 1940 zur Wehrmacht einberufen wurde. Obwohl die BK den Eid auf den „Führer“ nicht grundsätzlich ablehnte, verweigerte Traub ihn auch als Soldat. Da er von seinem Hauptmann beschirmt wurde, bekam er deswegen aber keine Schwierigkeiten. Auf Grund einer Unabkömmlichkeitsstellung für Traub durch Ulrich Graf Finckenstein wurde er im Februar 1942 zur Firma I.G. Farben in Berlin dienstverpflichtet, noch bevor seine Kompanie an die Front musste.<sup>121</sup>

In dieser Zeit übernahm Traub gelegentlich pfarramtliche Vertretungsdienste, unter anderem in Berlin-Dahlem. Traub nahm unerschrocken an widerständlerischen Aktivitäten teil, obwohl er bereits einige Gefängnisaufenthalte und einen Konzentrationslageraufenthalt hinter sich hatte. Er gehörte beispielsweise zum erweiterten Helferkreis des Kaufmannskreises<sup>122</sup>. In Zusammenarbeit mit dieser Gruppe besorgte Traub gefälschte Pässe, Visa und Lebensmittelmarken für jüdische Mitbürger.<sup>123</sup> Auch fälschte er mit seiner Lebensgefährtin Änne Schümer selbst Pässe<sup>124</sup> und versteckte Juden.<sup>125</sup>

Wie Traub mit dem Münchner Kreis in Verbindung gekommen ist, kann heute nur spekuliert werden. Vielleicht entstand über Pfarrer Johannes Zwanzger, der die Münchner Hilfsstelle des „Büro Pfarrer Grübers“ leitete, ein Kontakt mit Walter Classen oder es wurde über Karl Barth eine Verbindung zur Münchner Gruppe hergestellt.

---

<sup>120</sup> Vgl. GÜLDNER, Annette: „Wenn wir Ehre von Menschen annehmen, nehmen wir die Ehre Gottes weg.“ Beispiele ehrenamtlicher Frauenarbeit in der Bekennenden Kirche. In: Hausammann, Susi (Hg.): Frauen in dunkler Zeit. Schicksal und Arbeit von Frauen in der Kirche zwischen 1933 und 1945. Aufsätze aus der Sozietät „Frauen im Kirchenkampf“ (SVRKG 118). Köln 1996, S. 13-35, hier: S. 22.

<sup>121</sup> Vgl. ULRICHS, Hans-Georg: Hellmut Traub (1904-1994) – eine biographische Skizze. In: Traub, Hellmut (Hg.): „Unerschrocken zur Zeit oder Unzeit“. Beobachtungen eines Predigers, Zeugen und Lehrers zur kirchlichen Zeitgeschichte. Wuppertal 1997, S. 14-19, hier: S. 14ff.

<sup>122</sup> Dr. Franz Kaufmann, nach dem dieser Kreis benannt war, war selbst „privilegiertes Nichtarier“. Nachdem er seine Bemühungen um Emigration als gescheitert betrachten musste, stellte er sich in den Dienst des Büro Pfarrer Grüber. Nach der Zwangsschließung des Büro Grübers wagte Kaufmann mit seinen Helferinnen und Helfern den Schritt in die Illegalität und half gefährdeten Personen beim „Untertauchen“. Vgl. RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 4/I: 1941-1945. Vernichtet. Stuttgart 2004, S. 234ff.

<sup>123</sup> Vgl. ULRICHS: Hellmut Traub, S. 17. Ulrichs schreibt, Traub arbeitete mit dem Büro Pfarrer Grüber zusammen. Da dieses jedoch Anfang 1941 geschlossen worden war (vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 3/II, S. 324) und Traub erst 1942 nach Berlin kam, ist es richtig zu sagen, dass er zum Kaufmannskreis gehörte.

<sup>124</sup> Vgl. GÜLDNER: „Wenn wir Ehre von Menschen annehmen, nehmen wir die Ehre Gottes weg.“, S. 22.

<sup>125</sup> Vgl. TRAUB: Nein, Herr Seim!, S. 184.

Nach der gemeinsamen Flucht aus Berlin wurde Traub 1945 von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Schleswig Holsteins zum Pfarrer ernannt. Am 15. Februar 1946 heiratete er Änne Schümer, aus dieser Verbindung entstammt ein Sohn. Nach einer Pfarrstelle in Hamburg zog die Familie aus persönlichen Gründen nach Stuttgart, wo Traub in der Redaktion des Kittelschen Wörterbuch zum Neuen Testament mitwirkte. Im November 1949 übernahm er pastorale Tätigkeiten an der reformierten Gemeinde in Stuttgart, seine Frau leitete die gemeindliche Diakonie. Traub stand stets in enger persönlicher Verbindung zu Rudolf Bultmann, Eduard Thurneysen und Karl Barth, den er regelmäßig in der Schweiz besuchte. Neben seiner Pfarramtstätigkeit unterrichtete Traub von 1957 bis 1979 als Religionslehrer an der Werkhaus-Werkschule A. L. Merz in Stuttgart, von 1961 bis 1989 war er Dozent für Kirchengeschichte und später auch für Neues Testament an der Evangelischen Missionsschule der Bahnauer Bruderschaft in Unterweissach. 1969 zog Traub mit seiner Frau nach seiner Emeritierung nach Bietigheim um. Im November 1985 wurde ihm durch die theologische Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen der Ehrendokortitel der Theologie verliehen. Hellmut Traub starb am 3. August 1994 im Alter von 90 Jahren in Bietigheim.<sup>126</sup>

#### **4.10 Kurt Müller**

Kurt Müller wurde am 3. März 1902 in Bremen geboren. Seine Eltern waren ostfriesischer Herkunft, weshalb er sich später wahrscheinlich wie selbstverständlich der reformierten Kirche zurechnete. Er wurde getauft und 1916 in der Bremer Friedenskirche konfirmiert. Allerdings hatte er zunächst kein engeres Verhältnis zur Kirche. 1920 bis 1923 studierte er Jura in Tübingen, München und Leipzig. Er lehnte von Anfang an den Nationalsozialismus ab, seit 1923 war er SPD-Mitglied. 1930 begann Müller in einer Bremer Anwaltskanzlei.<sup>127</sup>

Müllers Interesse für das Judentum entstand sehr früh, was auf seine Freundschaft mit Martin Buber<sup>128</sup> zurückzuführen ist.<sup>129</sup> Durch die Beziehung zu Elisabeth Rüther, die er im Juli 1935 heiratete, wurde wohl Müllers kirchlich-theologisches Interesse angespornt. Ihr Vater war der Harburger Pfarrer Heinrich Rüther. Müller war von Anfang an Mitglied der bekennenden

---

<sup>126</sup> Vgl. ULRICH: Hellmut Traub, S. 17.

<sup>127</sup> Vgl. BUSCH, Eberhard: Die Menschlichkeit war größer als die Angst. Erinnerung an Kurt Müller (1905-1958). In: EvTh 57 (1997), S. 495-502, hier: S. 496ff.

<sup>128</sup> Prof. Martin Buber war ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland. Er dozierte an der Universität in Frankfurt a. M. und gründete sowohl dort als auch später in Stuttgart ein jüdisches Lehrhaus. Am Vorabend des Dritten Reiches führte er als Vertreter des Judentums häufig offene Zwiegespräche mit Vertretern des Christentums. Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 98ff.

<sup>129</sup> Vgl. HELLING, Wilfried: Gleichschaltung und Ausgrenzung. Der Weg der bremischen Anwaltschaft ins Dritten Reich. In: Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen (Hg.): Veröffentlichungen der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen. Band II. Bremen 1990, S. 237.

Gemeinde in Bremen. Im Oktober 1935 bewarb er sich bei der VKL als Jurist. Nachdem er am 2. November 1935 in Schutzhaft genommen worden und wegen des Verdachts illegaler staatsfeindlicher Betätigungen im marxistisch-kommunistischen Sinn für drei Monate ins Gefängnis gekommen war, war ihm der Anwaltsberuf verschlossen. Diese Tatsache, sein gewachsenes Interesse für die Kirche und seine kritischen Beobachtungen der Entwicklung der kirchlichen Geschehnisse seit 1933 führten dazu, dass er sich für ein Theologiestudium entschloss. Dieses begann er an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal. Zum Sommersemester 1938 ging er nach Basel, um bei Karl Barth zu studieren. Am 13. Januar 1942 wurde Müller ordiniert. Mit Karl Barth verband ihn bis zu seinem Tod eine enge Freundschaft. Barth und Müller sprachen häufig über mögliche Hilfen für die verfolgten Juden und trafen auch Absprachen für deren Realisierung. Unter einem solchen Vorsatz kehrte Müller aus Basel wieder nach Deutschland zurück. Er übernahm noch im Jahr seiner Ordination eine Pfarrstelle an der reformierten Gemeinde in Stuttgart.<sup>130</sup>

Dort hatte er bald mit seiner Frau ein System organisiert, Juden in verschiedenen Pfarrhäusern zu verstecken. Er schleuste sie von Haus zu Haus und versuchte, sie nach Möglichkeit über die Grenze in die Schweiz zu bringen.<sup>131</sup> Diese Müllersche Rettungsorganisation ging als „Pfarrhauskette“<sup>132</sup> in die Literatur ein. Mit Hermann Diem, Paul Schempp, Heinrich Fausel und Friedrich Vorster aus der Kirchlich-theologischen Sozietät, deren Mitglied Müller war<sup>133</sup>, verband ihn eine enge Freundschaft. Unter ihnen fanden die Müllers bald Bereitwillige, die sie in ihren Hilfsaktionen unterstützten.<sup>134</sup>

Kurt Müller hatte Kontakt mit einem Helferkreis in Berlin und mit ähnlichen Kreisen im Rheinland. So nahm er am Schicksal des rheinischen Bekenntnispfarrers Helmut Hesse teil. Dieser war wegen seiner radikalen Haltung gegen jegliche Kooperation mit den Deutschen Christen in der BK im Rheinland in Isolation geraten. Als ihm wohl deswegen der Zugang zum 2. theologischen Examen verweigert wurde, reiste Müller im Frühjahr 1943 nach Elberfeld, um mit dem dortigen Presbyterium Hesses Examen und Ordination durchzuführen.<sup>135</sup>

Ab Herbst 1943 übernahm Müller die geistige Leitung des Kohlhammer-Verlages. 1950 wurde er nach Niedersachsen zum Leiter der Hochschulabteilung berufen. Im selben Jahr wurde

---

<sup>130</sup> Vgl. BUSCH: Die Menschlichkeit war größer als die Angst, S. 498ff.

<sup>131</sup> Vgl. DIEM, Hermann: Ja oder Nein. 50 Jahre Theologie in Kirche und Staat. Stuttgart 1974, S. 131.

<sup>132</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/I, S. 182ff.

<sup>133</sup> Vgl. HERMLE, Siegfried: Evangelische Kirche und Judentum. Stationen nach 1945 (AKIZ.B 16). Göttingen 1990, S. 278.

<sup>134</sup> Vgl. BUSCH: Die Menschlichkeit war größer als die Angst, S. 504.

<sup>135</sup> Vgl. EBD., S. 503.

er Ministerialrat im Kultusministerium in Hannover. Dort wirkte er noch einige Zeit als Pfarrer, nachdem er sich gesundheitsbedingt vorzeitig aus der politischen Tätigkeit zurückgezogen hatte. Kurt Müller starb am 22. Dezember 1958 mit 56 Jahren in Hannover.<sup>136</sup>

#### **4.11 Hermann Diem**

Der Hauptverfasser des Osterbriefes war Hermann Diem. Der am 2. Februar 1900 Geborene prägte durch seine theologische und kirchliche Arbeit als Mitbegründer der Kirchlich-theologischen Sozietät den Kirchenkampf insbesondere in Württemberg.

Im Folgenden werden einige Stationen seines Lebens näher dargestellt.

Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg studierte Herrmann Diem in Tübingen und Marburg Theologie.<sup>137</sup> Diems frühes Interesse galt dem dänischen Theologen und Philosophen Sören Kierkegaard, über dessen Werk er eine Reihe von Arbeiten anfertigte. Mit seinem Buch „Philosophie und Christentum bei Sören Kierkegaard“ zählt er zu den Entdeckern des Dänen für die neu entstandene Richtung der „Dialektischen Theologie“. Er war unter den ersten Autoren der von Albert Lempp herausgegebenen dialektisch-theologischen Zeitschrift „Zwischen den Zeiten“.<sup>138</sup> Es ist anzunehmen, dass Diem über Lempp zum Münchner Kreis gestoßen ist, in den er 1943 die Grobfassung des Laienbriefes einbrachte.

Neben seinen Kierkegaard-Studien, die ihn theologisch von Grund auf bestimmten, war Hermann Diem an mehreren Stellen als Vikar und Religionslehrer tätig.

Als er 1930 in Göppingen als Studienassessor für Religion eingesetzt war, schloss er sich mit den jungen Pfarrern Heinrich Fausel, Wilhelm Gohl, Wolfgang Metzger, Richard Widmann, Friedrich Vorster und dem Religionslehrer Paul Schempp zusammen. Sie verband eine intensive Beschäftigung mit der Theologie Karl Barths. Mit dieser Gruppe, die man als Vorstufe zur späteren württembergischen Sozietät bezeichnen kann, wurde Diems theologische Arbeit innerhalb der Landeskirche zum ersten Mal durch eine Eingabe zum neuen Kirchengebetbuch an den Präsidenten des Landeskirchentags publik. Durch Wolfgang Metzgers Initiative wurden bald überall in den Kirchenbezirken „Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaften“ gegründet. Das erste Treffen auf Landesebene fand im Oktober 1931 statt.

---

<sup>136</sup> Vgl. EBD., S. 496ff.

<sup>137</sup> Vgl., auch zum Folgenden soweit nicht anders angegeben, BRANDT, Renate: Hermann Diem (1900-1975) und Harald Diem (1913-1941). In: Lächele, Rainer/Thierfelder, Jörg (Hg.): Wir konnten uns nicht entziehen. 30 Porträts zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg. Stuttgart 1998, S. 481-504, hier: S. 483ff.

<sup>138</sup> Vgl. LICHTENFELD: Georg Merz, S. 180.

Im Dritten Reich gehörte Hermann Diem mit seinen Freunden zu den ersten Gegnern der von den DC geplanten Gleichschaltung von Kirche und Staat. Mit ihrem Manifest „Kirche und Staat. Ein Wort württembergischer Pfarrer zur kirchlichen Lage“ begann 1933 der kirchliche Widerstand in Württemberg.

1934 wurde Diem Gemeindepfarrer in Ebersbach an der Fils. Seine Frau Annelise, geborene Burmann, die bei Karl Barth studiert hatte, unterstützte ihn bei seiner Arbeit.

Im Mai desselben Jahres nahm Diem an der 1. Bekenntnissynode der BK in Barmen teil, auf der die Barmer Theologische Erklärung verabschiedet wurde. Diese und die auf der Dahlemer Synode beschlossene Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen vertrat Diem konsequent im Kirchenkampf. In kirchlich-theologischen Kreisen wurden bald Gutachten aus dem Kreis um Hermann Diem bekannt, in denen die Übereinstimmung der Barmer Theologischen Erklärung mit den lutherischen Bekenntnisschriften belegt wurde.

Hermann Diem gehörte zu den schärfsten Kritikern des württembergischen Landesbischofs. Theophil Wurm war nach der Meinung der Kirchlich-theologischen Sozietät zu kompromissbereit gegenüber der staatlichen Regierung. Zwar bezeichnete sich Wurm selbst als „beken- nend“, doch distanzierte er sich häufig aus taktischen Gründen von den theologischen und politischen Entscheidungen der württembergischen Gruppen um „Barmen“ und „Dahlem“. Dem nationalsozialistischen „Führerprinzip“ entsprechend hatte Wurm den Titel „Bischof“ angenommen. Mit einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses, Generalsuperintendent Wilhelm Zoellner, eröffneten Hermann Diem und seine Unterstützer, zu denen seit 1935 auch sein Bruder Harald zählte, den Kampf gegen die Kirchenregierung des Reiches. Hierin lehnten sie jede Art der Reichskirchenregierung mit Gründen ab, die eindeutig mit den Aussagen von Barmen übereinstimmten. Einerseits werde eine solche Kirchen- leitung nicht durch ein Mandat der Gemeinden, sondern durch staatlichen Auftrag gebildet, andererseits nehme eine solche Kirchenregierung neben dem in den Bekenntnisschriften aus- gelegten Bibelwort auch noch andere Offenbarungsquellen - die nationalsozialistische Ideolo- gie von Volkstum und Rasse - in Anspruch. Dieser am 31. Oktober 1935 veröffentlichte Brief machte die Gruppe um Hermann Diem reichsweit bekannt.

Seit dem 19. Januar 1936 bezeichnete sich die Gruppe als „Kirchlich-theologische Sozietät in Württemberg“, in deren Vorsitz Hermann Diem gewählt wurde. Die Mitglieder verpflichteten sich auf die Beschlüsse der Bekenntnissynode von Bad Oeynhausen, auf der die 2. VKL ge- wählt wurde.

Da den Bischöfen der lutherischen Kirchen von Hannover, Bayern und Württemberg der Einfluss Karl Barths sowie der von Christen um Martin Niemöller in der BK zu groß und der Kurs der 2. VKL zu radikal war, erkannten sie diese nicht an und schlossen sich zum so genannten „Lutherischen Rat“ zusammen. Die Sozietät warf diesem immer wieder vor, sich nicht eindeutig in seinen kirchenpolitischen Entscheidungen und theologischen Stellungnahmen auf die Seite der 2. VKL zu stellen, sondern zu oft zu Kompromissen und Zusammenarbeit mit der Reichskirchenregierung bereit zu sein.

Ab 1936 hielt Diem immer öfter an den inzwischen gegründeten Ausbildungsstätten der BK im Reich Examina ab.

Ein deutliches Zeichen gegen die Politik der NS-Regierung setzte die Sozietät im Juli 1936 mit ihrem „Wort zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler“, das in den Gemeinden der Mitgliedern verlesen wurde. Gegen den Willen der Kirchenleitung in Stuttgart sprachen sich die Christen der Sozietät zum ersten Mal öffentlich und deutlich gegen die Judenfrage aus. Dass der württembergische Landesbischof diese Verlesung untersagte, machte den Sozietätlern deutlich, dass er sich gegen „Barmen“ stellte und somit den Titel „bekennend“ für sich nicht in Anspruch nehmen konnte.

1937 spitzte sich die Lage zwischen der Kirchlich-theologischen Sozietät und dem Oberkirchenrat weiter zu. Im Februar forderte Diem mit seinen Freunden in einem Brief an den Landesbruderrat, entschiedener als bisher mit den Barmer Thesen in die Gemeinden zu gehen und die BK in Württemberg zu sammeln, da der Oberkirchenrat die geistige Leitung der Kirche nicht ausübe. Dies wurde als Auflehnung gegen die rechtmäßige Kirchenleitung empfunden, weshalb den Sozietätlern die Predigt zu den sechs Barmer Thesen an den landeskirchlichen Kanzeln in Stuttgart verweigert wurde.

Als im Juni desselben Jahres von Pfarrern, die Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen erteilten, der Eid auf den Führer verlangt wurde, predigte Diem am 11. Juli 1937 gegen diese Forderung. Den 700 württembergischen Pfarrern, die den Eid verweigerten, wurde das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichtes entzogen. Zwar kam es Ende des Jahres zu einer Aussprache zwischen Landesbischof Wurm und den Sozietätsmitgliedern Hermann Diem, Heinrich Fausel und Eugen Stöffler, doch die Unstimmigkeit über die Frage der Autorität der BK im Reich und über die Kompetenz des Lutherischen Rates herrschte weiterhin.

Der Konflikt um den zu leistenden Eid erreichte 1938 seinen Höhepunkt. Die Bischöfe des Lutherischen Rates beschlossen, diesen Treueid auf Hitler von sich aus ihren Pfarrern aufzuerlegen. Wurm ließ sich von den theologischen Bedenken, die Diem ihm persönlich vortrug,

nicht beeindrucken und unterschrieb am 20. Mai 1938 das Treueid-Gesetz. Auf ihrer Tagung am 23. Mai beschlossen die Sozietätler, den Eid zu verweigern und diese Verweigerung öffentlich vor den Gemeinden zu begründen. Hermann Diem verfasste dazu einen „Entwurf für eine Erklärung vor der Gemeinde“, dessen Verlesung vom Oberkirchenrat verboten wurde. Den 50 Sozietätspfarrern, die den Eid auf Hitler verweigerten, geschah nichts weiter. Lediglich die beiden Vikare Kurt Wagner und Hermann Diems Bruder Harald bekamen nach ihrem 2. Examen keine ständige Stelle. Gegen Hermann Diem wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet, da er sich geweigert hatte, sein Amt aufzugeben. Infolgedessen wurde er seines Amtes enthoben, jedoch dank der Vermittlung eines Sozietätlers nach vier Wochen wieder eingesetzt.

Betrachtet man die theologische Arbeit Hermann Diems und seines Bruders Harald in den Jahren 1933 bis 1939, kann man feststellen, dass sie sich immer wieder mit den gleichen theologisch wie politisch brisanten Themen befassten. Als wichtige Aufgabe empfanden sie, zum einen das Verhältnis von Kirche und Staat, zum anderen das verantwortliche Predigtamt der Kirche auf den Punkt zu bringen. Des Weiteren setzten sie sich mutig und differenziert mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Altem und Neuem Testament und somit mit der „Judenfrage“ auseinander. Nachdem in der Kirchlich-theologischen Sozietät die Schrift „Das Heil kommt von den Juden“ in Umlauf gekommen war, wurde im März 1939 deren Autor Wilhelm Vischer, ein reformierter Schweizer Theologe, der markant die Verbundenheit von Juden und Christen vertrat, zu einer Tagung eingeladen.<sup>139</sup>

Dass Hermann Diem sich weiterhin mit diesen Themen beschäftigte, zeigt der 1943 von ihm verfasste Brief, den er Ostern 1943 in die Gruppe um Albert Lempp mitbrachte. Auch die Bitte um ein einheitliches Wort der Kirche zur Judenverfolgung wurde nicht das erste Mal im Osterbrief von 1943 erbracht. Bereits in einem Brief vom 5. Dezember 1941 hatte Diem den Landesbischof Wurm darum gebeten, worauf dieser allerdings nicht einging.<sup>140</sup>

Neben der theoretischen Auseinandersetzung mit der „Judenfrage“, beteiligten sich Diem und weitere Sozietätsmitglieder an der vom Mitglied des Münchner Kreises Kurt Müller organisierten württembergischen „Pfarrhauskette“. Unter hohem persönlichem Risiko versteckten seine Frau Annelise und er verfolgte Mitmenschen jüdischer Herkunft bei sich zu Hause.<sup>141</sup>

Von kleinen Unterbrechungen abgesehen war Diem nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zunächst weiter in Ebersbach tätig, bis er 1941 eingezogen wurde. Nach seiner Rückkehr aus

---

<sup>139</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 3/I, S. 56ff.

<sup>140</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/I, S. 67ff.

<sup>141</sup> Vgl. EBD., S. 182ff.

der Kriegsgefangenschaft im September 1945 setzte er wichtige Impulse für den Neuanfang der Evangelischen Kirche in Deutschland. 1957 wurde Hermann Diem Ordinarius für Systematische Theologie und Kirchenrecht in Tübingen. Er starb am 27. Februar 1975 in Tübingen.<sup>142</sup>

## **5 Die Entstehung des Münchner Laienbriefes und die Übergabe desselben an den bayerischen Landesbischof Hans Meiser**

Für die Personen des Lemppschen Kreises wurde das Schweigen der offiziellen Personen der Kirche zu den immer schärferen Maßnahmen gegen die Juden immer unerträglicher. So kam es, dass in diesem Kreis eine Denkschrift gegen die Judenverfolgung erarbeitet wurde, die dem bayerischen Landesbischof Meiser überreicht werden sollte. Dies wird in diesem Kapitel dargestellt.

Hermann Diem brachte kurz vor Ostern 1943 den Entwurf einer Denkschrift gegen die Judenverfolgung zu seinen gleichgesinnten Freunden des Münchner Kreises mit, die in Walter Classens Wohnung zusammengekommen waren. Welche Mitglieder der Gruppe an diesem Abend anwesend waren, lässt sich heute nur schwer rekonstruieren. Sicher ist, dass nur etwa drei bis vier Männer<sup>143</sup> gemeinsam mit Diem die Endredaktion dieser Schrift übernahmen. Die Frauen, unter ihnen Maria Lempp und Anna Höchstädter, waren nach Hause gegangen, da jede Nacht mit Fliegeralarm zu rechnen war. Jeder Absatz der Erklärung wurde bis nach Mitternacht durchgesprochen und überarbeitet. Die fertige Denkschrift sollte dem Landesbischof Meiser mit der Bitte überreicht werden, sie als Grundlage eines Protestes der evangelischen Kirche gegen den Staat in Sachen der Judenverfolgung zu nehmen.<sup>144</sup>

Um Ostern 1943 gingen deswegen Landgerichtsrat Emil Höchstädter und Professor Wilhelm Hengstenberg mit dem gemeinsam verfassten Brief zu Landesbischof Meiser und baten ihn, sich diese Eingabe zu eigen zu machen, um damit offiziell im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland gegen die Judenverfolgung zu protestieren. Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Der Landesbischof hörte aufmerksam zu, billigte Form und Inhalt des Briefes und versicherte sein Bedauern über die furchtbaren Geschehnisse in Polen und in den Konzentrationslagern. Er wollte, dass die Überbringer den Brief persönlich unterzeichneten, was diese

---

<sup>142</sup> Vgl. HERMLE: Evangelische Kirche und Judentum, S. 397.

<sup>143</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Einige historische Ergänzungen, 8.

<sup>144</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 228.

aber ablehnten, da dies bei einer Veröffentlichung für sie eine viel größere Gefahr bedeutet hätte als für den Landesbischof.<sup>145</sup> Die Denkschrift aber selbst zu übernehmen und zu veröffentlichen, weigerte Meiser sich. Sein Verhalten entschuldigte er zum einen mit der großen Verantwortung, die er für seine Landeskirche mit ihren fast 1500 Pfarrern hatte. Er nahm an, dass eine Verfolgung über die Kirche und somit über die Menschen, die ihm anvertraut waren, kommen werde. Zum anderen befürchtete er, die Maßnahmen der Partei gegen die Juden würden noch härter, falls er gegen die Verfolgungen Stellung bezöge. Diese Befürchtung Meisers erklärt Diem im Nachhinein mit der raffinierten Taktik der Nationalsozialisten, einen Protest der Kirche zu verhindern: Die Nationalsozialisten unterschieden verschiedene „Kategorien“ von „privilegierten“ Juden, die sie zunächst noch verschonten. Sie drohten dabei der Kirche, diese ebenfalls zu „deportieren“, sobald die Kirche öffentlich eingreife.<sup>146</sup>

Schon zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft hatte Meiser auf der Informationssitzung der VKL vom 13. September 1935 davor gewarnt, dass eine Thematisierung der Judenfrage auf der anstehenden preußischen Synode zu einem „selbstverschuldeten Martyrium“ führen werde.<sup>147</sup>

Für den bayerischen Landesbischof wogen wohl die möglichen negativen Folgen eines öffentlichen Protestes gewichtiger, die Chancen schienen ihm zu gering. Auch Höchstädters und Hengstenbergs Hinweis auf das Zeugnis des württembergischen Landesbischofs Wurm gegen die „Euthanasie“ konnte ihn nicht umstimmen. Jener hatte einen Brief an den Reichsinnenminister Frick geschrieben, der zumindest zu einem teilweisen Einlenken der nationalsozialistischen Regierung geführt hat. Meiser erklärte, dass die Kirchenleitung alles ihr Mögliche bereits heimlich tue, um einzelnen Juden zu helfen, was sich beispielsweise in der Beschaffung von Pässen für die Flucht in die Schweiz äußerte, und blieb bei seinem „Nein“ gegen den öffentlichen Widerstand.<sup>148</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 291.

<sup>146</sup> Vgl. DIEM: Wie wenig haben wir geholfen, S. 136.

<sup>147</sup> Vgl. NIEMÖLLER, Wilhelm: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes. Bielefeld 1956, S. 383.

<sup>148</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 228ff.

## 6 Analyse des Laienbriefes

Im Folgenden wird der Inhalt des Briefes untersucht. Hierbei werden zunächst der Anlass der Autoren, den Brief zu schreiben, und ihre Forderung an den Landesbischof dargestellt. Daraufhin werden die Argumente, mit welchen die Pflicht der Kirche zu einem öffentlichen Wort begründet wird, ausführlich analysiert.

### 6.1 Anlass und Forderung

Ausgangspunkt für die Verfasser des Briefes war die Judenverfolgung und das Schweigen der Kirche dazu. Die Judenpolitik des Dritten Reichs war 1943 bereits ihrem grausamen Höhepunkt nahe: Seit dem Herbst 1941 wurden die generellen Deportationen der deutschen und westeuropäischen Juden mit Hitlers Genehmigung vorangetrieben. Auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 wurde die als „Endlösung“ proklamierte, systematische Ausrottung der Juden in Europa beschlossen.<sup>149</sup> Die Art dieser „Lösung“ scheint den Autoren des Briefes bewusst gewesen zu sein.<sup>150</sup> Sie benennen „das Vorgehen der nichtchristlichen Welt gegen die Juden“ (Text I, Zeile 29 im Anhang) und deren „Versuch, die Judenfrage nach einem selbstgemachten politischen Evangelium zu ‚lösen‘“ (I, Z. 35f.) offen als Versuch, „das Judentum zu vernichten“ (I, Z. 36) und das Phänomen der Juden zu beseitigen (vgl. I, Z. 49). Des Weiteren verurteilen sie, dass es für Juden keine „gerecht[e] Rechtsprechung in einem ordentlichen und öffentlichen Rechtsverfahren aufgrund humaner Gesetze“ (I, Z. 65ff.) gebe.

Der konkrete Anlass des Münchner Kreises im Frühjahr 1943 für die Forderung nach einem öffentlichen Wort durch die Kirche war „die Einbeziehung der sog. ‚privilegierten‘ Juden in diese Verfolgung unter Aufhebung der nach Gottes Gebot gültigen Ehen“ (I, Z. 6f.). Seit Beginn des Krieges zeigte sich die Bedrohung der bisher „privilegierten Juden“ und „Halbjuden“, da die Gesetzeslage auf dem Gebiet des „Mischlings- und Mischehenrechts“ völlig unbestimmt war. Doch das Drängen der Partei nach einer eindeutigen Lösung offenbarte, dass auch diese Gruppen kaum der Vernichtungsmaschinerie entkommen würden. Bei der Wannseekonferenz und den darauf folgenden Besprechungen wurde immer wieder erörtert, wie mit diesen Gruppen umzugehen sei. Es gab viele Debatten über Möglichkeiten, diese „Mischehen“ aufzulösen und den „nichtarischen“ Ehepartner den anderen Juden rechtlich gleichzustellen. Eine entsprechende Rechtsvorschrift wurde vom Reichsinnenministerium seit dem

---

<sup>149</sup> Vgl. ADAM, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 2003, S. 218ff.

<sup>150</sup> Vgl. WURSTER, Markus: Der Münchner Laienbrief (1943). In: Norden, Günther van/Wittmütz, Volkmarr (Hg.): Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg (SVRKG 104). Köln 1991, S. 77-102, hier: S. 79.

Frühjahr 1943 bearbeitet. Zwar wurden diese Pläne nie durchgesetzt, dennoch schien die Gefahr auch für Juden mit „deutschblütigem“ Partner besonders akut, da sie einer immer härter werdenden Sondergesetzgebung unterworfen wurden.<sup>151</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt war ein öffentlicher Protest einer offiziellen Instanz der Kirche gegen die Judenvernichtung des nationalsozialistischen Regimes noch nicht erfolgt. „[D]aß [sic!] die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt“ (I, Z. 2f.), können die Verfasser des Laienbriefes nicht ertragen. Sie fordern den bayerischen Landesbischof Meiser als Leiter der Kirche auf, endlich das der Kirche eigene Wächteramt wahrzunehmen (vgl. I, Z. 70f.) und öffentlich Zeugnis abzulegen, da nach ihrer Auffassung „[a]lles, was bisher von der Kirche in Deutschland in dieser Sache getan wurde, [...] nicht als solches Zeugnis gelten“ (I, Z. 74ff.) kann.

## **6.2 Analyse der Argumentation für die Pflicht der Kirche zu einer öffentlichen Stellungnahme**

Im Folgenden wird die Argumentation des Münchner Laienbriefes für die Forderung eines öffentlichen Protestes durch die Kirche analysiert.

### **6.2.1 Das Gebot der Nächstenliebe**

Als erste Motivation für die Forderung nach einem Wort zur Judenfrage führen die Verfasser des Briefes „das einfache Gebot der *Nächstenliebe*“ (I, Z. 11) an. Gegen dieses werde verstoßen, da mit der Judenverfolgung das 5., 6., 7., 8., 9. und 10. Gebot, also die Gebote, die das soziale Miteinander regeln, verletzt würden (vgl. I, Z. 8f.). Auch am Ende greifen sie dieses Motiv nochmals mit dem Hinweis auf, selber von Mitleid getrieben zu sein (vgl. I, Z. 88).<sup>152</sup> Sie beziehen die aktuelle Situation eines jeden Christen auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Jeder „Nichtarier“ sei der „unter die Mörder Gefallene“, und als Christ sei man gefragt, ob man den existentiell bedrohten Juden einfach ignoriere wie der Priester und Levit, oder ob man sich seiner annehme wie der Samariter (vgl. I, Z. 13ff.). Die Autoren des Laien-

---

<sup>151</sup> Vgl. ADAM: Judenpolitik im Dritten Reich, S.222ff.

<sup>152</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 93.

briefes klagen wie Jesus nicht den Täter an, sondern sprechen allein von der Schuldhaftigkeit derer, die das geschehene Verbrechen sehen und sich dagegen entscheiden, Hilfe zu leisten.<sup>153</sup>

Im Dritten Reich drängte sich die Relevanz des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter geradezu auf, was verschiedene kirchliche Äußerungen zur Unvereinbarkeit von nationalsozialistischer Anschauung und dem universalen Anspruch des christlichen Samariterdienstes bezeugen.<sup>154</sup> So betont zum Beispiel auch die Denkschrift der 2. VKL von 1936, dass ein Antisemitismus, „der zum *Judenhaß* [sic!] verpflichtet“, gegen „das christliche Gebot der Nächstenliebe“<sup>155</sup> stehe.

Die Autoren stellen fest, dass nach Jesu Auslegung des Gleichnisses diese Liebe nicht eingeschränkt werden dürfe „auf den Glaubens-, Rassen- oder Volksgenossen“ (I, Z. 13.). Diese Liebe kenne keine Eingrenzung, sie schließe alle mit ein, „ob Jude oder Christ“ (I, Z. 14). Folglich ist jeder „Nichtarier“ der Nächste eines Christen, unabhängig von der Tatsache, ob er nun einer christlichen Gemeinde angehört. Laut den Autoren verpflichtet das Gleichnis den Gläubigen zur Praxis der Barmherzigkeit, auch keine „Judenfrage“ entbindet ihn von der Verbindlichkeit des Nächstenliebegebotes (vgl. I, Z. 17).

Dieser deutliche Hinweis liest sich auch als Mahnung an die eigene Kirche.<sup>156</sup> Das Verhalten der BK zeigte häufig, dass sie sich in ihrer Nächstenliebe hauptsächlich den jüdischstämmigen Christen verpflichtet fühlte, nicht aber den Glaubensjuden. Viele Hilfsorganisationen wie das Büro Pfarrer Grüber waren ausgerichtet für „nichtarische“ Christen. Erst sehr spät weitete die BK ihre Ansicht der Verbindlichkeit des Nächstenliebegebotes.<sup>157</sup>

Das Attribut „zunächst“ (I, Z. 11) weist allerdings darauf hin, dass die Rolle des Samariters, der seine Nächstenliebe dem Juden gegenüber aktiv zeigt, nur eine Facette des Verhältnisses von Christen und Juden sein darf.<sup>158</sup> Die geistliche Beziehung der Christen zum jüdischen Volk wird im Brief erst später geschildert.

---

<sup>153</sup> Weiter unten ist noch einmal vom „christlichen‘ Antisemitismus“ (Z. 25) die Rede, „der das Vorgehen der nichtchristlichen Welt gegen die Juden, bzw. die Passivität der Kirche in dieser Sache mit dem ‚verdienten‘ Fluch über Israel entschuldigt“ (Z. 26f.). Hier verschwimmt die Grenze zwischen Täter und schweigendem Beobachter völlig, woran man erkennt, für wie schlimm die Autoren das Schweigen der Kirche erachten.

<sup>154</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 93.

<sup>155</sup> Denkschrift der „radikalen“ BK an Hitler (28. Mai 1936), zit. nach: HERMLE/THIERFELDER (Hg.): Herausgefordert. Stuttgart 2008, S. 344.

<sup>156</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 93.

<sup>157</sup> Vgl. GERLACH: Als die Zeugen schwiegen, S. 401.

<sup>158</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 93.

### 6.2.2 Die Judenfrage als evangelische Frage

Die Autoren des Briefes bezeichnen die „Judenfrage“, die nicht von der Verbindlichkeit des Nächstenliebegebotes entbindet, als „primär eine evangelische und keine politische Frage“ (I, Z. 18f.). Dies habe die Kirche zu bezeugen bei der Gelegenheit, wenn sie ihr Wort öffentlich gegen die Judenverfolgung richtet (vgl. I, Z. 17f.).

Mit dieser Feststellung protestieren die Autoren dagegen, dass auch die Kirche das Dasein der Juden nicht rein theologisch als Glaubensfrage versteht.

Der Grund hierfür lässt sich erahnen, wenn man die Entwicklung des Judenhasses in Deutschland untersucht. Über Jahrhunderte hinweg hatte die Kirche mit Beschimpfungen der Juden als Gottesmörder ihren Antijudaismus nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar gefördert.<sup>159</sup> Ende des 19. Jahrhunderts wurden vom Berliner Hofprediger und Gründer der „Christlich-Sozialen Arbeiterpartei“ Adolf Stoecker solche Parolen aus der langen antijudaistischen Tradition der Christen erstmals in die Parteipolitik eingeführt.<sup>160</sup> Er vertrat die Meinung, dass man die Deutschen vor einer Vermischung mit dem jüdischen Volk schützen muss, nachdem die Juden „an Christo gescheitert sind und ihren göttlichen Kurs verloren haben“<sup>161</sup>. Des Weiteren nutzte Adolf Hitler die Äußerungen der jahrhundertelangen Judenfeindschaft der Christen, um den Antisemitismus zu begründen. Laut Hitler muss ein Christ notwendigerweise Antisemit sein. Das Volk der Juden sei das Volk eines anderen Gottes. Im Kampf gegen dieses jüdische Gift sei Jesus verblutet.<sup>162</sup> Als Adolf Hitler solche Gedanken nicht mehr öffentlich vertrat, war es Julius Streicher, der Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“, der seine antisemitischen Parolen aus dem Antijudaismus der Urgemeinde zog und das Schicksal der Juden als Strafe für Golgatha propagierte.<sup>163</sup>

Der „christliche“ Antisemitismus Stoeckers hatte einen sehr nachhaltigen Einfluss auf den deutschen Protestantismus<sup>164</sup> und vergiftete die Gemüter der Christen, auch bis in die Reihen der BK hinein.<sup>165</sup> Die Christen setzten sich meist lediglich vom „wüsten Antisemitismus“ ab und forderten für die getauften Juden eine „mildere“ Behandlung.<sup>166</sup>

---

<sup>159</sup> Vgl. TÖDT: Die Kirche nach der Pogromnacht, S. 636.

<sup>160</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 46.

<sup>161</sup> STOECKER, Adolf: „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“, zit. nach: KUPISCH, Karl (Hg.): Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871-1945, München 1965, S. 77.

<sup>162</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 59f.

<sup>163</sup> Vgl. DIEM, Hermann: Das Rätsel des Antisemitismus. In: TEH 80 (1960), S. 3-17, hier: S. 5f.

<sup>164</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 46.

<sup>165</sup> BARKENINGS, Hans-Joachim: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung. Offener Brief an Landesbischof D. Meiser, Dokument und Kommentar. In: Kul 3, S. 190-194, hier: S. 192.

<sup>166</sup> DIEM: Das Rätsel des Antisemitismus, S. 6.

Dass die Nationalsozialisten Parolen aus der christlichen Tradition übernommen hätten, habe die christlichen Kreise wohl verwirrt und den Widerstand gelähmt, erklärt Diem im Rückblick. „[D]ie Judenfrage als solche wagte die Kirche kaum mehr aufzugreifen, nachdem sie ihr der Nationalsozialismus mit der einst christlichen Parole aus der Hand genommen hatte.“<sup>167</sup>

Gegen diese erkannte Hemmung der Kirche fordert Diem mit dem Münchner Kreis in seinem Brief, die Judenfrage dem Staat wieder aus der Hand zu nehmen, da es sich um eine evangelische Frage handele.

Die Autoren setzen sich damit eindeutig von der Annahme ab, dass die von der Bevölkerung wahrgenommenen Probleme, die beim gemeinsamen Leben von Juden und Christen in Deutschland entstehen, auf politischer Ebene gelöst werden könnten. Eine politische Lösung der „Judenfrage“ wäre gleichbedeutend mit einer von der Regierung durchgeführten Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben, durch strenge Gesetzeauflagen, Ausweisungen oder Mord. Damit wird deutlich, dass die Verfasser des Osterbriefes die Juden nicht als Bedrohung wahrnehmen, die man politisch bekämpfen muss.

Eine solche Ansicht vertrat der zu dieser Zeit verbreitete Judenhass. Schon durch die im 19. Jahrhundert entstandene sozio-kulturelle Judenfeindschaft war in weiten Teilen des deutschen Volkes eine Stimmung verbreitet, durch die die Juden als „zersetzendes Element“ einer „fremden Nation“ als Bedrohung empfunden wurden.<sup>168</sup> An diese Vorstellungen knüpfte der rassistische Antisemitismus an, der mit Adolf Hitler an der Spitze der NSDAP bald fast das gesamte Volk ergriff. Nach Hitlers Weltanschauung herrschte auf der Welt ein Kampf zwischen der „arischen“ und der „jüdischen Rasse“. Die „jüdische Rasse“ wolle anstelle der „arischen Rasse“ Herr über die Welt werden und nicht zuletzt durch „Rassenvermischung“ die Lebensgrundlage der „arischen Rasse“ zersetzen.<sup>169</sup>

Der Laienbrief verlangt von der Kirche, die „Judenfrage“ „primär“ als evangelische Frage, d. h. als theologische Frage, und nicht als politische Frage zu bezeugen. Hieran erkennt man, dass die Kirche sich selbst darüber bewusst werden soll, dass die „Judenfrage“ lediglich eine Glaubensfrage ist, und überlegen soll, wie sie mit den Juden umzugehen hat und wie sie ihr Verhältnis zu den Juden verstehen muss. Diese Erkenntnis, die deutlich gegen die von vielen als notwendig empfundene Vernichtung der Juden steht, muss die Kirche dann an die natio-

---

<sup>167</sup> EBD., S. 6.

<sup>168</sup> RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 43.

<sup>169</sup> Vgl. SCHOLDER, Klaus: Judentum und Christentum in der Ideologie und Politik des Nationalsozialismus 1919-1945. In: Ders. (Hg.): Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1988, S. 247-258, hier: S. 247ff.

nalsozialistische Regierung weitergeben. Der Judenhass hat christlichen Ursprung, deswegen muss „primär“ diese Wurzel der Judenfeindschaft vernichtet werden. Eine Umkehr und Neubestimmung muss im grundsätzlichen Verhältnis zwischen Christen und Juden ansetzen.<sup>170</sup>

Laut den Autoren erklärt die Bibel „[d]as politisch irreguläre und singuläre Dasein und Sosein der Juden“ (I, Z. 19f.), durch das sich vielleicht die Unsicherheit der Christen ihnen gegenüber ergibt, alleine damit, „daß [sic!] dieses Volk von Gott als Werkzeug seiner Offenbarung in Beschlag genommen ist“ (I, Z. 20f.). Weder wird die von Teilen des deutschen Volkes gefühlte Andersartigkeit der Juden mit der von Hitler verkündeten Boshaftigkeit der jüdischen „Rasse“ begründet, noch wird ihr Schicksal wie in der antijudaistischen Tradition mit dem Strafgericht Gottes erklärt. Weder darf der Mensch über das Schicksal der Juden richten, noch darf er sich anmaßen, darin die Strafe Gottes zu erkennen. Es ist nicht möglich, die Judenfrage politisch zu lösen, stattdessen muss sie biblisch-theologisch interpretiert werden.<sup>171</sup>

Der Brief fordert die Kirche auf, „jenem ‚christlichen‘ Antisemitismus“ (I, Z. 28) zu widerstehen. Sie müsse stattdessen die heilsgeschichtliche Bedeutung Israels, die auch heute nicht aufgehoben ist, annehmen und dem Staat bezeugen (vgl. I, Z. 34f.). Des Weiteren habe die Kirche Folgendes zu erkennen: „Das Phänomen der Juden, an denen sich die prophetische Weissagung erfüllt, ‚daß [sic!] sie sollen zum Fluch, zum Wunder, zum Hohn und zum Spott unter allen Völkern werden‘ (Jer 29,18), bezeugt aller Welt den [den Juden und Christen gemeinsamen] Gott des 1. Gebotes, der durch sein Handeln an Israel seinen Herrschaftsanspruch an die Völker kundtut.“ (I, Z. 43ff.) Diese Punkte zu interpretieren und zu verkünden ist den Verfassern zufolge die notwendige Pflicht der Kirche.

Folglich kann die Kirche, nur indem sie selbst die aktuelle Wichtigkeit der Juden annimmt und dem Staat verkündet, dafür sorgen, „daß [sic!] die Regierenden diesem Zeugnis nicht auszuweichen versuchen durch Beseitigung dieses Phänomens“ (I, Z. 48f.). Um diese politische „Lösung“ verhindern zu können, gibt es für den Münchner Kreis keine andere Möglichkeit, als dem Staat die „Judenfrage“ als evangelische Frage wieder aus der Hand zu nehmen.

---

<sup>170</sup> Vgl. TÖDT: Die Kirche nach der Pogromnacht, S. 636.

<sup>171</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 90.

### **6.2.3 Die bestehende Erwählung Israels und die unlösbare Verbundenheit zwischen Israel und Kirche**

Das zentrale Argument des Münchner Laienbriefes gegen die Judenvernichtung ist die bestehende Erwählung des jüdischen Volkes (vgl. I, Z. 34) und die damit verbundene heilsgeschichtliche Bedeutung für die Kirche und unlösbare Verbundenheit zwischen Israel und Kirche (vgl. I, Z. 37ff.).

Als Basis für dieses Argument sollte man die biblische (Heils-)Geschichte Israels betrachten, auf deren verschiedene Momente die Autoren teilweise mit Bibelzitatzen eingehen. Im Folgenden wird diese zusammenhängend dargestellt.

#### **6.2.3.1 Die im Brief dargestellte Geschichte Israels**

Das erste Moment der Heilsgeschichte Israels, auf das die Autoren eingehen, ist der Exodus, bei dem Gott sich Israel offenbart hat und es „aus Ägyptenland, aus dem Diensthause geführt hat“ (2. Mose 20,2)“ (I, Z. 51). Dieses Volk sei „von Gott als Werkzeug seiner Offenbarung in Beschlag genommen“ (I, Z. 21). Die Offenbarung Gottes als Jesus Christus, der nach christlichem Bekenntnis die endgültige Offenbarung Gottes ist, geschah im Volk der Juden (vgl. I, Z. 23f.). Durch diese Feststellung wird daran erinnert, dass Jesus von Nazareth Jude war.<sup>172</sup> Seiner göttlichen Bestimmung sei Israel allerdings untreu geworden (vgl. I, Z. 52). Worin diese Untreue besteht, die zum Ausbrechen der natürlichen Zweige geführte hatte (vgl. Röm 11, 20; I, Z. 32f.), kann anhand des Bibelzitats aus der Apostelgeschichte erschlossen werden. Die Autoren zitieren den Schluss der Petruspredigt (I, Z. 23ff.: „Euch *zuvörderst* hat Gott auferweckt seinen Knecht Jesus und hat ihn zu euch gesandt, euch zu segnen, daß [sic!] ein jeglicher sich bekehre von seiner Bosheit“) und betonen, dass diese Bezeugung „die ersten Apostel – *nach* Golgatha! – getan [hätten]“ (I, Z. 22f.). Dies macht das Anliegen der Verfasser deutlich: Zwar habe das Volk Israel Jesus verleugnet und dadurch ermordet, doch liegt die zentrale Aussage der verwendeten Bibelstelle nicht auf der Schuld Israels, sondern darauf, dass Gott gerade für die Schuldigen seinen Knecht auferweckt und zu ihnen gesandt habe. Diejenigen, die unwissend und in Verblendung gehandelt hätten, seien durch die Auferweckung Jesu zur Buße gerufen. Diesen „zuvörderst“ halte Gott Vergebung und endgültiges Heil bereit.<sup>173</sup>

---

<sup>172</sup> Vgl. EBD., S. 91.

<sup>173</sup> Vgl. EBD., S. 91f.

### 6.2.3.2 Der ungekündigte Bund Gottes mit Israel

Angesichts dieser in der Bibel erkennbaren Großzügigkeit und Ausdauer Gottes verliert die Rede vom oft beschworenen „verdienten Fluch“ über Israel ihre Berechtigung.<sup>174</sup>

Die Autoren betonen, dass Gott „trotz aller Untreue der von ihm aus Juden und Heiden Erwählten seinem Bund treu bleib[e]“ (I, Z. 51f.). Dieses Volk sei von Gott als Werkzeug seiner Offenbarung in Beschlag genommen (vgl. I, Z. 21). Dass diese Sätze im Präsens stehen, zeigt, dass Gott Israel nicht fallen gelassen, sein Werk an Israel noch nicht vollendet hat.

Eine vergleichbare Ansicht vertrat in der reformierten Theologie schon Johannes Calvin. Seine einsame Position stand in der Kirche entgegen den verbreiteten Enterbungs- und Substitutionstheorien. Diese besagten, dass der Bund Gottes mit dem Volk Israel mit der Kreuzigung Jesu geendet habe und die Kirche nun an Stelle der Juden das auserwählte Volk Gottes sei. Calvin dagegen verkündete den ewigen Bestand des Bundes mit Israel. In seiner Erklärung zum Römerbrief schreibt er, dass Israel den Bund zwar gebrochen habe, es aber fraglich sei, ob Treulosigkeit der Menschen den Gottesbund aufheben könne. Dies beruhe auf dem Grundsatz der Kindschaft als Werk der freien Gnade Gottes. Folglich bleibe Israel Gottes erwähltes Volk.<sup>175</sup>

Auch an der Verwendung der Begriffe „Israel“ und „Judentum“ im Laienbrief erkennt man, dass die Autoren nicht wie die Substitutionslehre zwischen dem damaligen Gottesvolk Israel, mit dem Gott den Bund geschlossen hat, und den heutigen Juden unterscheiden:

Es ist von der Pflicht der Kirche die Rede, „allen Juden“ unermüdlich ihre Auserwähltheit zu bezeugen, wie sie die ersten Apostel verkündet haben (vgl. I, Z. 22ff.). Um dieses Zeugnis glaubwürdig „für Israel“ ausrichten zu können, müsse sie sich der „unter die Mörder gefallenen Juden“ annehmen (vgl. I, Z. 25ff.). Des Weiteren sprechen die Autoren davon, dass die Kirche „diese heilsgeschichtliche Bedeutung Israels“ zu bezeugen und den Versuchen „das Judentum zu vernichten“ zu widerstehen habe (vgl. I, Z. 34ff.). Bei den Gräueltaten an den Juden im Dritten Reich handelt es sich nach Meinung der Verfasser um einen „gegen Israel gerichteten Angriff“ (vgl. I, Z. 39f.). An diesen Geschehnissen zeige sich der Gott des 1. Gebotes, der durch „sein Handeln an Israel“ seinen Herrschaftsanspruch an die Völker kundtut (vgl. I, Z. 43ff.).

Im Münchner Laienbrief werden die Begriffe „Israel“ und „Judentum“ völlig austauschbar verwendet. Vertritt man die Ansicht, die als Substitutionslehre konstruiert wurde, dass Juden

---

<sup>174</sup> Vgl. EBD., S. 92.

<sup>175</sup> Vgl. KRAUS, Hans-Joachim: „Israel“ in der Theologie Calvins. In: Kraus, Hans-Joachim (Hg.): Rückkehr zu Israel. Beiträge zum christlich-jüdischen Dialog. Neukirchen-Vluyn 1991, S. 189-199, hier: 193f.

durch den gekündigten Bund nicht mehr das Gottesvolk sind, könnten Juden gar nicht mehr mit dem theologisch qualifizierten Begriff „Israel“ bezeichnet werden.

Dieses Verständnis der Begrifflichkeiten von Diem und seinen Freunden stimmt mit dem Karl Barths überein. In seiner Kirchlichen Dogmatik II/2, die im Frühjahr 1942 veröffentlicht worden war und in Deutschland unter seinen Freunden kursierte<sup>176</sup>, klärt er im Kapitel „Die Erwählung der Gemeinde“ diese Begriffe in theologisch angemessener Weise<sup>177</sup>: „Israel ist das sich seiner göttlichen Erwählung widersetzende Volk der Juden“<sup>178</sup>, das „in der ganzen Ausdehnung seiner Geschichte in Vergangenheit und Zukunft, *ante* und *post Christum natum*“<sup>179</sup> existiert.

### 6.2.3.3 Die unlösbare Verbundenheit von Israel und Kirche

Die Autoren des Briefes beschränken sich nicht darauf, die bleibende Erwählung Israels zu verkünden. Von ihnen wird die daraus resultierende „heilsgeschichtliche Bedeutung“ Israels für die Kirche, hervorgehoben, da diese laut ihnen „in Schuld und Verheißung unlösbar mit dem Judentum verknüpft ist“ (I, Z. 38f.). Israel hat also wegen des ungekündigten Bundes mit Gott teil am Heil, was für die Münchner Autoren auch auf das Heil der Kirche Auswirkungen hat, da der eine Bund Gottes aus „aus Juden und Heiden Erwählten“ besteht. „Die Kirche bleibt [folglic] an die Geschichte Israel gewiesen“<sup>180</sup>, sie ist unlösbar mit den Juden verbunden.

„Es ist keine Neuentdeckung, aber für diese Zeit (1943) eine entschlossene, mutige und gegen jede Erfahrung trotzen biblische Glaubensaussage, wenn [die Autoren] auf der heilsgeschichtlichen Bedeutung Israels beharr[en].“<sup>181</sup>

Diese Darstellung lässt eine neue Israeltheologie erkennen, die stark an die Karl Barths und Wilhelm Vischers angelehnt ist.<sup>182</sup> Unter dem Alttestamentler Wilhelm Vischer aus Basel, durch den auch Karl Barth zum Umdenken kam, entstand in den Jahren der schwersten Judenverfolgung eine neue Israeltheologie.<sup>183</sup> Der Schweizer Theologe bezog dazu Stellung,

---

<sup>176</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 289.

<sup>177</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 90.

<sup>178</sup> BARTH, Karl: Die Kirchliche Dogmatik. Band II: Die Lehre von Gott, Zweiter Halbband, Zürich <sup>2</sup>1946, S. 219.

<sup>179</sup> EBD., S. 218.

<sup>180</sup> WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 82.

<sup>181</sup> EBD.

<sup>182</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 289.

<sup>183</sup> Vgl. WIDMANN, Martin: Die Geschichte der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg. In: Bauer, Karl-Adolf (Hg.): Predigtamt ohne Pfarramt? Die „Illegalen“ im Kirchenkampf. Neukirchen-Vluyn 1993, S. 110-190, hier: S. 172f.

dass Israels Aufgabe und Funktion mit dem Tod Jesu nicht hinfällig geworden ist. In seinem Memorandum „Das Heil kommt von den Juden“ von 1938, das auch von Karl Barth unterschrieben worden war, macht Vischer folgende Überlegungen. „Wenn auch nach menschlichem Gefühl Gottes Gerechtigkeit darin hätte bestehen müssen, daß [sic!] er die Juden, nachdem sie ihn verworfen hätten, nun seinerseits verwirft, so wolle er ‚vielmehr gerade an ihnen und mit ihnen die Offenbarung seiner göttlichen Philanthropie vollenden (Tit 3,4)‘. Und weil deshalb jeder Jude ‚ein Zeuge der Heiligkeit und Treue Gottes‘ sei, entscheide sich an der Stellung zu den Juden, ‚ob der Glaube, die Liebe und die Hoffnung der Christenheit echt sind‘.<sup>184</sup>

Für die Autoren des Briefes ist die Bedeutung Israels für die Kirche ein stärkeres Argument für den Protest gegen die Judenvernichtung als die Nächstenliebe, die sie nur „zunächst“ (I, Z. 11) bewegt. Die von Vischer verkündete bestehende Zeugenschaft der Juden für Gott steht im Mittelpunkt. Allein durch Israels Dasein unter einem von Gott gewollten Schicksal offenbare sich der Gott, der von allen Menschen Gehorsam fordert.<sup>185</sup> Diem und seine Freunde sind wie Vischer der Meinung, dass sich daran, ob die Christen diese Zeugenschaft annehmen, die Stellung der Christen zu Gott entscheidet, denn wenn sie diesem Zeugnis ausweichen (vgl. I, Z. 48f.), kommt das in letzter Konsequenz dem Versuch gleich, den Gott des 1. Gebotes zu bekämpfen (vgl. I, Z. 37). Durch die dargestellte Wichtigkeit der Juden, die als erwähltes Volk weiterhin als Gottes Werkzeug seiner Offenbarung fungieren, gehen die Autoren des Briefes über die den Juden zugeschriebene Rolle der nach dem Samaritergebot passiv Hilfeempfangenden hinaus.

Vischers Schrift „Das Heil kommt von den Juden“ war bei den württembergischen Theologen der Kirchlich-theologischen Sozietät im Umlauf. Dass von ihm vertretene Ansätze auch im 1943 entstandenen Brief der Münchner Laien erkennbar sind, ist mit dem Sozietätler Hermann Diem als Hauptverfasser nicht verwunderlich.

Neben dieser Zeugnisfunktion der Juden zeigen die Autoren des Briefes auch die Aufgaben der Kirche auf. Nach Apg 3 solle die Kirche an Israel das Christuszeugnis mit der Verkündigung, dass Christus zuerst zu den Juden gesandt sei, ausrichten (vgl. I, Z. 22ff.). Um dies glaubwürdig bezeugen zu können, müsse die Kirche sich aktiv der Verfolgten annehmen (vgl. I, Z. 25ff.). Vor einer Überheblichkeit, Israel gegenüber einen Vorzug zu haben, wird gewarnt (vgl. I, Z. 31ff.).

---

<sup>184</sup> VISCHER, Wilhelm: Das Heil kommt von den Juden, zit. nach: GERLACH: Als die Zeugen schwiegen, S. 185.

<sup>185</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 94.

Diese Darstellung der gegenseitigen Zeugnisfunktion weist auf die Teilhabe an derselben Heilsgeschichte hin, in der sowohl die Kirche als auch Israel (immer noch) eine Funktion hat. Hinter dieser Verhältnisbestimmung von Kirche und Israel kann man Karl Barths Lehre von der „Erwählung der Gemeinde“ aus seiner „Kirchlichen Dogmatik II/2“ deutlich erkennen: Ausgangspunkt der Thematik dieses Kapitels ist Gottes freie Zuwendung zu den Menschen in seiner Selbsthingabe in Jesus Christus.<sup>186</sup> Diese Gnadenwahl sei „zugleich die ewige Erwählung der einen Gemeinde Gottes, durch deren Existenz Jesus Christus der ganzen Welt bezeugt [werden soll], die ganze Welt zum Glauben an Jesus Christus aufgerufen werden soll“<sup>187</sup>. Diese eine Gemeinde Gottes habe zwei Gestalten, die als Israel und die als Kirche. Beiden Gestalten weist Barth eigene Funktionen zu. Israels Dienst sei der Spiegel des göttlichen Gerichts, dem Gott den Menschen entrissen hat. Die Erwählung der Gemeinde in ihrer israelitischen Gestalt mache sichtbar, dass Gott für sich selbst das Kreuz erwählt, indem er in Jesus Christus die Gemeinschaft mit dem Menschen erwählt.<sup>188</sup> Die Gestalt der Gemeinde als Kirche sei dagegen der Spiegel des göttlichen Erbarmens, in dem sich Gott den Menschen durch seine Auferstehung zuwende.<sup>189</sup>

Der Gedankengang der Autoren des Osterbriefes, dass die Kirche und auch Israel auch heute noch im Dienst Gottes stünden, ist von Karl Barth übernommen.

Laut Barth bedeutet die Darstellung der zwei Gestalten der Gemeinde, bei denen eine dem Erbarmen, eine dem Gericht zugeordnet wird, nicht, dass man die Kirche die erwählte, die Juden die verworfene Gemeinde nennen kann.<sup>190</sup> Das Entscheidende sei die menschliche Abwendung von dem erwählenden Gott und die Zuwendung des erwählenden Gottes zum Menschen. Das seien die beiden Gestalten über die sich „der Bogen des einen Bundes“<sup>191</sup> wölbe.

Auch der Münchner Kreis stellt Israel nicht der erwählten Kirche als verworfen gegenüber. Die Verfasser heben hervor, dass die Kirche „als das wahre Israel in Schuld und Verheißung unlösbar“ (I, Z. 38) mit dem Judentum verknüpft sei. Sowohl Juden als auch Heiden seien untreu, dennoch wende Gott sich beiden zu (vgl. I, Z. 50ff.). Es wird klar, dass für Diem und seine Freunde Gericht und Gnade nicht strikt auf Israel und Kirche aufgeteilt wird, sondern Gott seinem Bund mit den von ihm Erwählten treu bleibt (vgl. I, Z. 52). Die heilsgeschichtli-

---

<sup>186</sup> Vgl. EBD.

<sup>187</sup> BARTH, KD II/2, S. 215.

<sup>188</sup> Vgl. EBD., S. 227.

<sup>189</sup> Vgl. EBD., S. 231.

<sup>190</sup> Vgl. EBD., S. 219f.

<sup>191</sup> EBD. S. 220.

che Bedeutung Israel, die nie beendet wurde, bedeutet somit zugleich die untrennbare Verbundenheit von Kirche und Judentum.

Die Formulierung „Kirche als das wahre Israel“ lässt kurz die falsche Vermutung aufkommen, dass die Autoren Vertreter der Substitutionstheorie seien, Israel also keine heilsgeschichtliche Bedeutung mehr habe und alle Verheißungen Gottes auf die Kirche übergegangen seien. Da aber im Kontext des Briefes eindeutig auf die unlösbare Verbindung zwischen Israel und der Kirche (vgl. I, Z. 37ff.) und auf den gemeinsamen Auftrag, das 1. Gebot zu bezeugen (vgl. I, Z. 43ff.; 56ff.), hingewiesen wird, ist eine andere Interpretation wahrscheinlicher: Durch die Benennung der Kirche als das wahre Israel wird gezeigt, dass sie qualifiziert ist, in die bestehende Heilsgeschichte Israels, den einen Bund mit Gott, einbezogen zu sein.<sup>192</sup>

#### **6.2.4 Die Verbindlichkeit des 1. Gebotes**

Den Hintergrund aller genannten Argumente gegen die Judenverfolgung bildet das 1. Gebot. Der Versuch, die „Judenfrage“ nach einem selbstgemachten politischen Evangelium zu lösen, komme einem Versuch gleich, den Gott des 1. Gebotes zu bekämpfen (vgl. I, Z. 35f.). Stattdessen müsse der Staat sein Amt im Gehorsam gegen den Gott des 1. Gebotes recht ausrichten (vgl. I, Z. 58f.).

Dieser Vorwurf an den Staat, mit seinem politischen Evangelium im direkten Widerspruch zum 1. Gebot zu stehen, hat seinen Ursprung in einer frühen dialektischen Argumentation aus dem Kreis um Karl Barth. In der Zeitschrift „Zwischen den Zeiten“ erschien im Jahr 1931 der Aufsatz „Politisches Messiasium“<sup>193</sup> des Barthschülers Richard Karwehl. In seiner theologischen Analyse des Nationalsozialismus setzt er sich mit einer möglichen Zusammenarbeit von Nationalsozialismus und Kirche auseinander.<sup>194</sup> „Karwehl begriff den Rassegedanken als eine besondere Form der Verherrlichung des Menschen und den Nationalsozialismus als eine Weltanschauung, in der der Mensch sich selbst in Gestalt der arischen Rasse zum Gott machte.“<sup>195</sup> Weil Gott hier nicht mehr der Herr sei, schlossen sich Nationalsozialismus und christliche Kirche einander aus. Hitlers Plan, die Welt der arischen Rasse vom satanischen Judentum zu befreien und zu erlösen, sei säkularisierte Eschatologie, die dem Gott der biblischen Offenbarung radikal widerspreche.<sup>196</sup> Das Stillschweigen der Kirche zu diesen Geschehnissen

---

<sup>192</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 97.

<sup>193</sup> KARWEHL, Richard: Politisches Messiasium. In: ZZ 9 (1931), S. 519-543.

<sup>194</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 80.

<sup>195</sup> SCHOLDER: Die Kirchen und das Dritte Reich 1, S. 178f.

<sup>196</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 81.

begründet Karwehl damit, dass sie die geistige Führung an ein politisches Messiasstum abgetreten hat.<sup>197</sup>

Der Einfluss des Aufsatzes auf Hermann Diem, den Hauptverfasser der Schrift und Mit-herausgeber der Zeitschrift „Zwischen den Zeiten“, ist unverkennbar: Durch den Gott des 1. Gebotes sei es die Aufgabe der Kirche, dem Staat dieses 1. Gebot zu predigen. Sie müsse die Regierenden befreien von ihrer Selbstüberhöhung in der „Dämonie ihres politischen ‚Evangeliums‘“ (I, Z. 54), indem sie ihnen das biblische Evangelium von der Befreiung und Erlösung durch den Glauben an Jesus predige (vgl. I, Z. 50f.).

Im Laienbrief werden die Juden, „an denen sich die prophetische Weissagung erfüllt, ‚daß [sic!] sie sollen zum Fluch, zum Wunder, zum Hohn und zum Spott unter allen Völkern werden‘ (Jer 29,18)“ (I, Z. 44f.), als Zeuge für den Gott des 1. Gebotes bezeichnet. Die Kirche müsse „durch ihre Verkündigung dafür [...] sorgen, daß [sic!] die Regierenden diesem Zeugnis nicht auszuweichen versuchen durch Beseitigung“ (I, Z. 48f.). Das tue sie „durch die Verkündigung des Evangeliums von dem Gott, der Israel und uns ‚aus Ägyptenland, aus dem Diensthause geführt hat‘ (2. Mose 20,2)“ (I, Z. 50f.). Mit dem Zitat der vollständigen Fassung des 1. Gebotes im Unterschied zu den Lutherkatechismen wird hervorgehoben, dass der Gott des Alten Testaments derselbe ist wie der des Evangeliums.<sup>198</sup> Der Gott der Juden ist also derselbe wie der der Christen. Der Jude ist nicht – wie von Hitler oft verkündet – das Geschöpf eines anderen Gottes. Dem übergeordneten 1. Gebot ist folglich auch die Judenfrage untergeordnet. Ein Kampf gegen die Juden würde dem 1. Gebot widersprechen, da dies einem Kampf gegen den Gott Israels, einem regelrechten Antitheismus gleichkäme, wie Diem im Rückblick schreibt.<sup>199</sup>

Die Hervorhebung, die Predigt der Gebote der zweiten Tafel sei durch das 1. Gebot gefordert (vgl. I, Z. 57f.), hat noch einen weiteren Grund: Für Diem ist das 1. Gebot das zentrale Gebot, an das alle anderen Gebote gebunden sind.<sup>200</sup> Verständlich wird dieses Anliegen in Hermann Diems Aufsatz „Das Problem des ‚lebensunwerten Lebens‘ in der katholischen und evangelischen Ethik“. Er stellt dort die These auf, dass entgegen der katholischen Lehre das Christentum des Neuen Testaments keine kasuistische Ethik kennt. Gottes Gebote sind laut ihm nicht Bestandteile eines festgesetzten Regelwerkes, aus dem man einfach ablesen kann, „was für

---

<sup>197</sup> Vgl. KARWEHL: Politisches Messiasstum, S. 542.

<sup>198</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 83.

<sup>199</sup> Vgl. DIEM, Hermann: Kirche und Antisemitismus. In: Flitner, Andreas (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 7-23, hier: S. 19.

<sup>200</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 88.

jeden konkreten Fall der Wille Gottes ist“<sup>201</sup>. Demzufolge sei der Dekalog keine Offenbarung des göttlichen Willens, sondern Zeugnis dessen, was dort und damals Gottes Wille gewesen sei. Ein solches Zeugnis rufe uns auf, in unserer Lage nach dem Gebot Gottes zu fragen.<sup>202</sup> Im Fall der Judenverfolgung ist die Sache für Diem klar: Gottes Wille ist es, dass die Kirche die Nationalsozialisten zur Einhaltung der Gebote der zweiten Tafel bewegt.

### 6.2.5 Das Wächteramt der Kirche gegenüber dem Staat

Ein weiteres sehr wichtiges Argument der Verfasser des Laienbriefes für den Widerstand der Kirche ist das Wächteramt, das der Kirche gegeben ist.

Die Kirche müsse dem Staat in ihrem Hirten- und Wächteramt gegenüberreten (vgl. I, Z. 70f.). Sie habe dem Staat die heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu bezeugen und jedem Versuch, die „Judenfrage“ zu lösen, zu widerstehen (vgl. I, Z. 34ff.). Durch ihre Verkündigung müsse sie dafür sorgen, dass die Regierenden nicht versuchen, das „Phänomen der Juden“ zu beseitigen (vgl. I, Z. 48f.). Ganz konkret verpflichten die Autoren die Kirche aufgrund der Verletzung der 10 Gebote durch die staatliche Obrigkeit zu zweierlei Aufgaben: Zum einen soll die Kirche „*im Namen Gottes* – also *nicht* mit politischen Argumenten, wie das ab und zu schon geschehen ist – den Staat davor [...] warnen, daß [sic!] er ‚den Fremdlingen, Witwen und Waisen keine Gewalt tut‘ (Jer 7,6)“ (I, Z. 62ff.), zum anderen hat sie ihn „zu erinnern an seine Aufgabe einer gerechten Rechtsprechung in einem ordentlichen und öffentlichen Rechtsverfahren aufgrund humaner Gesetze, an das Gebot der Billigkeit im Strafmaß und im Strafvollzug, an seinen Rechtsschutz für die Unterdrückten, an die Respektierung gewisser ‚Grundrechte‘ seiner Untertanen usw.“ (I, Z. 65ff.).

Diese Forderung wendet sich gegen eine einseitige Interpretation der lutherischen Zweireiche-Lehre, bei der die von Martin Luther empfohlene Unterwerfung des Menschen an die weltliche Obrigkeit betont wurde.<sup>203</sup> Dieses „christliche Obrigkeitsdenken“ war einer der

---

<sup>201</sup> DIEM, Hermann: Das Problem des ‚lebensunwerten Lebens‘ in der katholischen und evangelischen Ethik. In: Ders. (Hg.): *Sine vi – sed verbo*, München 1965, S. 90-107, hier: S. 95.

<sup>202</sup> Vgl. EBD., S. 94ff.

<sup>203</sup> Allerdings gab es in Luthers Obrigkeitslehre noch eine andere Linie. In seiner Schrift „Warnung an meine lieben Deutschen“ (1530) und in seiner Disputation von 1539 erklärt Luther, dass die Obrigkeit zum „Tier aus der Tiefe“ (Offb 13) entarten könne. Dann sei der Zustand der Anomia (2Thess 2) eingetreten, in dem sich der gesetzlose Mensch selbst zum Gesetz über alles erhebt. Die Obrigkeit habe dann die Qualität als Obrigkeit verloren, da sie die von Gott gesetzten Aufgaben pervertiert. In einem solchen Fall habe die Kirche das Recht, der Obrigkeit Widerstand zu leisten und sie an ihre Pflicht zu erinnern. Vgl. NORDEN, van: *Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945*, S. 267f.

Gründe dafür, dass die Kritikfähigkeit und Kritikbereitschaft der lutherischen Protestanten gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft anfangs gelähmt war.<sup>204</sup>

Der Münchner Kreis ist in seiner Argumentation deutlich von der Barmer Theologischen Erklärung beeinflusst. Diese entstammt mit Karl Barth als Verfasser der reformierten Theologie. Es kann vermutet werden, dass die Bereitschaft zum Widerstand gegen den Staat der Verfasser der Barmer Theologischen Erklärung und anderer reformierter Gruppen daher rührt, dass sie nicht unter dem starken Einfluss der Luther-Tradition standen.<sup>205</sup>

Die Barmer Theologische Erklärung verkündet das Wächteramt der Kirche, wenn sie im zweiten Absatz des Artikel V<sup>206</sup> an die „Verantwortung der Regierenden“ erinnert. Dies zeigt die Bereitschaft der BK, auch im Bereich der staatlichen Politik einzuschreiten und sich zu widersetzen, wenn sie Recht und Wahrhaftigkeit bedroht sieht.<sup>207</sup>

In einer Situation des geforderten Widerstandes befindet sich laut den Verfassern des Münchner Briefes die Kirche, da der Staat keine gerechte Rechtsprechung mehr ausübt (vgl. I, Z. 65f.).

Ebenfalls reihen sich die Autoren in die Linie der Barmer Theologischen Erklärung ein, wenn sie von der Pflicht der Kirche sprechen, den Staat im Namen Gottes vor Gewalttaten zu warnen (vgl. I, Z. 62ff.). Diese wendet sich in Artikel II<sup>208</sup> gegen das moderne Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre, die von Max Weber als „Lehre von den Eigengesetzlichkeiten“ formuliert wurde. Weber schrieb sowohl dem Bereich der Welt als auch dem Bereich der Kirche

---

<sup>204</sup> Vgl. NORDEN, van: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945, S. 267f.

<sup>205</sup> Vgl. EBD., S. 268.

<sup>206</sup> „5. Fürchtet Gott, ehrt den König. (1. Petr 2,17).

Die Schrift sagt uns, daß [sic!] der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“ Barmer Theologischen Erklärung. In: Evangelische Kirche in Deutschland, URL:

<[http://www.ekd.de/bekenntnisse/barmer\\_theologische\\_erklaerung.html](http://www.ekd.de/bekenntnisse/barmer_theologische_erklaerung.html)> (03.08.2010).

<sup>207</sup> Vgl. NORDEN, van: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945, S. 256ff.

<sup>208</sup> „2. Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Kor 1,30)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“

Barmer Theologische Erklärung.

eine Eigengesetzlichkeit zu. Indem er dem Reich Gottes das Evangelium und dem Reich der Welt das Gesetz zuordnete, ließ er eine Trennung von Gesetz und Evangelium entstehen.<sup>209</sup> Dieser Eigengesetzlichkeit des staatlichen Bereichs widersprechen die Autoren der Barmer Theologischen Erklärung. Sie verkünden dagegen die Königsherrschaft Christi über alle Lebensbereiche. Keine Eigengesetzlichkeit untergrabe die öffentliche Verantwortung eines Christen.<sup>210</sup> Wie Artikel II der Barmer Theologischen Erklärung bestehen auch die Autoren des Laienbriefes darauf, dass die Kirche durch das Predigtamt auch an die weltliche Obrigkeit seine Forderungen stellen kann. Beide Bereiche sind also vom Herrschaftsanspruch Christi umfasst.<sup>211</sup> Gesetz und Evangelium lassen sich nicht isolieren. Dies bringt die Predigt des 1. Gebotes zum Ausdruck: Allein durch die Verkündigung des Evangeliums vom Gott des 1. Gebotes können die Regierenden zum Glauben kommen (vgl. I, Z. 53f.) und nur im Gehorsam gegen den Gott des 1. Gebotes das Gesetz recht handhaben (vgl. I, Z. 58f.).<sup>212</sup>

Es wird deutlich, dass sich die im Brief vertretene Position mit der Unterscheidung der Bereiche Kirche und Staat in der Tradition von Röm 13 und der lutherischen Auslegung bewegt. Die Autoren sprechen von „Obrigkeit“ (I, Z. 62) und „Untertanen“ (I, Z. 69), erkennen also den Staat als Obrigkeit an.<sup>213</sup> Um weiterhin als Obrigkeit anerkannt zu werden, müsse der Staat aber die Menschenrechte berücksichtigen. Von der reformierten Theologie zeigen sich die Verfasser beeinflusst, wenn sie in Anlehnung an Barmen II und V eindeutig auf einem Öffentlichkeitsauftrag der Kirche über den innerkirchlichen Bereich hinaus in den Bereich der politischen Welt bestehen. Da beide Bereiche vom Herrschaftsanspruch Christi umfasst sind, kann die Kirche durch das Predigtamt auch an die weltliche Obrigkeit seine Forderungen stellen.<sup>214</sup>

Diesen Öffentlichkeitsauftrag habe die Kirche mit kirchlichen Mitteln wahrzunehmen, also mit Predigt und nicht mit politischen Argumenten. Obwohl die konkreten Forderungen, „die teils biblisch zitiert (Jer 7), teils in modernen Begriffen (,Humanität‘, ,Grundrechte‘) formuliert sind“<sup>215</sup>, wird wiederholt festgestellt, allein im Namen Gottes und nicht auf politisch-argumentativer Ebene an die Öffentlichkeit treten zu wollen. Die Autoren könnten so dem Vorwurf der mangelnden Loyalität dem Staat gegenüber ausweichen. Darüber hinaus demonstriert dieser Hinweis aber auch, dass sich die Verfasser in ihrem Gewissen allein Gott

---

<sup>209</sup> Vgl. BUSCH: Die Barmer Thesen 1934-2004, S. 39.

<sup>210</sup> Vgl. EBD., S. 40.

<sup>211</sup> Vgl. DIEM, Harald: Luthers Lehre von den zwei Reichen. In: Sauter, Gerhard (Hg.): Zur Zwei-Reiche-Lehre Luthers (TB 49). München 1973, S. 1-173, hier: S. 156.

<sup>212</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 86f.

<sup>213</sup> Vgl. EBD., S. 88.

<sup>214</sup> Vgl. DIEM: Luthers Lehre von den zwei Reichen, S. 156.

<sup>215</sup> WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 88.

gegenüber verantwortlich fühlen und deswegen und nicht aus politischen Gründen für die Juden eintreten. Hier könnte man eine Kritik an Landesbischof Wurm vermuten, der in einem Brief an die Reichsregierung<sup>216</sup> ein gutes Gewissen als politisch wichtig darstellte, da es Auswirkungen auf die Kampftüchtigkeit des Volkes hätte.<sup>217</sup>

### **6.2.6 Die Bedrohung der Existenz der Kirche**

Die übergreifende Klammer der Denkschrift ist die Sorge um die Existenz der Kirche.<sup>218</sup>

Das Schweigen der Kirche deuten die Autoren als Versuch, „vor dem gegen Israel gerichteten Angriff sich selbst in Sicherheit zu bringen“ (I, Z. 39f.). Die Angst, dass bei einem deutlichen Widerspruch gegen den Nationalsozialismus das Dasein bedroht sein könne, nehmen die Autoren also als Grund für die Passivität der Kirchenleitung an. Diese Befürchtung ist nicht von allzu weit hergeholt: Es ist nachweisbar, dass radikale Nationalsozialisten mit der Zeit zunehmend bewusst einen Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die Juden und dem Kampf gegen die Kirche herstellten. Nachdem ihre ursprüngliche Hoffnung, die Großkirche würde die Rasselehre übernehmen, Ende der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts aufgegeben worden war, wurde die These vom Christentum als jüdische Erfindung aufgestellt.<sup>219</sup> Für die bayerische Landeskirche kam noch ein weiterer Aspekt hinzu: Die Mitglieder der BK in den „intakten“ Landeskirchen waren viel geschützter als in den „zerstörten“ Landeskirchen. Der Münchner Kreis ahnte wohl Meisers Befürchtung, bei einem öffentlichen Protest den geschützten Status seiner Pfarrer zu verlieren.

Dass aber gerade dieser scheinbare Selbstschutz der falsche Weg ist, wird im Laienbrief energisch aufgezeigt: Wenn die Kirche zur Judenverfolgung schweigt, wird „mit Israel sie und ihr Herr Jesus Christus selbst bekämpft“ (I, Z. 40f.). Die Gründe hierfür erläutern die Autoren teilweise indirekt, teilweise direkt:

Für die Verfasser bedeutet die Judenverfolgung eine „Verletzung der 10 Gebote durch die staatliche Obrigkeit“ (I, Z. 62), ausdrücklich einen Verstoß gegen „das einfache Gebot der *Nächstenliebe*“ (I, Z. 11) beziehungsweise die sozialen „Gebote der 2. Tafel“ (I, Z. 56f.). Da die Predigt dieser Gebote durch das 1. Gebot gefordert ist (vgl. I, Z. 57f.), muss das Schweigen der Kirche Ignoranz gegenüber dem 1. Gebot bedeuten. Ohne dass die Autoren diesen

---

<sup>216</sup> Vgl. Brief an Murr vom 8. Februar 1943, zit. nach: SCHÄFER/FISCHER: Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat, S. 159.

<sup>217</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 88.

<sup>218</sup> Vgl. EBD., S. 78.

<sup>219</sup> Vgl. EBD., S. 96.

Zusammenhang konkret ausgeführt haben, muss die Tatsache, dass die Kirche gegenüber dieser Missachtung zentraler Elemente ihrer Lehre die Augen verschließt, zwangsläufig zu dieser furchtbaren Konsequenz führen: Sie wird ihre „Vollmacht und Glaubwürdigkeit zu binden und zu lösen“ (I, Z. 90) verlieren.

Des Weiteren schreiben Diem und seine Freunde, dass mit der Judenverfolgung die bestehende Zeugenschaft Israels geleugnet werde und damit die Juden als Zeugen für den Gott des 1. Gebotes (vgl. I, Z. 43ff.) getötet würden. Vischer verkündet in seinem Memorandum „Das Heil kommt von den Juden“, dass sich gerade an der Stellung zu den Juden entscheide, ob der Glaube der Christenheit echt sei. Demgemäß kann man eine entsprechende Verbindung in der Darstellung der Münchner Autoren herstellen: Verkündet die Kirche nicht die bestehende heilsgeschichtliche Bedeutung der Juden, verliert sie an Glaubwürdigkeit oder büßt diese gar ganz ein.

Die dritte Begründung für die existentielle Gefahr der Kirche benennen die Autoren ganz explizit, indem sie sich auf Artikel V<sup>220</sup> der Confessio Augustana berufen. Nach diesem Artikel kann der rechtfertigende Glaube allein dadurch vermittelt werden, dass Gott das Predigtamt eingesetzt und das Evangelium und die Sakramente gegeben hat. Da die Kirche zur Judenverfolgung schweigt, wird laut dem Münchner Kreis das Predigtamt allerdings nicht mehr recht ausgeübt (vgl. I, Z. 3ff.). Die Konsequenz stellen die Verfasser des Briefes ganz deutlich fest: Durch dieses Schweigen verliert das Predigtamt „seine Vollmacht und Glaubwürdigkeit zu binden und zu lösen“ (I, Z. 90). Mit dem Verweis auf Artikel V der Confessio Augustana prophezeien die Autoren, dass der Mensch ohne ein glaubwürdiges Predigtamt nicht mehr zum Glauben kommen könne (vgl. I, Z. 86ff.). „Und damit wäre alles verloren – mit der Kirche wäre auch unser Volk verloren.“ (I, Z. 91)

Die Verfasser des Osterbriefes fühlen sich als Gemeindeglieder einer Kirche des Evangeliums für die rechte Ausübung des Predigtamtes mitverantwortlich (vgl. I, Z. 3f.). Dies beruht auf dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen, das in der Reformation in Abgrenzung zur katholischen Lehre zur Geltung gebracht wurde. Dass der ganzen Gemeinde ein Dienst anver-

---

<sup>220</sup> ARTIKEL 5: VOM PREDIGTAMT

Um diesen Glauben zu erlangen, hat Gott das Predigtamt eingesetzt, das Evangelium und die Sakramente gegeben, durch die er als durch Mittel den Heiligen Geist gibt, der den Glauben, wo und wann er will, in denen, die das Evangelium hören, wirkt, das da lehrt, daß [sic!] wir durch Christi Verdienst, nicht durch unser Verdienst, einen gnädigen Gott haben, wenn wir das glauben.

Und es werden die verdammt, die lehren, daß [sic!] wir den Heiligen Geist ohne das leibhafte Wort des Evangeliums durch eigene Vorbereitung, Gedanken und Werke erlangen.

Augsburger Bekenntnis. In: Evangelische Kirche in Deutschland, URL:

<[http://www.ekd.de/bekenntnisse/augsburger\\_bekenntnis.html](http://www.ekd.de/bekenntnisse/augsburger_bekenntnis.html)> (03.08.2010).

traut worden sei, den sie ausüben müsse, wird auch in Artikel IV<sup>221</sup> der Barmer Theologischen Erklärung betont. Da sich kein Gemeindeglied der durch das allgemeine Priestertum gegebenen Verantwortung entziehen kann, fühlen sich die Autoren „in dieser Sache mitschuldig“ (I, Z. 5). Primär ist es für sie allerdings die Sache des Landesbischofs als Repräsentant der Kirche, „das der Kirche gebotene Zeugnis [zu] veranlassen“ (I, Z. 78f.), ohne das mit der Kirche alles verloren wäre.<sup>222</sup>

## 7 Wirkungsgeschichte

Durch die Analyse des Inhaltes wird deutlich, dass der Laienbrief über eine überzeugende theologische Argumentation verfügt und sich damit eigentlich als das Gegenteil eines Laienbriefes erweist.<sup>223</sup> Leider wurde er vom bayerischen Landesbischof Meiser nicht - wie vom Münchner Laienkreis gewünscht - als Grundlage für einen öffentlichen Protest genommen. Dennoch sind die Auswirkungen, die diese Judendenschrift hatte, bemerkenswert. Mit der Wirkungsgeschichte des Münchner Briefes befasst sich dieses Kapitel.

### 7.1 Landesbischof Wurm: bestärkt durch den Laienbrief zu einem Protestschreiben an die Regierung

Meiser gab den Laienbrief an den württembergischen Landesbischof Theophil Wurm weiter.<sup>224</sup> Auch dieser sah sich nicht in der Lage, den Osterbrief zu veröffentlichen. Doch wurde er von diesem in seiner Haltung bestärkt und so trug der Brief dazu bei, dass Wurm erneut ein Protestschreiben an die nationalsozialistische Regierung versandte. Dieser Appell fiel entsprechend der Forderung des Münchner Laienbriefes sehr viel eindeutiger und unmissverständlicher aus als Wurms bisherige Briefe. Sein Schreiben vom 16. Juli 1943 protestiert einerseits gegen die drohende Verfolgung „privilegierter Nichtarier“, die bisher noch verschont

---

<sup>221</sup> 4. Jesus Christus spricht: Ihr wißt [sic!], daß [sic!] die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener. (Mt 20, 25.26)

Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes  
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben und geben lassen.  
Barmer Theologische Erklärung.

<sup>222</sup> Vgl. WURSTER: Der Münchner Laienbrief (1943), S. 84.

<sup>223</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 290f.

<sup>224</sup> Vgl. HERMELINK, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf, S. 653.

waren, aber auch allgemein gegen die Vernichtung von „Nichtariern“. Diese stehe „im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes [und verletze das] gottgegebene Unrecht menschlichen Daseins und menschlicher Würde überhaupt“<sup>225</sup>. Wie auch schon seine früheren Schreiben an die Regierung gab er diesen Brief an die Dekane in Württemberg weiter, die ihn in ihren Gemeinden verteilen sollten. Dieser Brief, der wohl Wurms wichtigster Brief an Hitler war, gelangte sogar ins Ausland und wurde dort von den Alliierten als Feindpropaganda verwendet. Am 29. September 1943 wurde Wurms Protest in norwegischer Sprache von einem Londoner Rundfunksender verbreitet.<sup>226</sup> Obwohl mehrere Männer der Regierung vom Brief Kenntnis genommen hatten, erhielt Wurm keine Antwort. Auf Grund dessen trat er in einem Schreiben vom 20. Dezember 1943 an, Minister Lammers, den Chef der Reichskanzlei nochmals deutlich für die verfolgten Juden ein. Als Reaktion hierauf erhielt Wurm eine Verwarnung, politische Äußerungen ab sofort zu unterlassen.<sup>227</sup>

Sicherlich darf man die Wirkung des Briefes an Hitler nicht überbewerten. Vielleicht haben aber kirchliche Proteste gegen die Zwangsscheidung von „Mischehen“ dazu beigetragen, dass Hitler der Entscheidung über die „Mischehen- und Mischlingsfrage“ auswich.<sup>228</sup> Ohne eine rechtliche Absicherung durch Hitler verfolgte die Ministerialbürokratie die Angelegenheit nicht weiter.<sup>229</sup> Dass diese umstrittenen Personengruppen endgültig nicht in die „Endlösung“ einbezogen wurden, kann man deswegen möglicherweise im weitesten Sinne als Erfolg des Laienbriefes sehen.

## 7.2 Die Veröffentlichung des Briefes im Ausland

Trotz Meisers und Wurms Weigerung, öffentlich gegen die Judenpolitik des Dritten Reiches zu protestieren, gab der Osterbrief dennoch mitten im Krieg einer breiten Öffentlichkeit Kunde davon, dass Stillschweigen zu den geschehenen Grausamkeiten nicht das einzige war, was aus der evangelischen Kirche im nationalsozialistisch regierten Deutschland vermeldet wurde.<sup>230</sup> Der Brief wurde am 14. Juli 1943 als „erfreuliches Dokument“ im Schweizer Evangeli-

---

<sup>225</sup> Brief von Landesbischof Wurm an Adolf Hitler (16. Juli 1943), zit. nach: RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 664ff.

<sup>226</sup> Vgl. Hans Heinrich Lammers an Landesbischof Wurm (3.3.1944). In: SCHÄFER/FISCHER: Landesbischof D. Wurm, S. 157.

<sup>227</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 263ff.

<sup>228</sup> Vgl. EBD., S. 282.

<sup>229</sup> Vgl. ADAM: Judenpolitik im Dritten Reich, S. 232.

<sup>230</sup> Vgl. BARKENINGS: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung, S. 192.

schen Pressedienst veröffentlicht.<sup>231</sup> Es ist wahrscheinlich, dass der Brief vom Ehepaar Classen, das mit seiner Schweizer Staatsbürgerschaft problemlos die Grenze passieren konnte, ins Ausland geschafft wurde. Da der Brief auch in Deutschland anonym verbreitet wurde, sind andere Wege ebenfalls denkbar. So nahm bald die Regierung Kenntnis von der Judendenkschrift. Das Reichskirchenministerium wandte sich am 16. August 1943 mit einem Geheimschreiben an Landesbischof Meiser und forderte ihn auf, Verfasser und Anlass der Schrift zu nennen. Meiser stellte sich zunächst ahnungslos und antwortete, er wisse nicht, um was für einen Brief es sich handle. Um dazu Stellung nehmen zu können, brauche er die Nummer des Schweizer Evangelischen Pressedienstes oder eine Abschrift des Briefes. Nachdem ihm diese zugesandt worden war, behauptete er, den Brief zwar wiederzuerkennen, aber vergessen zu haben, sich bei der Übergabe die Namen der Verfasser zu notieren und diese auch nachträglich nicht mehr feststellen zu können. Mit dieser ausweichenden Antwort musste sich das Reichskirchenministerium zufriedengeben.<sup>232</sup>

Schließlich erschien noch die Gestapo im Landeskirchenrat und suchte nach der Denkschrift. Meiser wurde von ihr unter Druck gesetzt, Urheber und Verfasser derselben zu nennen. Der bayerische Landesbischof weigerte sich allerdings unter Berufung auf das Beichtgeheimnis. Er erklärte, dass die Verfasser seine Gemeindemitglieder und aus Gewissensnot mit dieser Schrift zu ihm gekommen seien. Wie der Brief ins Ausland gekommen sei, wisse er nicht.<sup>233</sup>

### **7.3 Helmut Hesse: Die Verlesung des Laienbriefes als Höhepunkt seines konsequenten Widerstandes**

Der rheinische Bekenntnispfarrer Helmut Hesse ging am mutigsten und am konsequentesten mit der Münchner Judendenkschrift um: Er verlas den Brief in vollem Bewusstsein der Gefahr in seinem Gottesdienst – ein einmaliger Vorgang in Deutschland. Die Bereitschaft zu einem solchen Handeln kam nicht von ungefähr.<sup>234</sup> Sein Schicksal wird im Folgenden dargestellt. Helmut Hesse wurde am 11. Mai 1916 als Sohn des Elberfelder Pfarrers Hermann Albert Hesse, einem der bedeutendsten reformatorischen Geistlichen seiner Zeit und führenden Theologen der BK, und dessen Frau Martha geboren.<sup>235</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl. Schweizerischer EPD (14.7.1943), zit. nach: BAIER, Kirche in Not, S. 234.

<sup>232</sup> Vgl. Briefwechsel zwischen dem Reichskirchenministerium und Landesbischof Wurm (August / September 1943). In: RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 295f.

<sup>233</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 230.

<sup>234</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 302ff.

<sup>235</sup> Vgl. HESSE, Eduard: Aus dem Leben und Sterben von Helmut Hesse. In: MEKGR 29 (1980), S. 269-278, hier: S. 270.

Schon während seines Studiums an den illegalen kirchlichen Hochschulen der BK in Elberfeld, Halle und Berlin sowie in Basel bei Karl Barth bezeugte Helmut Hesse seine Solidarität mit den verfolgten Juden. Er unterstützte das Büro Pfarrer Grüber, organisierte und fälschte Pässe, Lebensmittelmarken und Fahrausweise.<sup>236</sup>

1940 legte er sein 1. theologisches Examen bei der Rheinischen BK ab und nahm sein Vikariat in Oberkassel und später in der reformatorischen Gemeinde seines Vaters auf. Hesse, der wegen einer Niereninsuffizienz nicht Soldat werden musste, stand wegen seiner öffentlichen Gegnerschaft gegenüber dem NS-Staat unter ständiger Gestapo-Überwachung. Sein Protest richtete sich auch gegen den gemäßigten Kurs der BK, wie sich beispielsweise bei den Auseinandersetzungen um die Neuregelung der reformierten Gemeinde Elberfeld zeigte. Helmut Hesse überzeugte seinen Vater gegen einen Zusammenschluss des Gemeindepresbyteriums mit einem dem rheinischen Konsistorium hörigen Gemeindegemeindefreiwirtschaftsausschuss zu stimmen, da ein solcher einen Verrat an der Barmer und der Dahlemer Bekenntnissynode bedeutete. Dennoch entschied die Rheinische Bekenntnissynode im Dezember 1942 für eine Wiedervereinigung.<sup>237</sup>

Im März 1943 wurde Helmut Hesse ohne Zustimmung des Rheinischen Bruderrates ordiniert. Seit Dezember 1935 waren der BK Ausbildung und Ordination ihrer Theologen gesetzlich untersagt, wovon sich aber die 2. VKL der BK nicht abhalten ließ. Nachdem 1934 aber zwölf Mitglieder der Prüfungskommission beim Berlin-Brandenburgischen Bruderrat von der Gestapo verhaftet worden waren, schloss der Rheinische Bruderrat mit dem staatlich sanktionierten Konsistorium ein Legalisierungsabkommen. Dieses besagte, dass schon von der BK geprüfte Theologen ein Kolloquium, künftige Kandidaten der BK ihre gesamte Prüfung vor der Kommission des Konsistoriums, bei der Vertreter der BK anwesend sind, ablegen müssen. Des Weiteren haben sie die Kommission als Dienstaufsichtsbehörde anzuerkennen. Diesen aus der Not geborenen Kompromiss, der den Dahlemer Beschlüssen von 1934 widersprach, konnte und wollte Helmut Hesse nicht eingehen. Obwohl es auch später, als eine neue Regelung den Verzicht auf Prüfungen durch BK-Organen besagt hatte, für andere Vikare Ausnahmeregelungen gab, wurde Helmut Hesse diese Möglichkeit nicht zugestanden. Vermutlich lag im Verhalten von Vater und Sohn im Elberfelder Kirchenkampf gegen eine neue Gemeindeleitung, mit dem sie sich weit von der Leitung der BK entfernt hatten, der Grund dafür, dass diese die Hesses nicht mehr akzeptierte. Die Vorgänge um die Ordination drängten die Hesses

---

<sup>236</sup> Vgl. EBD., S. 269ff.

<sup>237</sup> Vgl., auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, NORDEN, Günther van: Helmut Hesse – ein Bekenntnispfarrer, den die Bekennende Kirche nicht ertrug. In: MEKGR 29 (1980), S. 241-268, hier: S. 241ff.

weiter in die Isolierung innerhalb der BK und bestärkten Helmut Hesse, auch bedingt durch seine Krankheit, noch konsequenter seine Entscheidung zu leben.<sup>238</sup>

Am 10. April 1943 nahm das Presbyterium der um Helmut Hesse stehenden reformierten Bekenntnisgemeinde von Elberfeld mit zwei Visitatoren, nämlich dem Stuttgarter Pfarrer Kurt Müller und dem Königsberger Pfarrer Lubowski ein Visitationsgespräch vor. Dieses sah die Notregelung von 1942 vor, die BK hatte es aber für Helmut Hesse nicht genehmigt. Die am nächsten Tag stattfindende Ordination wurde nur von wenigen Mitgliedern der BK, darunter Pfarrer Hermann Diem von der Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg, als rechtmäßig angesehen. Im Mittelpunkt der Probepredigt und des Visitationsgesprächs war das Thema „Juden und Christen“, mit dem sich Hesse schon lange beschäftigte.<sup>239</sup> Der Rat der Rheinischen BK beschloss am 17. April 1943 Helmut Hesses Ausscheiden als Kandidat der Bekenntnissynode.

Nach seiner Ordination nahm Helmut Hesse das geistliche Amt noch radikaler wahr. Sein Gottesdienst am 23. Mai 1943 wurde von Gestapo-Angestellten protokolliert und führte zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn. Er schloss zum einen die verfolgten Juden in sein Gebet ein und leistete zum anderen Fürbitte für die in Konzentrationslagern inhaftierten Mitglieder der BK wie zum Beispiel Martin Niemöller und Pfarrer Gruber, was gegen ein staatliches Verbot sprach. Der Gottesdienst am 30. Mai führte schließlich zu Hesses Verhaftung. In der vorherigen Nacht hatten furchtbare Bombenangriffe auf Barmen und Ronsdorf stattgefunden. Helmut Hesse deutete diese Bombennacht als Strafgericht und auch als Bußruf Gottes, womit er entgegen dem Propagandaschema des Dritten Reichs die Schuld des deutschen Volkes implizierte. Des Weiteren sprach er vom nationalsozialistischen Staat als den „unsichtbaren Mächten der Finsternis“, die gegen die Kirche kämpften und denen sogar die BK diene. Schließlich kam er zur Judenfrage. Er verlas die zentralen Sätze des Münchner Laienbriefes:

„Als Christen können wir es nicht mehr länger ertragen, dass die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt. Was uns dazu treibt, ist das einfache Gebot der Nächstenliebe. Die Judenfrage ist eine evangelische und keine politische Frage. Die Kirche hat jedem Antisemitismus in der Gemeinde zu widerstehen. Dem Staat gegenüber hat die Kirche die heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu bezeugen und [gegen] jeden Versuch, das Judentum zu vernichten, Widerstand zu leisten. Nichtarier, ob Jude oder Christ, ist heute in Deutschland der unter die Mörder Gefallene.“<sup>240</sup>

Mit diesen Worten forderte er die 150 Gottesdienstbesucher, die laut des Gestapo-Berichts sehr davon beeindruckt wirkten, offen zum Widerstand auf.

---

<sup>238</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 4/II, S. 322.

<sup>239</sup> Vgl. EBD., S. 320.

<sup>240</sup> Gestapo-Protokoll des Gottesdienstes (30.05.1943), zit. nach: NORDEN, van: Helmut Hesse, S. 255.

Eine Abschrift des Osterbriefes war Hermann Hesse bei einem Besuch im Mai persönlich von Hermann Diem überreicht worden. Hermann Hesse hatte sie dann seinem Sohn weitergegeben.

Am 8. Juni 1943 folgte die Festnahme von Helmut und Hermann Hesse, welche mit ihrer staatsfeindlichen politischen Einstellung und ihrem wiederholten Eintreten für die Juden in öffentlichen Gottesdiensten begründet wurde. Bei dem Verhör, das am 24. Juni begann, versuchte Helmut Hesse seine Äußerungen theologisch zu begründen, um den Verdacht einer politischen Meinungsäußerung von sich abzuwenden. Er erklärte beispielsweise, dass sein Gebet für die Juden kein Versuch, seine persönliche Einstellung wiederzugeben, sondern Antwort der Gemeinde auf das an sie ergangene Gotteswort und somit Auftrag der Kirche sei. Hesse ging auch auf seinen Aufruf zum Widerstand ein, von dem er nachweisen konnte, dass es sich um ein Zitat aus dem Laienbrief an Landesbischof Meiser handelte. Dieses verletzte Wort verkünde nicht seine persönliche Einstellung, sondern es sei Wort und Geist Christi, die bei einem Angriff auf Israel vernichtet würden. Mit der Bibelstelle „Wer euch antastet, tastet meinen Augapfel an“ (Sach 2,12), die Jesus einst selbst verlesen habe, werde deutlich, dass die Vernichtung der Juden auch ein Vernichtungsversuch des Gottes des Alten Testaments und somit ein Vernichtungsversuch Christi sei. Die Einheit von Israel und Kirche, die sich aus der unaufhebbaren Erwählung des Volkes Israel ergebe, belege die Schuld der Kirche gegenüber den Juden. Hesse erklärte in seiner Befragung das Bild des Barmherzigen Samariters aus dem Laienbrief: Jesus rede von der Schuld derer, die achtlos und gleichgültig an dem Überfallenen vorübergingen, was mit der Schuld der Kirche gleichzusetzen sei, die vielleicht aus Angst gegenüber den Juden ebenso ignorant handele. Das Gleichnis spreche vom Samariter, der sich mit seinem Mitleiden verpflichte, unbeeinflusst von Glaubens-, Rasse- und Volksunterschieden zu helfen. Des Weiteren machte sich Hesse das im Brief angesprochene Wächteramt der Kirche zu eigen. Wie die Autoren des Münchner Laienbriefs sei auch er der Meinung, dass die Kirche das Wächteramt wahrnehmen müsse, um das für den Glauben der Gemeinde notwendige Predigtamt ausführen zu können.

Sein Versuch, mit seiner theologischen Argumentation die politische Aktualität und Konkrektion zu verdecken, blieb erfolglos. Am 19. Oktober 1943 wurde Schutzhaft gegen Helmut und Hermann Hesse angeordnet, die mit Missbrauch des Amtes für Angriffe gegen die nationalsozialistische Staatsordnung begründet wurde. In der Kriegszeit scheuten sich die Staatsorgane vor Verhaftungen von beliebten BK-Pfarrern, da diese unnötig Aufsehen erregen könnten. Dies hielt sie in diesem Fall allerdings nicht davon ab, weil ihnen die Isolation der Hesses innerhalb der BK bekannt war.

Am 13. oder 14. November 1943 kamen beide im Konzentrationslager in Dachau an. Bereits nach zehn Tagen verstarb Helmut Hesse an einer Sepsis, nachdem ihn die lange Haft, in der ihm die lebensnotwendigen Medikamente entzogen worden waren, entkräftet hatte. Er bezahlte seine entschiedene, mutige und konsequente Gegnerschaft gegen das nationalsozialistische System und dessen Judenfeindschaft, welche er deutlich im Verlesen des Laienbriefs attestiert hatte, mit dem Leben. Hermann Hesse wurde am 18. April 1944 auf Drängen seiner Frau aus familiären Gründen aus dem Konzentrationslager entlassen.

## **7.4 Walter Höchstädter und seine Flugschrift „Darum seid nüchtern“**

Der besonders nachhaltige Eindruck, den der Münchner Laienbrief auf Walter Höchstädter, den Sohn des Überbringers Emil Höchstädter, hatte, wird in diesem Kapitel gezeigt.

### **7.4.1 Der Anlass**

Der am 9. Oktober 1907 in Nürnberg geborene Walter Höchstädter wurde nach seinem Theologiestudium in Kulmbach eingesetzt, bis er 1939 als Lazarettpfarrer in den Militärdienst gerufen wurde. Bei einem Fronturlaub im Mai 1943 erfuhr er von seinen Eltern von der im Laienkreis verfassten Judendenkschrift und dem ernüchternden Ausgang des Gespräches mit Landesbischof Meiser. Emil Höchstädter las ihm auch aus einer Kopie dieses Briefes vor. Nach einigen bewegenden Erfahrungen als Feldgeistlicher in Russland und Frankreich entschloss sich Walter Höchstädter im Sommer 1944, als er im französischen Savoyen stationiert war, eine Flugschrift<sup>241</sup> gegen die Ideologie des Antisemitismus drucken zu lassen. Da die Kirchenleitung zu den Grausamkeiten der Judenverfolgung und den Kriegsverbrechen trotz Aufforderungen aus der Gemeinde immer noch schwieg, empfand er es als seine Pflicht zu reden. Von seiner achtseitigen Flugschrift mit dem Titel „Darum seid nüchtern. Ein Gruß an die Brüder“ ließ er heimlich 1000 Exemplare in einer Druckerei in Annecy herstellen. Diese verteilte er unter Bekannten und Kameraden, die seine Gottesdienste besuchten, und verbreitete sie auch in größeren Mengen über die Feldpost.<sup>242</sup>

---

<sup>241</sup> Der Text dieser Flugschrift ist abgedruckt in: HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, im Anhang.

<sup>242</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: Durch den Strudel der Zeiten geführt, S. 228ff.

## **7.4.2 Analyse des Inhaltes der Flugschrift**

Im Folgenden wird der Inhalt des Briefes dargestellt, für den Walter Höchstädter nach eigenen Angaben einige Punkte aus dem Laienbrief verwendet hat.

### **7.4.2.1 Höchstädters Motivation zur Abfassung der Schrift**

Im ersten Abschnitt legt Walter Höchstädter die Motivation für das Abfassen seiner Flugschrift dar (vgl. Text II, Zeile 1-21 im Anhang). Nachdem er noch vor vier Jahren auf Einwände gestoßen sei, wenn er vom Weltgeschehen aus der Sicht eines Christen gesprochen habe, wolle er nun noch einmal eindringlicher und flehentlicher das Wort ergreifen. Das Ziel seines „theologischen Vermächtnisses“ sei es, den Christen zu warnen, sich von dem im nationalsozialistischen Staat geschehenden Unrecht und dem hinter diesem Unrecht stehenden Teufel einnehmen zu lassen. Mit dem Titel „Darum seid nüchtern“ weist Höchstädter auf die jedem Christen gebotene Wachheit hin.

### **7.4.2.2 Jesus als Sieger im Kampf gegen die Dämonen**

An den Beginn des zweiten Abschnittes setzt er das Bibelzitat „Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, dass er die Werke des Teufels zerstöre“ (II, Z. 22) aus 1Joh 3,8 und legt es im Folgenden unter Bezugnahme auf weitere Stellen aus dem Neuen Testament und auf die Kirchengeschichte aus.

#### **7.4.2.2.1 Der Kampf der ersten Gemeinde gegen den Teufel nach dem Neuen Testament**

Dieses Bibelwort beschreibt laut Höchstädter die frohe Botschaft des Evangeliums am deutlichsten (vgl. II, Z. 23ff.). Jesus Christus sei der Bringer und Kündler des Gottesreiches, der den Teufel besiegt und dessen Reich zerstört habe (vgl. II, Z. 25f.). Durch Jesus seien die Jünger in seine Macht über den Teufel und die Geister hineingenommen (vgl. II, Z. 27ff.). Zwar lebe der Teufel noch und könne sich auf der Welt austoben, doch habe er durch Jesu Sieg keine Macht über die Jünger (vgl. II, Z. 37ff.). Aus dieser Gewissheit heraus hätten die ersten Christen in der Vollmacht des über sie ausgegossenen Heiligen Geistes „vor dem Hohen Rat, vor Fürsten, Königen und Gewaltigen“ (II, Z. 56) gestanden und so die Fähigkeit besessen, Kranke und Besessene heilen. Der Teufel versuche immer wieder mit Brutalität oder mit List gegen die Gemeinde vorzugehen (vgl. II, 87ff.). Höchstädter zufolge hat schon

Jesus seine Jünger unter anderem mit den Worten „Denn es werden viele kommen unter meinem Namen und sagen: Ich bin der Christus, und sie werden viele verführen.“ (Mt 24,5) vor dieser List des Teufels gewarnt (vgl. II, Z. 89ff.). Dass ein solcher Kampf über den von Gott besiegten Teufel wie der der ersten Gemeinde in der heutigen Gemeinde selten sei, beklagt der Verfasser dieser Flugschrift (vgl. II, Z. 64f.). Johann Christoph Blumhardt, der im 19. Jahrhundert den Sieg über den Teufel verkündet habe, habe als einsame Stimme diese Tradition übernommen und werde aber nicht als „einer von den ganz grossen [sic!]“ anerkannt, sondern als „Sonderfall“ gewertet (vgl. II, Z. 65ff.). Jener württembergische Theologe, der in der Gewissheit des Sieges Jesu über den Teufel und in der Hoffnung auf das Kommen des Gottesreiches lebte, heilte 1843 ein junges Mädchen - wie er selbst berichtete - von dämonischen Mächten, woraufhin er in seiner Gemeinde eine gewaltige Buß- und Erweckungsbewegung erlebte. Später eröffnete Blumhardt in Bad Boll eine Art geistliches Sanatorium.<sup>243</sup>

#### **7.4.2.2.2 Begriffserklärung „Dämonen“**

Interessant ist, wie Walter Höchstädter den neutestamentlichen Begriff des „Dämons“ versteht. Er beschreibt den Teufel als Macht, die umgeben ist von „Fürstentümern und Gewalten [...], von finsternen Mächten und Dämonen, von bösen Geistern ohne Zahl“ (II, Z. 44f.). Ihr Reich sei dort, wo die Sünde sei, wo Menschen leiden und krank seien (vgl. II, Z. 45f.). Höchstädter nimmt keine Entmythologisierung des Dämonenbegriffs vor und interpretiert diese „Dämonen“ nicht als mythische Redeweise des neutestamentlichen Menschen wie Rudolf Bultmann in seinem 1941 erschienenen Aufsatz „Neues Testament und Mythologie“.<sup>244</sup>

Auch der Brief der Münchner Autoren verwendet die Bezeichnung „Dämonie“ in Bezug auf das „politische Evangelium“ der Regierenden (vgl. I, Z. 54). Da im Laienbrief nicht weiter auf „Dämonen“ eingegangen wird, kann man aber davon ausgehen, dass der Begriff hier nur symbolisch verwendet wird.

---

<sup>243</sup> Vgl. BAUTZ, Friedrich Wilhelm: Art. Blumhardt, Johann Christoph. In: BBKL I (1990), Sp. 634-635.

<sup>244</sup> Vgl. BULTMANN, Rudolf: Neues Testament und Mythologie. Das Problem der Entmythologisierung der neutestamentlichen Verkündigung. München<sup>3</sup>1988.

#### **7.4.2.2.3 Die Kirchengeschichte als Demonstrationsgeschichte des Kampfes gegen Dämonen**

Den nicht vollendeten Kampf des Teufels gegen die christliche Gemeinde zeigt Höchstädter in einem Gang durch die Kirchengeschichte auf. Für ihn ist die Kirchengeschichte eine Demonstrationsgeschichte dämonischer Mächte, in welcher der Teufel erst mit brutalster Verfolgung, den Christenverfolgungen im 2. Jahrhundert, dann mit List immer wieder versucht hat, die Gemeinde zu Fall zu bringen (vgl. II, Z. 96ff.). Diese List des Teufels legt der Verfasser folgendermaßen aus: Seit das Christentum unter Konstantin zur Staatsreligion geworden ist, nutzt der Teufel die innere Anfälligkeit der Gemeinde aus, um sie zu glaubenslosem Handeln wie Ketzerverfolgungen und Kreuzzügen zu verführen (vgl. II, Z. 102ff.; 116ff.).

#### **7.4.2.3 Die Aufgabe der Gemeinde: Exorzismus betreiben im Namen Jesu**

Diese im Laufe der Geschichte sich ereigneten Grausamkeiten muss sich die Gemeinde nach Höchstädter als Schuld der ganzen Christenheit eingestehen. Sie habe sich auch bei krankhaften Besessenheiten zur Schuld zu bekennen und dürfe die Anklage nicht mit der Ausrede zurückweisen, dass dies im Mittelalter geschehen sei (vgl. II, Z. 119ff.). Der Christ müsse stattdessen Konsequenzen daraus ziehen und in ähnlichen Fällen so handeln, wie es der Gemeinde befohlen sei (vgl. II, Z. 137f.). Als Beispiel für eine solche Besessenheit führt Höchstädter den Hexenwahn an. Diesem habe die Kirche anfangs noch widerstehen können, doch dann sei die Kirche ihm doch erlegen, wie sich an dem Werk zur Legitimation von Hexenverfolgungen „Malleus maleficarum“, das von Dominikanermönchen geschrieben wurde, zeige (vgl. II, Z. 124ff.). Im Sinne von 1Joh 3,8 hätte die Gemeinde mit der Gewissheit, dass alle Teufel ihnen untertan sind, im Namen Jesu und in der Vollmacht des Heiligen Geistes die Dämonen bekämpfen müssen (vgl. II, Z. 130ff.). Sie hätte den teuflischen Grund des Hexenwahns aufzeigen müssen. Dieser ist laut dem Verfasser der Flugschrift die alte Absicht des Teufels, dass der Mensch die Schuld von sich auf andere schiebt. Für jedes Unglück suche der Mensch einen Sündenbock: Hexenprozesse seien immer dann eingeleitet worden, wenn es für den Menschen einen Anlass gegeben habe wie den Ausbruch der Pest. Die Schuld außerhalb von sich selbst zu suchen, liegt Höchstädter zufolge schon von Anfang an im Sündenfall begründet, als Adam die Schuld, vom verbotenen Baum gegessen zu haben, auf Eva schob (vgl. II, Z. 138ff.).

#### **7.4.2.4 Die Judenverfolgung als aktueller Wahn**

Widerstandscharakter erhält die Schrift, als Walter Höchstädter den mittelalterlichen Hexenwahn mit dem Judenwahn der Gegenwart gleichsetzt. Dieser feiert seiner Meinung nach immer noch seine Orgien in einem Zeitalter, das angeblich „aufgeklärt“ ist (vgl. II, Z. 157f.). Aus dieser Formulierung wird deutlich, dass Höchstädter sein Zeitalter durchaus berechtigt als nicht „aufgeklärt“ versteht, da die Mehrheit des Volkes sich geradezu unmündig und blind vom Nationalsozialismus und dem propagierten Antisemitismus einnehmen lässt. Dagegen war gerade die Aufklärung eine Zeit, in der der verbreitete Juden Hass reflektiert wurde und es zu einer Emanzipation und Integration der Juden kam.<sup>245</sup> Bemerkenswert ist, mit welchen Worten Walter Höchstädter die Judenverfolgungen im Dritten Reich geißelt<sup>246</sup>: „Das Blut von Millionen hingeschlachteter Juden, von Männern, Frauen und Kindern schreit heute gen Himmel.“ (II, Z. 162ff.) Gegen diese Verfolgungen müsse die Kirche Stellung beziehen, dagegen müsse sie Exorzismus betreiben, „in der sieghaften Zuversicht, dass Jesus der Sieger ist, dass er ein Herr aller Geister ist, dass ihm alles untertan sein muss und dass Er die Welt auf seine Wiederkunft und sein herrliches Reich zuführt“ (II, Z. 212ff.).

##### **7.4.2.4.1 Die Pflicht der Gemeinde: Bekenntnis gegen die Judenverfolgung ablegen**

Ausflüchte, um nicht Stellung beziehen zu müssen, lässt Walter Höchstädter nicht gelten: Zum einen soll die Kirche mit Röm 13 nicht behaupten, nicht in die Angelegenheiten des Staates eingreifen zu dürfen (vgl. II, Z. 164ff.). Dieser Satz wurzelt auf der Position des Münchner Laienbriefes, die für eine Pflicht der Kirche, das Wächteramt wahrzunehmen, einsteht und dadurch gegen eine falsch verstandene Zwei-Reiche-Lehre argumentiert (vgl. I, Z. 70f.). Zum anderen darf die Kirche nicht von den Judenverfolgungen als gerechte Strafe sprechen (vgl. II, Z. 166ff.). Hier erkennt man ebenfalls die Einflüsse des Laienbriefes. Auch die Münchner Autoren sprechen sich eindeutig gegen die Behauptung aus, die Judenverfolgung sei gerechtfertigt, da der Fluch über die Juden verdient sei. Damit dürfe die Kirche nicht ihre Passivität entschuldigen (vgl. I, Z. 29ff.). Wie sein Vater mit seinen Freunden unterstreicht auch Walter Höchstädter dieses Argument mit der Mahnung des Paulus, keinen Vorzug gegenüber Israel zu haben (vgl. Röm 11,20f.; I, Z. 31ff.; II, Z. 171ff). Dem Schicksal der Juden könne die Gemeinde Jesu in Demut und heiligem Erschrecken begegnen (vgl. II, Z. 169f.), was laut dem Münchner Laienbrief dadurch gefordert ist, dass sich an diesem Schicksal die Macht des Gottes des 1. Gebotes zeigt (vgl. I, Z. 43ff.). Auch in barmherzigem Mitleiden

---

<sup>245</sup> Vgl. RÖHM/THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche 1, S. 37ff.

<sup>246</sup> Vgl. BAIER: Kirche in Not, S. 234.

kann Höchstädter zufolge die Gemeinde dem Schicksal der Juden begegnen (vgl. II, Z. 170). Dies betonen auch die Münchner Autoren mit dem universellen Anspruch des Nächstenliebegebotes wie es im Gleichnis des barmherzigen Samariters geschrieben steht.

#### **7.4.2.4.2 Höchstädters Stellungnahme gegen „gemäßigten“ Antisemitismus**

Ganz klar lehnt Walter Höchstädter die Möglichkeit ab, dass es einen „gemäßigten [sic!] – christlichen – Antisemitismus“ (II, Z. 174f.) geben könne. „Ein Christ kann kein Antisemit sein, auch kein, ‚gemäßigter‘ [sic!] Antisemit.“ (II, Z. 205f.) Hierbei wird er noch deutlicher als die Münchner Autoren, die von der Pflicht der Kirche sprechen, „jenem ‚christlichen‘ Antisemitismus“ zu widerstehen. Höchstädter erkennt hellsichtig, dass gerade ein solcher „gemäßigter“ Antisemitismus sehr gefährliche Wirkungen haben kann: „Alle Ergebenheitskundgebungen und -Telegramme [sic!] von Kirchenführerkonferenzen und Bischöfen lutherischer Prägung fällten höchst unbiblische Werturteile und trugen nur mit bei zu einer heillosen Verwirrung der Geister.“ (II, Z. 220ff.) Hiermit weist er auf die antisemitischen Äußerungen der Bischöfe, Kirchenleitungen und bekannter Kirchenmitglieder hin, deren Antisemitismus nur dann „gemäßigt“ erscheint, wenn man ihn mit der mörderischen Variante der Nationalsozialisten vergleicht. Landesbischof Wurms Versicherung, dass der Jude als gefährliches Element auf religiösem, literarischem, sittlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zersetzend wirke, ist nur eines unter vielen Beispielen.<sup>247</sup> Höchstädter lehnt auch „vernünftige“ (II, Z. 175f.) Gründe für die Judenfeindschaft wie den schädlichen Einfluss des jüdischen Volkes und die damit verbundene „Verjudung“ der deutschen Gesellschaft eindeutig ab (vgl. II, Z. 206ff.). Mit dem Hinweis, dass auch im Mittelalter der Hexenwahn von theologischen, juristischen und medizinischen Fakultäten wissenschaftlich begründet worden sei (vgl. II, Z. 177ff.), unterstreicht er seine These, dass Juden- und Hexenwahn aus derselben trüben Quelle, der Suche nach einem Sündenbock, entsprungen sind (vgl. II, Z. 179ff.). Durch den „gemäßigten“ Antisemitismus würden den Dämonen indirekt große Dienste erwiesen (vgl. II, Z. 220ff.). An dieser Haltung von Kirchenvertretern wird also die von Höchstädter angesprochene „List des Teufels“ deutlich: Der Teufel versucht im christlichen Gewand die Gemeindeglieder, welche die mörderische Variante des Antisemitismus ablehnen, mit dem dämonischen Judenwahn zu belegen. So nutzt der Teufel listig die Autorität eines Mannes der Kirche, um die klare Sicht der Gemeindeglieder zu trüben, damit sie der teuflischen Versuchung erliegen.

---

<sup>247</sup> Vgl. GOLDHAGEN, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1998, S. 503ff.

#### **7.4.2.5 Die „Verstockung“ der Juden als Schuld der Christen**

Bemerkenswert ist auch Walter Höchstädters Aussage, dass die Christenheit selbst die Hauptschuld an der Verstockung der Juden trage (vgl. II, Z. 182f.). Dies erkenne man, wenn man das objektiv geschriebene Buch über die Geschichte des Judentums von Friedrich Carl Heman und Otto von Harling lese (vgl. II, Z. 184ff.). In diesem Buch werde deutlich, dass die Christen gegenüber den Juden nicht die Haltung eines Missionars behalten hätten, für die Petrus und die anderen Apostel als Vorbild gälten (vgl. II, Z. 188ff.). Neben Röm 9-11 belegt Walter Höchstädter diese Aussage mit Apg 3,26, wo Petrus den Juden verkündet, dass Jesus als erstes für sie auferstanden sei, damit sich jeder zu seiner Schuld bekenne. Dieselbe Bibelstelle legen auch die Verfasser des Münchner Laienbriefes zugrunde, als sie von der heutigen Verkündigungsaufgabe der Kirche sprechen.

In seiner Darstellung von den Juden, die durch die Geschichte hindurch von den Christen unterdrückt wurden, wird Höchstädters Klarsichtigkeit deutlich. Hier geht er noch einen Schritt weiter als die Autoren des Osterbriefes, welche von der Kirche fordern, das Schicksal der Juden zu interpretieren, aber nicht, sich für das Schicksal der Juden selbst die Schuld zu geben. „Statt Fahndung nach dem Sündenbock und statt Hassgesängen hat sie die **Busse** [sic!] und das Bekenntnis der eigenen Schuld zu verkündigen.“ (II, Z. 210f.)

#### **7.4.2.6 Höchstädters Forderung an die Kirche: Glaube, Liebe und Hoffnung verkündigen**

Höchstädter geht nicht davon aus, dass die Kirche sofort etwas „am Rad der Geschehnisse“ (II, Z. 215) ändern könnte, wenn sie sich öffentlich gegen die Judenverfolgung äußert. Dennoch habe die Kirche ihre Pflichten: Sie muss bekennen, verkündigen und nach ihrem Bekenntnis leben in Glaube, Liebe und Hoffnung (vgl. II, Z. 216f.).

Nach der Aussage von 1Joh. 3,8 muss die Kirche den Glauben verkünden an den Sieger Jesus Christus, der den Teufel bereits besiegt hat: „Sie hat ihn zu bekennen gegenüber allem Unglauben, allem Irrglauben, aller Lüge, die heute von Millionen von Dämonen durch die Welt getragen wird und viele verführt.“ (II, Z. 218ff.) Nur wenn die Kirche den Glauben predigen würde, wäre es ihr möglich, „den Glauben der Schwachen zu stärken und die Gewissen der Gläubigen zu schärfen“ (II, Z. 226f.).

Des Weiteren hat die Kirche laut Höchstädter Liebe zu predigen, eine Liebe, die keine Grenzen wie Rasse- oder Volkszugehörigkeit kennt. Sie dürfe nicht schweigen und sich auch nicht aus der Sphäre des Hasses stammende Worte und Parolen zu eigen machen, denn auch hinter diesen stünden Dämonen (vgl. II, Z. 231ff.).

Neben Glaube und Liebe habe die Kirche die Hoffnung auf das Reich Christi zu verkündigen (vgl. II, Z. 238). Höchstädter ist der Meinung, dass die Gemeinde diese Hoffnung auf das Reich Christi der von der nationalsozialistischen Ideologie verheißenen „säkularen Eschatologie“ entgegensetzen muss (vgl. II, Z. 239ff.). Dieser Begriff entstammt Richard Karwehls Aufsatz „Politisches Messiasstum“, dessen Einfluss auf die Verfasser des Münchner Laienbriefes schon durch die Verwendung des Begriffes „Politisches Evangelium“ (I, Z. 35f.; 54) erkennbar war. Mit dem Ausdruck „säkularisierte Eschatologie“ bezeichnet Karwehl die Hoffnung der Nationalsozialisten, dass die Welt am Ende durch die „arische Rasse“ befreit und erlöst werde.<sup>248</sup> Dagegen beschreibt die christliche Eschatologie die Hoffnung auf Vollendung des Einzelnen und der Welt durch die Gottesherrschaft. Diese Hoffnung muss aus Höchstädters Sicht die Gemeinde Jesu verkündigen, da dort „alle Ungerechtigkeiten, alles Leid, aller Jammer, alle dunklen Rätsel der Welt ihre Lösung finden“ (II, 245f.). Auch die Juden solle die Gemeinde in diese große Hoffnung hineinziehen (vgl. II, Z. 246ff.). Um ihrem Bekenntnis gerecht zu werden, hat die Kirche laut Höchstädter denen, die zu ihr kommen, einen Vorgesmack auf die Hoffnung zu geben, indem sie den Verfolgten Schutz gewährt, sie tröstet, mit ihnen leidet und Fürbitte für sie leistet (vgl. II, Z. 248ff.). Sie müsse versuchen, dass sich die Welt dem Reich der Gottesherrschaft schon heute annähert.

Für Höchstädter steht die Kirche nur mit diesen drei Zeichen des Sieges Jesu - Glaube, Liebe und Hoffnung - richtig im Kampf gegen die dämonischen Mächte.

### **7.4.3 Das „Nachspiel“ der Flugschrift**

Nach der biblischen und kirchengeschichtlichen Einleitung zum Sieg Jesu über den Teufel rücken die Judenverfolgungen im Dritten Reich, gegen die die Gemeinde im Namen Jesu zum Bekenntnis aufgerufen ist, ins Zentrum der Flugschrift.<sup>249</sup> Das Widerstandspotential des „theologischen Vermächtnisses“ hätte bei einer Entdeckung auf jeden Fall zu einer Verurteilung wegen Wehrkraftzersetzung geführt. Zu seinem Glück geriet Walter Höchstädter im

---

<sup>248</sup> Vgl. KARWEHL: Politisches Messiasstum, S. 540.

<sup>249</sup> Vgl. BAIER: Kirche in Not, S. 234.

August 1944 in Kriegsgefangenschaft. Auch dort verteilte er noch an seine Mitgefangenen die restlichen Exemplare seiner Flugschrift. Für ihn war die Gefangennahme eine Rettung aus größter Gefahr, da die Behörden bereits die Fahndung nach dem Verfasser und Drucker begonnen hatten.<sup>250</sup>

## 8 Die Bedeutung des Laienbriefes für die Gegenwart

Wie die vorliegende Arbeit zeigt, konnte der Münchner Laienbrief die Kirchenleitung leider nicht zu einem öffentlichen Wort gegen die Judenverfolgung bewegen. Daher konnte der Brief weder auf die nationalsozialistische Regierung noch auf die Kirchengemeinden den erzielten Einfluss nehmen und sich positiv gegen die Judenverfolgungen auswirken.

Dennoch muss man die Intervention des Münchner Laienkreises nicht als gescheitert ansehen. Dieser Brief und auch die davon inspirierte Flugschrift Höchstädters kann als wichtige Station für die Entstehung einer neuen Solidarität zwischen Christen und Juden betrachtet werden.<sup>251</sup> Er enthält eine weit nach vorwärts zeigende ekklesiologische Perspektive: Die Verbundenheit mit dem jüdischen Volk wird als das vornehmste Zeichen der Kirche verstanden, ohne das sie ihr Kirche-Sein einbüßt.<sup>252</sup> Die heutige Position der EKD, die in der Denkschrift „Christen und Juden III“<sup>253</sup> vom Jahr 2000 zusammengefasst ist, vertritt Ansichten, die auch schon im Laienbrief auftauchen, wie die bleibende Erwählung Israels und die gegenseitige Zeugnisfunktion von Israel und Kirche.

So kann man sagen, dass die Mitglieder des Münchner Kreises sowie Helmut Hesse und Walter Höchstädter, die die Botschaft des Laienbriefes auf die jeweilige Art verkündeten, leuchtende Personen sind, die in der dunklen Zeit des Nationalsozialismus Lichter einer neuen Beziehung zwischen Christen und Juden entflamten, deren Strahlen bis in die Gegenwart und über ganz Deutschland reichen. München leuchtet – auch heute noch.

---

<sup>250</sup> Vgl. HÖCHSTÄDTER: *Durch den Strudel der Zeiten geführt*, S. 265ff.

<sup>251</sup> Vgl. WURSTER: *Der Münchner Laienbrief* (1943), S. 99.

<sup>252</sup> Vgl. BARKENINGS: *Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung*, S. 193.

<sup>253</sup> EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND: *Christen und Juden III. Schritte der Erneuerung im Verhältnis zum Judentum*, Denkschrift der EKD 144, 2000. In: *Evangelische Kirche in Deutschland*, URL: <<http://www.ekd.de/EKD-Texte/44597.html>> (03.08.2010).

## 9 Quellen- und Literaturverzeichnis

### 9.1 Unveröffentlichte Quellen

- HÖCHSTÄDTER, Walter: Einige historische Ergänzungen zu der durch einen kleinen Kreis in München verfassten Erklärung zur Judenfrage (7.6.1966). EZA Berlin: 50/785,6-10.

### 9.2 Veröffentlichte Quellen und Darstellungen

- ADAM, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 2003.
- Augsburger Bekenntnis. In: Evangelische Kirche in Deutschland, URL: <[http://www.ekd.de/bekenntnisse/augsburger\\_bekenntnis.html](http://www.ekd.de/bekenntnisse/augsburger_bekenntnis.html)> (03.08.2010).
- BAIER, Helmut: Kirche in Not. Die bayerische Landeskirche im Zweiten Weltkrieg (EKGB 57). Neustadt an der Aisch 1979.
- BARKENINGS, Hans-Joachim: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung. Offener Brief an Landesbischof D. Meiser, Dokument und Kommentar. In: KuI 3, S. 190-194.
- Barmer Theologischen Erklärung. In: Evangelische Kirche in Deutschland, URL: <[http://www.ekd.de/bekenntnisse/barmer\\_theologische\\_erklaerung.html](http://www.ekd.de/bekenntnisse/barmer_theologische_erklaerung.html)> (03.08.2010).
- BARTH, Karl: Die Kirchliche Dogmatik. Band II: Die Lehre von Gott, Zweiter Halbband. Zürich <sup>2</sup>1946.
- BAUTZ, Friedrich Wilhelm: Art. Blumhardt, Johann Christoph. In: BBKL I (<sup>2</sup>1990), Sp. 634-635.
- BECKH, Thomas: Das Institut für Ägyptologie der LMU im Nationalsozialismus. In: Kraus, Elisabeth (Hg.): Die Universität München im Dritten Reich. Teil I. München 2006, S. 249-297.
- BELZ, Jürgen: Kontinuität im Wandel. Kurt Frör – ein Lutheraner mit Weitblick. In: Stollberg, Dietrich (Hg.): Zwischen Kirchenkampf und Moderne. Kurt Frör (1905-1980). Praktischer Theologe und Lutheraner mit Weitblick. Neuendettelsau 2007, S. 11-23.

- BOYENS, Armin: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946. In: Ders. (u.a.): Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge (AKIZ.B 8). Göttingen 1979, S. 7-99.
- BRANDT, Renate: Hermann Diem (1900-1975) und Harald Diem (1913-1941). In: Lächele, Rainer/Thierfelder, Jörg (Hg.): Wir konnten uns nicht entziehen. 30 Porträts zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg. Stuttgart 1998, S. 481-504.
- BRAUN, Hannelore/GRÜNZINGER, Gertrud (Hg.): Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919-1949 (AKIZ.A 12). Göttingen 2006.
- BÜHLER, Anne Lore: Der Kirchenkampf im evangelischen München (EKGB 5). Nürnberg 1974.
- BULTMANN, Rudolf: Neues Testament und Mythologie. Das Problem der Entmythologisierung der neutestamentlichen Verkündigung. München<sup>3</sup>1988.
- BUSCH, Eberhard: Die Barmer Thesen 1934-2004. Göttingen 2004.
- –: Die Menschlichkeit war größer als die Angst. Erinnerung an Kurt Müller (1905-1958). In: EvTh 57 (1997), S. 495-502.
- DIEM, Harald: Luthers Lehre von den zwei Reichen. In: Sauter, Gerhard (Hg.): Zur Zwei-Reiche-Lehre Luthers (TB 49). München 1973, S. 1-173.
- DIEM, Hermann: Das Problem des ‚lebensunwerten Lebens‘ in der katholischen und evangelischen Ethik. In: Ders./Wolf, Uvo Andreas (Hg.): Sine vi – sed verbo, München 1965, S. 90-107.
- –: Das Rätsel des Antisemitismus. In: TEH 80 (1960), S. 3-17.
- –: Ja oder Nein. 50 Jahre Theologie in Kirche und Staat. Stuttgart 1974.
- –: Kirche und Antisemitismus. In: Flitner, Andreas (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 7-23.
- –: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung. Offener Brief an Landesbischof D. Meiser 1943. In: Ders./Wolf, Uvo Andreas (Hg.): Sine vi - sed verbo. Aufsätze, Vorträge, Voten (TB 25). München 1965, S. 108-111.
- –: Wie wenig haben wir geholfen. In: Fink, Heinrich (Hg.): Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden. Berlin 1986, S. 132-143.

- EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND: Christen und Juden III. Schritte der Erneuerung im Verhältnis zum Judentum, Denkschrift der EKD 144, 2000. In: Evangelische Kirche in Deutschland, URL: <<http://www.ekd.de/EKD-Texte/44597.html>> (03.08.2010).
- FREI, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945. München <sup>3</sup>1993.
- GERLACH, Wolfgang: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden (SKI 10). Berlin 1987.
- GOLDHAGEN, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1998.
- GRAF, Friedrich Wilhelm/WASCHBÜSCH, Andreas: Art. Christian Kaiser Verlag. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44853](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44853)> (03.08.2010).
- GÜLDNER, Annette: „Wenn wir Ehre von Menschen annehmen, nehmen wir die Ehre Gottes weg.“ Beispiele ehrenamtlicher Frauenarbeit in der Bekennenden Kirche. In: Hausammann, Susi (Hg.): Frauen in dunkler Zeit. Schicksal und Arbeit von Frauen in der Kirche zwischen 1933 und 1945. Aufsätze aus der Sozietät „Frauen im Kirchenkampf“ (SVRKG 118). Köln 1996, S. 13-35.
- HAMM, Berndt: Schuld und Verstrickung der Kirche. Vorüberlegungen zu einer Darstellung der Erlanger Theologie in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Stegemann, Wolfgang (Hg.): Kirche und Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Köln <sup>2</sup>1992, S. 13-49.
- HELLING, Wilfried: Gleichschaltung und Ausgrenzung. Der Weg der bremischen Anwaltschaft ins Dritten Reich. In: Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen (Hg.): Veröffentlichungen der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen. Band II. Bremen 1990.
- HERMELINK, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933-1945. Tübingen/Stuttgart 1950.
- HERMLE, Siegfried: Evangelische Kirche und Judentum. Stationen nach 1945 (AKIZ.B 16). Göttingen 1990.

- –/THIERFELDER, Jörg (Hg.): Herausgefordert. Dokumente zur Geschichte der Evangelischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 2008.
- HESSE, Eduard: Aus dem Leben und Sterben von Helmut Hesse. In: MEKGR 29 (1980), S. 269-278.
- HÖCHSTÄDTER, Walter: Der Lemppsche Kreis. In: EvTh 48 (1988), S. 468-473.
- –: Durch den Strudel der Zeiten geführt - ein Bericht über meinen Weg von der Monarchie und der Weimarer Republik durch das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Bubenreuth 1983.
- –: Sprungbrett München. In: DtPfrBl 69 (1969), S. 310.
- HOFMANN, Beate: Gute Mütter – starke Frauen. Geschichte und Arbeitsweise des Bayerischen Mütterdienstes (Diakoniewissenschaft. Grundlagen und Handlungsperspektiven 1). Stuttgart/Berlin/Köln 2000.
- HOLL, Oskar: Stille Helfer: Die Quäker in der NS-Zeit. In: Der Maxvorstädter – Online. München 2009, URL: [http://www.munchen.de/ba/03/ba\\_info/docs/StilleHelfer.pdf](http://www.munchen.de/ba/03/ba_info/docs/StilleHelfer.pdf) (03.08.2010).
- KARWEHL, Richard: Politisches Messiasstum. In: ZZ 9 (1931), S. 519-543.
- KITZMANN, Armin Rudi: Mit Kreuz und Hakenkreuz. Die Geschichte der Protestanten in München 1918-1945. München 1999.
- KRAUS, Hans-Joachim: „Israel“ in der Theologie Calvins. In: Kraus, Hans-Joachim (Hg.): Rückkehr zu Israel. Beiträge zum christlich-jüdischen Dialog. Neukirchen-Vluyn 1991, S. 189-199.
- KÜNNETH, Walter: Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet. Wuppertal 1979.
- KUPISCH, Karl (Hg.): Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871-1945, München 1965.
- LICHTENFELD, Manacnuc Mathias: Georg Merz – Pastoraltheologe zwischen den Zeiten. Leben und Werk in der Weimarer Republik und Kirchenkampf als theologischer Beitrag zur Praxis der Kirche (LKGG 18). Gütersloh 1997.
- LÖFFLER, Peter (Hg.): Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten. Band 2: 1939-1946 (VKZG.Q 42). Paderborn <sup>2</sup>1996.

- MEHLHAUSEN, Joachim: 150 Jahre Chr. Kaiser Verlag. In: EvTh 55. (1995), S. 393-401.
- MEIER, Kurt: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches (AGK.E 7). Göttingen 1968.
- MERZ, Georg/MERZ, Johannes: Wege und Wandlungen. Erinnerungen aus der Zeit von 1892-1922. München 1961.
- NIEMÖLLER, Wilhelm: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes. Bielefeld 1956.
- NORDEN, Günther van: Helmut Hesse – ein Bekenntnispfarrer, den die Bekennende Kirche nicht ertrug. In: MEKGR 29 (1980), S. 241-268.
- –: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933 bis 1945. In: MEKGR 27 (1978), S. 251-273.
- NOSS, Peter: Art. Carl Gunther Schweitzer. In: BBKL IX (1995), Sp. 1200-1210.
- RAUH-ROSENBAUER: Sabine, Walter Classen. In: Albert Lempp, URL: <<http://www.albert-lempp.de/der-lemppsche-kreis/walter-classen/>> (03.08.2010).
- RÖHM, Eberhard/THIERFELDER, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Band 1: 1933-1935. Ausgegrenzt. Stuttgart <sup>2</sup>2004.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 2/I: 1935-1938. Entrechtet. Stuttgart 1992.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 2/II: 1935-1938. Entrechtet. Stuttgart 1992.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 3/I: 1938-1941. Ausgestoßen. Stuttgart 1995.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 3/II: 1938-1941. Ausgestoßen. Stuttgart 1995.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 4/I: 1941-1945. Vernichtet. Stuttgart 2004.
- –: Juden – Christen – Deutsche. Band 4/II: 1941-1945. Vernichtet. Stuttgart 2007.
- RÜHLE, Oskar: Art. Carl Schweitzer. In: RGG<sup>2</sup> V (1931), Sp. 341.
- SCHÄFER, Gerhard/FISCHER, Richard: Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation. Stuttgart 1968.

- SCHÖNLEBE, Dirk: München im Netzwerk der Hilfe für „nicht-arische“ Christen 1938-1941. In: Bäumler, Klaus (Hg.): Von ihren Kirchen verlassen und vergessen? Zum Schicksal Christen jüdischer Herkunft im München der NS-Zeit. München 2006, S. 1-145.
- SCHOLDER, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusion 1918 – 1934. Frankfurt a. M./Berlin 1977.
- –: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Frankfurt a. M./Berlin 1980.
- –: Judentum und Christentum in der Ideologie und Politik des Nationalsozialismus 1919-1945. In: Ders. (Hg.): Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1988, S. 247-258.
- SCHWEITZER, Carl Gunther: Art. Apologetik. IV. Praktische Apologetik (Apologie). In: RGG<sup>3</sup> I (1957), Sp. 489-492.
- SCHWEITZER, Wolfgang: Eine Anmerkung zu W. Höchstädters Beitrag über den Lemppschen Kreis. In: EvTh 49 (1989), S. 122f.
- THIERFELDER, Jörg: Art. Kirchlich-theologische Sozietät. In: RGG<sup>4</sup> IV (2001), Sp. 1380.
- TÖDT, Heinz Eduard: Die Kirche nach der Pogromnacht. Versuch einer Rechenschaft. In: EvKomm 11 (1988), S. 633-638.
- TÖLLNER, Axel: Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraph und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich“ (KuG 36). Stuttgart 2007.
- TRAUB, Hellmut: Nein, Herr Seim! Antwort auf: Jürgen Seim, Zur christlichen Identität im jüdisch-christlichen Gespräch. In: EvTh 52 (1992), S. 178-185.
- Ude, Christian: Medaille „München leuchtet - Den Freunden Münchens“. In: München, URL: <<http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/ehrungen/mleuchtet/39303/>> (05.09.2010).
- ULRICHS, Hans-Georg: Hellmut Traub (1904-1994) – eine biographische Skizze. In: Traub, Hellmut (Hg.): „Unerschrocken zur Zeit oder Unzeit“. Beobachtungen eines Predigers, Zeugen und Lehrers zur kirchlichen Zeitgeschichte. Wuppertal 1997, S. 14-19.

- WEBER, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Band 1. Tübingen 1920.
- WIDMANN, Martin: Die Geschichte der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg. In: Bauer, Karl-Adolf (Hg.): Predigtamt ohne Pfarramt? Die „Illegalen“ im Kirchenkampf. Neukirchen-Vluyn 1993, S. 110-190.
- WURSTER, Markus: Der Münchner Laienbrief (1943). In: Norden, Günther van/Wittmütz, Volkmar (Hg.): Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg (SVRKG 104). Köln 1991, S. 77-102.

## 10 Anhang

Text I: Der Münchner Laienbrief (Ostern 1943)

DIEM, Hermann: Wider das Schweigen der Kirche zur Judenverfolgung. Offener Brief an Landesbischof D. Meiser 1943. In: Ders./Wolf, Uvo Andreas (Hg.): *Sine vi - sed verbo*. Aufsätze, Vorträge, Voten (TB 25). München 1965, S. 108-111.

Hochwürdiger Herr Landesbischof!

Als Christen können wir es nicht mehr länger ertragen, daß die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt. In der Kirche des Evangeliums sind alle Gemeindeglieder mitverantwortlich für die rechte Ausübung des Predigtamtes. Wir wissen uns deshalb auch für sein Versagen in dieser Sache mitschuldig. Der zur Zeit drohende nächste Schritt: die Einbeziehung der sog. „privilegierten“ Juden in diese Verfolgung unter Aufhebung der nach Gottes Gebot gültigen Ehen mag der Kirche die Veranlassung geben, das durch Gottes Wort von ihr geforderte Zeugnis abzulegen gegen diese Verletzung des 5., 6., 7., 8., 9. und 10. Gebotes und damit endlich das zu tun, was sie längst hätte tun müssen.

Was uns treibt, ist zunächst das einfache Gebot der *Nächstenliebe*, wie es Jesus im Gleichnis vom barmherzigen Samariter ausgelegt und dabei ausdrücklich jede Einschränkung auf den Glaubens-, Rassen- oder Volksgenossen abgewehrt hat. Jeder „Nichtarier“, ob Jude oder Christ, ist heute in Deutschland der „unter die Mörder Gefallene“, und wir sind gefragt, ob wir ihm als der Priester und Levit, oder wie der Samariter begegnen.

Von dieser Entscheidung kann uns keine „*Judenfrage*“ entbinden. Vielmehr hat die Kirche bei diesem Anlaß zugleich zu bezeugen, daß die Judenfrage primär eine evangelische und keine politische Frage ist. Das politisch irreguläre und singuläre Dasein und Sosein der Juden hat nach der Heiligen Schrift seinen alleinigen Grund darin, daß dieses Volk von Gott als Werkzeug seiner Offenbarung in Beschlag genommen ist.

Die Kirche hat allen *Juden* unermüdlich zu bezeugen, so wie es die ersten Apostel – nach Golgatha! – getan haben: „Euch *zuvörderst* hat Gott auferweckt seinen Knecht Jesus und hat ihn zu euch gesandt, euch zu segnen, daß ein jeglicher sich bekehre von

25 seiner Bosheit“ (Acta 3,26). Dieses Zeugnis kann die Kirche nur dann für Israel glaubwürdig ausrichten, wenn sie sich zugleich um den „unter die Mörder gefallen  
Juden“ annimmt.

Sie hat dabei insbesondere jenem „christlichen“ Antisemitismus in der Gemeinde selbst zu widerstehen, der das Vorgehen der nichtchristlichen Welt gegen die Juden,  
30 bzw. die Passivität der Kirche in dieser Sache mit dem „verdienten“ Fluch über Israel entschuldigt und die Mahnung des Apostels an uns Heidenchristen vergißt: „Sei nicht stolz, sondern fürchte dich. Hat Gott die natürlichen Zweige nicht verschont, daß er vielleicht dich auch nicht verschone“ (Röm 11,20f.).

Dem *Staat* gegenüber hat die Kirche diese heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu  
35 bezeugen und jedem Versuch, die Judenfrage nach einem selbstgemachten politischen Evangelium zu „lösen“, d. h. das Judentum zu vernichten, aufs äußerste zu widerstehen als einem Versuch, den Gott des 1. Gebotes zu bekämpfen. Die Kirche muß be-  
kennen, daß sie als das wahre Israel in Schuld und Verheißung unlösbar mit dem Ju-  
dentum verknüpft ist. Sie darf nicht länger versuchen, vor dem gegen Israel gerichteten  
40 Angriff sich selbst in Sicherheit zu bringen. Sie muß vielmehr bezeugen, daß mit Israel sie und ihr Herr Jesus Christus selbst bekämpft werden.

Das Zeugnis, das der Kirche durch das Gleichnis vom barmherzigen Samariter gebo-  
ten ist, wird also durch die „Judenfrage“ nicht etwa suspendiert. Das Phänomen der  
Juden, an denen sich die prophetische Weissagung erfüllt, „daß sie sollen zum Fluch,  
45 zum Wunder, zum Hohn und zum Spott unter allen Völkern werden“ (Jer 29,18), be-  
zeugt aller Welt den Gott des 1. Gebotes, der durch sein Handeln an Israel seinen  
Herrschaftsanspruch an die Völker kundtut. Dieses Phänomen hat die Kirche zu inter-  
pretieren. Sie hat also durch ihre Verkündigung dafür zu sorgen, daß die Regierenden  
diesem Zeugnis nicht auszuweichen versuchen durch Beseitigung dieses Phänomens.  
50 Das tut sie durch die Verkündigung des Evangeliums von dem Gott, der Israel und uns  
„aus Ägyptenland, aus dem Diensthause geführt hat“ (2. Mose 20,2) und trotz aller  
Untreue der von ihm aus Juden und Heiden Erwählten seinem Bund treu bleibt. Sie  
bezeugt damit den Regierenden, daß diese allein durch den Glauben an Jesus Christus  
frei werden können von der Dämonie ihres politischen „Evangeliums“, das sie in ihrer  
55 durch kein Gesetz Gottes begrenzten Besessenheit verwirklichen wollen.

Die Kirche hat also den Regierenden für ihr Verhalten gegen Israel nicht nur die Ge-  
bote der 2. Tafel zu predigen, sondern zugleich zu bezeugen, daß diese Predigt durch

das 1. Gebot gefordert ist und daß die Regierenden nur im Gehorsam gegen den Gott des 1. Gebotes ihr Amt recht ausrichten, d. h. das Gesetz recht handhaben können.

60 Das Zeugnis der Kirche gegen die Judenverfolgung in Deutschland wird so zu einem mit besonderem Gewicht ausgestatteten Sonderfall des der Kirche gebotenen Zeugnisses gegen jede Verletzung der 10 Gebote durch die staatliche Obrigkeit. Sie hat *im Namen Gottes* – also *nicht* mit politischen Argumenten, wie das ab und zu schon geschehen ist – den Staat davor zu warnen, daß er „den Fremdlingen, Witwen und Waisen keine Gewalt tut“ (Jer 7,6), und ihn zu erinnern an seine Aufgabe einer gerechten Rechtsprechung in einem ordentlichen und öffentlichen Rechtsverfahren aufgrund humaner Gesetze, an das Gebot der Billigkeit im Strafmaß und im Strafvollzug, an seinem Rechtsschutz für die Unterdrückten, an die Respektierung gewisser „Grundrechte“ seiner Untertanen usw.

70 Dieses Zeugnis der Kirche muss öffentlich geschehen, sei es in der Predigt, sei es in einem besonderen Wort des bischöflichen Hirten- und Wächteramtes. Nur so kann es seine Aufgabe erfüllen, allen denen, die legislativ oder exekutiv an dieser Verfolgung mitwirken, und zugleich den betroffenen Juden und der in ihrem Glauben angefochtenen christlichen Gemeinde die schuldige Unterweisung der Gewissen zu geben. Alles, was bisher von der Kirche in Deutschland in dieser Sache getan wurde, kann nicht als solches Zeugnis gelten, da es weder öffentlich geschah noch inhaltlich der Aufgabe des Predigtamtes in dieser Sache gerecht wurde.

Wenn wir uns an Sie wenden, hochwürdiger Herr Landesbischof, damit Sie das der Kirche gebotene Zeugnis veranlassen, so bitten wir Sie dringend: Sehen Sie in unserem Schritt nicht nur eine jener Mahnungen zu kräftigerem Reden, denen Sie aufgrund der größeren Übersicht, die Sie durch Ihr hohes Amt haben, allerlei Erwägungen der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes im Blick auf die möglichen Folgen nicht nur für die Kirche, sondern auch für die betroffenen Juden selbst entgegenstellen können. Es geht uns nicht um Komparative. Wir meinen auch, jene Folgen schon selbst soweit bedacht zu haben, als dies erlaubt und geboten ist. Aber es geht uns um etwas anderes:

85 Als lutherische Christen wissen wir mit Artikel V des Augsburgerischen Glaubensbekenntnisses, daß wir ohne das Predigtamt der Kirche nicht zum Glauben kommen können. Darum treibt uns neben dem Mitleid für die Verfolgten die Angst, das Predigtamt unserer Kirche könne durch sein Schweigen sein Dasein sichern wollen um den Preis,

90      daß es dafür seine Vollmacht und Glaubwürdigkeit zu binden und zu lösen verliert.  
Und damit wäre alles verloren – mit der Kirche wäre auch unser Volk verloren.

München, an Ostern 1943

Text II: Die Flugschrift Walter Höchstädters

HÖCHSTÄDTER, Walter: Durch den Strudel der Zeiten geführt - ein Bericht über meinen Weg von der Monarchie und der Weimarer Republik durch das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Bubenreuth 1983, im Anhang.

Darum seid nüchtern !

### **EIN GRUSS AN DIE BRÜDER**

Es war in den letzten Nächten, bevor ich als Soldat zum Frankreichfeldzug verladen wurde, als ich unter diesem Thema meine Gedanken sammelte, gleichsam als theologisches Vermächtnis für den Fall, dass mir etwas zustossen sollte. Inzwischen sind  
5 vier Jahre dahingegangen, vier grauenvolle Jahre des Krieges, der Finsternis, der Lüge, des Hasses, des Leids und des Jammers. Durch Gottes Güte wurde ich in dieser zeit gnädig bewahrt und glücklich hindurchgeführt. Aber mit Schrecken musste ich sehen, dass das, was ich damals in banger Ahnung befürchtete, sich erfüllt hat, so  
10 grauenvoll, so entsetzlich, wie ich es kaum zu denken wagte. Darum muss ich noch einmal das Wort ergreifen und dasselbe wieder sagen, mit denselben Worten wie damals – ich brauche davon nichts zurückzunehmen – nur noch eindringlicher, noch flehender. Als ich diese Gedanken vor 4 Jahren aussprach, da begegnete mir hie und da der Einwand, das sei **einseitig**. Ja ist das **einseitig**, wenn man als Christ mit den  
15 Gedanken der Hl. Schrift ernst macht, wenn man es einmal wagt, an **einem** Punkt das Weltgeschehen mit den Augen des Christen zu sehen ? Warum soll der Pfeil, der auf der Sehne liegt, - wie Karl Barth sagt – nicht auch losschnellen ? Ist das einseitig ? Soll die Christenheit es nicht endlich einmal wagen, mit dem » Sowohlalsauch « zu brechen und statt dessen zu dem klaren » Entwederoder « der Apostel und Propheten  
20 überzugehen ? Darum möchte ich es nocheinmal und noch etwas deutlicher als damals sagen : Darum seid nüchtern ! (1. Petr. 5, 8;)

„Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, dass er die Werke des Teufels zerstöre“ (1. Joh. 3, 8;) Es gibt wohl kein Wort in der ganzen Bibel, das die frohe Botschaft, das Evangelium von Jesus Christus, knapper und klarer zusammenfasst, als dies einzelne Sätzlein. Jesus Christus, der Bringer und Kündler des Reiches Gottes, der den Teufel besiegt und sein Reich zerstört hat ! Diese Tatsache gab den Aposteln die Siegesgewissheit und Zuversicht ihres Glaubens. Er selber, der Herr, hat sie mit hineingenommen in

30 seinen Sieg. Ja er selber hat ihnen die Macht gegeben über die Teufel und unsauberen Geister. (Matth. 10, Luk. 10) So, wie sie es an ihrem Herrn tausendfach gesehen hatten, so haben sie es auf ihrer eigenen Predigtfahrt als Apostel beglückend erfahren, dass ER den Sieg errungen hat, dass die Teufel ihnen in **seinem** Namen untertan sind. Ja diese ihre Freude darüber war so gross, dass der Herr ihnen gleichsam als leise Mahnung sagte, sie möchten nicht so sehr auf den Akt des Sieges und auf den Besiegten, sondern auf das grosse Ziel des Sieges sehen. „Doch darin freuet euch nicht, dass  
35 euch die Geister untertan sind. Freuet euch aber, dass eure Namen im Himmel geschrieben sind.“ (Luk. 10, 20;) Aber trotzdem soll es die Gewissheit der Jünger sein, dass der Teufel besiegt ist, dass er keine Macht mehr an ihnen hat. Wohl lebt er noch, wohl kann er sich noch auf der Welt austoben. Aber der Jünger Jesu weiss, das ist nur das zornige Schreien und Toben des Gefangenen, dem nicht mehr viel Zeit gegeben  
40 ist. (Off. 12, 12;) Seine Uhr ist abgelaufen, das Urteil ist gesprochen. Der Teufel ist besiegt und mit ihm sein **ganzes Heer**. Man mag heute dazu stehen, wie man will, die Meinung des neuen Testaments ist es, dass der Teufel nicht **allein** steht. Genau wie Gott, der Herr Zebaoth, der Herr der Heerscharen, umgeben ist von unsichtbaren, ihm dienenden Geistern, so ist auch sein Widersacher von Fürstentümern und Gewalten  
45 umgeben, von finsternen Mächten und Dämonen, von bösen Geistern ohne Zahl. Ihr Reich ist überall die Sünde und ist dort, wo Menschen in Leid und Krankheit sind. Es kann hier nicht eingegangen werden auf all die verborgenen Zusammenhänge von Sünde, Leid, Schuld und Krankheit. Das Eine steht fest, dass Jesus und das ganze Neue Testament hinter vielen, vor allem den seelischen Erkrankungen den Teufel und  
50 sein Reich hat stehen sehen. (Damit ist über die persönliche Schuld und Unschuld der betroffenen Kranken – die alte Hiobsfrage – nichts ausgesagt.) Den ersten Christen war es klar, dass ein Millionenheer von Dämonen und bösen Geistern als Widersacher Gottes da ist. Aber sie **glaubten**, dass Jesus gesiegt hat. Aus dieser Gewissheit haben sie geredet und gelebt und konnten darum über Schlangen und Skorpione gehen. (Luk.  
55 10, 19, Ap. Gesch. 28, 5;) In der Vollmacht des über sie ausgegossenen Hl. Geistes standen sie vor dem Hohen Rat, vor Fürsten, Königen und Gewaltigen. In der Vollmacht dieses Geistes heilten sie Kranke und Besessene und in der Vollmacht dieses Geistes hatten sie auch die Gabe, Geister zu scheiden, (1. Thess. 5, 21; 1. Kor. 12, 10; 1. Joh. 4, 1-3;) eine sehr wichtige Gabe, die sie in mancher Lage die rechte Entscheidung fällen liess. (Apostelkonzil ! Ap. Gesch. 15.) So war die erste Gemeinde – bei aller  
60 menschlichen Schwachheit der Jünger – das Heer des Siegers, das die Fahne seines

Herrn weitertrug durch die Welt. Das geht aus allen Zeugnissen des Neuen Testaments klar hervor. Darum setzt uns der gerade Weg, den die erste Gemeinde ging, immer wieder in Erstaunen. Wie wenig ist davon in unserem heutigen Glaubensleben, in den  
65 heutigen Gemeinden, in der heutigen Kirche zu spüren ! Ein Mann, wie Joh. Chr. Blumhardt, der es im letzten Jahrhundert wagte, den Sieg Jesu Christi über den Teufel offen zu verkündigen und in fröhlichem Glauben darnach zu leben und zu handeln, wird von vielen nur als Sonderfall gewertet, als „Sonderfall“ einer neben vieler anderer Arten von „Christentum“. Wie wenig ist er bekannt ! Und dabei ist er doch einer  
70 von den ganz grossen, wie Gott sie seiner Gemeinde jedes Jahrhundert nur **einmal** schenkt. Blumhardt mit seinem fröhlichen „Jesus ist Sieger“ stellt die heutige Christenheit vor die ernste Frage, ob ihr nicht das Entscheidende fehlt.

Der Teufel ist besiegt. Aber dennoch sagt der Apostel: „Darum seid nüchtern und wachet; denn euer Widersacher der Teufel geht umher wie ein brüllender Löwe und  
75 sucht, welchen er verschlinge“. Er weiss, noch ist der Teufel da und ist eine Macht. Er schleicht wie ein Löwe um die Hürde der jungen Gemeinde und sucht, ob er nicht irgendwo eine Lücke im Zaun findet, durch die er eindringen könnte. Nachdem er damals kein Tor offen fand, brach er ein, wütend und rasend, mit „Schnauben, Drohen und Morden“ (Ap. Gesch. 9, 1;). Ist es ein Wunder, dass die Gemeinde durch die härteste Verfolgung musste ? Hat es nicht ihr Herr vorausgesagt ? (Matth. 10, Joh. 15,  
80 18;) Kann es anders sein, als dass er gegen die Gemeinde Christi sein ganzes höllisches Heer immer wieder heraufführt? Er setzt zum verzweifeltsten Kampf an und tat und tut es immer wieder, wo er Christus und seine gläubige Gemeinde sieht. Aber das Wort des Herrn hat sich erfüllt: „Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden“  
85 (Matth. 16, 18.) Die Gemeinde hat immer im Lauf ihrer Geschichte fast alle Verfolgungen siegreich überstanden.

Aber damit ist nicht der ganz Kampf des Teufels gegen die Gemeinde vollendet. Geht es nicht mit Brutalität, mit „gross Macht“, so geht es vielleicht mit Versuchungen von innen, mit „viel List“. Schon im Neuen Testament ist das als die **grösste** Gefahr für  
90 die Gemeinde erkannt worden. (Matth. 24, 5 ff, bes. Vers 10 u. 11. Ap. Gesch. 20, 29; 2. Petr. 2.) Und dies ist dem Widersacher oft – nur allzu oft – geglückt. Er hat das Loch im Zaun gefunden und brach ein in die Gemeinde, die nicht mehr nüchtern und wach war. Darum wurde es ärger, als vorher. Der Herr selbst sah das voraus und erzählt darum das ernste Gleichnis von dem Dämon, der in das leere Haus zurückkehrt,  
95 aus dem er ausgetrieben war, und bringt sieben andere mit, die ärger sind, denn er.

(Matth. 12.) Das ist das grosse Aergernis, das jeder Nichtchrist beim Lesen der Kirchengeschichte nehmen muss, wenn er all die Kämpfe, all den Zank, allen Streit, alle Untaten, all die Greuel und Grausamkeiten liest, welche im Lauf der letzten 2 Jahrtausende in der „Kirche“ geschehen sind. Das, was dem Teufel durch die brutalste Verfolgung nicht geglückt ist, das gelang ihm durch List. Er hat die Gemeinde zu Fall gebracht. Die Anfänge können wir schon im 2. Jahrhundert feststellen. Und nun erst als die Verfolgungen zu Ende waren ! Kaum war die Gemeinde unter Kaiser Konstantin und seinen Söhnen aus der Verfolgung genommen, war vor der Welt anerkannt, war die allein geduldete Staatsreligion, da erlag sie den Versuchungen der Welt. Da kam über sie der Machtrausch und das Rachegelüste. Sie hat vergessen, was sie wenige Jahrzehnte vorher selbst geduldet, gelitten und geseufzt hatte unter der Verfolgung. Nun verfolgte sie ihrerseits all ihre bisherigen Verfolger, vergalt Gleiches mit Gleichem an Heiden und Juden. Tempelstürme, Heiden-und Philosophenverfolgungen und Judenhetzen waren nun an der Tagesordnung. Die Gemeinde vergass das Wort des Apostels : „Rächet euch selbst nicht, meine Liebsten, sondern gebet Raum dem Zorn Gottes...“ (Röm. 12, 19;) Schon die Apostel hatten einst dies zelotische Gelüste. Als sie die ungläubigen Städte Samarias sahen, baten sie ihren Herrn, er möge Feuer vom Himmel auf sie regnen lassen, er möge „Vergeltung“ üben. Aber da heisst es: „Jesus wandte sich und bedrohte sie und sprach : Wisset ihr nicht, wes Geistes Kinder ihr seid ?“ (Luk. 9, 55.)

Wie oft hat die Gemeinde später diese Worte Jesu vergessen ! Von den Zeiten Konstantins über die Ketzerverfolgungen ohne Zahl, über die Kreuzzüge und die Reformationzeit bis in die Gegenwart, wie viel Blut, wie viel unschuldiges Blut ist geflossen, wie hartherzig, wie lieblos und glaubenslos hat die Gemeinde Christi gehandelt ! Es ist Schuld der ganzen Christenheit, und wir dürfen die Anklage der Welt nicht einfach zurückweisen und sagen, das sei im „Mittelalter“ geschehen. Wir müssen es bekennen und die Schuld mittragen, auch wenn es sich um krankhafte Erscheinungen, um Besessenheiten handelte, wie den Hexenwahn.

Es muss zur Ehre der Gemeinde gesagt werden, dass sie sich lange Zeit im Mittelalter gegen diesen aus dem Heidentum kommenden Wahn gestellt hat und dass führende Männer der Christenheit (Bischöfe und Päpste) sich in Erlassen gegen diese Besessenheit gewandt haben. Aber schliesslich ist die Kirche ihm doch erlegen. Im Malleus maleficarum der Dominikanermönche Heinrich Institoris und Jakob Sprenger entstand das Standardwerk für alle Hexenprozesse vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. Es ist

130 Schuld der Gemeinde, dass sie diesem Wahn erlegen ist, statt dass sie im Namen Jesu und in Vollmacht des Hl. Geistes ihn bekämpfe hat; denn sie hat ja von ihrem Herrn die Verheissung, dass alle Teufel ihr untertan sind, auch die Dämonen der Besessenen. Und im Hexenwahn handelt es sich um eine Besessenheit, einen Massenwahn.

Es ist sehr schwer und vielleicht nicht angebracht, über die Schuld vergangener Geschlechter zu urteilen, und der Vorwurf ist berechtigt, dass wir damals genau so gehandelt hätten. Aber aus biblischer Erkenntnis heraus dürfen wir es wohl wagen, nicht mit Hochmut, sondern mit dem festen Willen, in ähnlichen Fällen dann so zu handeln, wie es der Gemeinde Jesu befohlen ist. Die Gemeinde muss wissen, was der teuflische Grund des Hexenwahns ist. Es ist die alte Absicht des Teufels, dass der Mensch alle Schuld von sich auf andere schiebt. Für jedes Unglück, für jedes Leid muss ein Sündenbock gefunden werden, der gestraft wird. Die Geschichte der Hexenprozesse zeigt das klar. Immer war ein **Anlass** gegeben. Wenn die Pest ausgebrochen war, wenn Krankheit und Seuchen die Menschen oder auch nur das Vieh dahinrafften, wenn Feuersbrünste oder Hagelschlag oder Hochwasser das Land heimsuchten, dann gingen die Hexenprozesse los. Irgend jemand musste doch schuld sein. Und hier ist nun die Stelle, wo die **Gemeinde** um Christi willen hätte Front machen müssen : „Wie murren denn die Leute im Leben also ? ein jeglicher murre wider seine Sünde.“ (Kl. Jer. 3, 39.). Die Gemeinde hätte aufzeigen müssen, dass es von Anfang an im Menschen begründet liegt, jede Schuld ausserhalb von sich zu suchen, statt im eigenen Herzen. (Sündenfall !) Statt Hexen zu suchen, zu foltern, zu verbrennen hätte die Gemeinde Busse tun und Busse predigen müssen. So haben es auch mitten in der Zeit der Hexenverfolgungen etliche Christen getan. (Der Jesuit Friedrich Spee und der Calvinist Johannes Weyer). Wir sehen daraus, welch schlichte, nüchterne, fast prosaische Sache der Exorzismus im Namen Jesu ist.

155 Diese Erkenntnis ist aber für uns heute von ungeheurer weittragender Bedeutung. Wir leben in einem Zeitalter, das nicht minder von Wahnideen und Dämonen durchtobt ist, als das Mittelalter. Statt des Hexenwahns feiert in unserem angeblich so „aufgeklärten“ Zeitalter der **Judenwahn** seine Orgien. Der Judenwahn, der schon im Mittelalter furchtbar getobt hatte, ist heute in sein akutes Stadium getreten. Da hat die Kirche, die Gemeinde Jesu Christi, zu bekennen. Da hat sie sich zu bewähren, da hat sie im Namen Jesu Christi Stellung zu nehmen, d. h. **Exorzismus** zu treiben. Wenn sie es nicht tut, dann hat sie versagt, genauso wie damals zur Zeit der Hexenverfolgungen. Das Blut von Millionen hingeschlachteter Juden, von Männern, Frauen und Kindern schreit

165 heute gen Himmel. Da darf die Kirche nicht schweigen. Sie darf da nicht sagen, die  
Regelung der Judenfrage sei eine Angelegenheit des Staates, wozu er aufgrund von  
Röm. 13 ein Recht habe. Die Kirche darf auch nicht sagen, in der heutigen Zeit voll-  
ziehe sich eben die gerechte Strafe für die Sünden der Juden. Wer derartig ein Zu-  
schauer der Gerichte Gottes sein will, der wird zur Salzsäule erstarren. (1. Mose  
19,26.) Das schreckliche Schicksal der Juden kann die Gemeinde Jesu nicht anders  
170 vernehmen, als in Demut, in barmherzigem Mitleiden und in heiligem Erschrecken :  
„Sie sind ausgebrochen um ihres Unglaubens willen, du stehst aber durch den **Glau-  
ben**. Sei nicht stolz, sondern fürchte dich ! Hat Gott die natürlichen Zweige nicht ver-  
schont, dass er vielleicht auch dich nicht verschone.“ (Röm. 11,20f.) Es gibt also keine  
indifferente Haltung für den Christen in dieser Frage. Es gibt keinen gemässigten –  
175 christlichen – Antisemitismus. Auch dann nicht, wenn er einleuchtend mit vernünftigen  
(etwa nationalen) Gründen dargelegt wird, oder gar mit wissenschaftlichen (sage :  
scheinwissenschaftlichen) Gründen. Auch der Hexenwahn wurde einst von Kapazitäten  
der theologischen, juristischen und medizinischen Fakultäten wissenschaftlich be-  
gründet. Der Kampf gegen das Judentum kommt aus derselben trüben Quelle, wie  
180 einst der Hexenwahn. Das Suchen nach dem „Sündenbock“ hat auch die heutige  
Menschheit nicht verlernt. Darum fahndet sie nach allerlei Schuldigen, den Juden, den  
Freimaurern und überstaatlichen Mächten. Das ist der Hintergrund aller Hassgesänge  
unserer Zeit.

185 Wer aber kennt wirklich die Geschichte des Judentums ? Wer hat sich einmal wirklich  
die Mühe gemacht ein objektiv geschriebenes Buch, etwa das Standardwerk, die Ge-  
schichte des Judentums von **Heman** und Otto v. **Harling** zu lesen ? (Calver Vereins-  
buchhandlung, Stuttgart 1927.) **Eines** geht daraus klar hervor : An der Verstockung  
der Juden trägt die Christenheit selbst die Hauptschuld. Statt die Haltung des Missio-  
nars gegenüber den Juden zu bewahren, wie es Petrus und die anderen Apostel einst  
190 taten, (Ap. Gesch. 3, 26. Röm. 9 – 11) statt sie durch Güte und Liebe zu gewinnen, hat  
die Christenheit sie ihren Hass entgelten lassen. (s. O.) Seit Konstantin stehen die Ju-  
den unter Ausnahmegesetzen. Seit dieser Zeit spüren sie die brutale Faust der Chris-  
ten. Ist es ein Wunder, dass sie, die nichts von der Liebe Christi wissen, sich in immer  
grösseren Hass und Verbitterung hineinsteigerten ? Nicht sie selbst, sondern die  
195 **Christen** haben sie zu dem gemacht, was sie heute sind. Jahrhundertlang waren sie  
die „Parias“ der Menschheit. (Heman, a.a.O. S. 142.) Christliche Fürsten haben ihnen  
den Zutritt zu den bürgerlichen Berufen verboten, christliche Herrscher haben sie zu

den „Prostituierten“ des Wirtschaftslebens gemacht, die sie in ihrer grausamen Habgier und Gewinnsucht brauchten; denn ihnen war das Zinsnehmen durch die Kirche verboten, den Juden aber war es gestattet. So waren diese den Machthabern höchstwillkommene Helfer. Hatte aber der Jude seine Schuldigkeit getan, dann bekam er den Fusstritt. Das ist das Grundgesetz der jüdischen Geschichte bis in die neuere Zeit. Es ist eine Geschichte von Schuld und Sühne ohne Ende, ein Knäuel von Schuld. Wer gibt uns das Recht, die Schuld einseitig den Juden zuzuschieben? Einem Christen ist das verboten. Ein Christ kann kein Antisemit sein, auch kein, „gemässiger“ Antisemit. Der Einwand, dass ohne einen „gesunden“ Antisemitismus als Reaktion die Verjudung des Volkslebens eine schreckliche Gefahr würde, stammt aus einer glaubenslosen und rein säkularen Schau der Dinge, die für den Christen überwunden sein sollte.

So gilt es für die Christenheit unserer Tage dieselbe Entscheidung zu fällen, wie für die Gemeinden des Mittelalters. Statt Fahndung nach dem Sündenbock und statt Hassgesängen hat sie die **Busse** und das Bekenntnis der eigenen Schuld zu verkündigen. Gegenüber allen Dämonien der Zeit hat sie Exorzismus zu treiben in der sieghaften Zuversicht, dass Jesus der Sieger ist, dass er ein Herr aller Geister ist, dass ihm alles untertan sein muss und dass Er die Welt auf seine Wiederkunft und sein herrliches Reich zuführt. Die Kirche kann zwar nicht eingreifen in das Rad der Geschehnisse, die nun ihren unerbittlichen Gang gehen. Aber sie hat zu **bekennen**. Sie hat zu **verkündigen**. Und sie muss nach ihrem Bekenntnis **leben in Glaube, Liebe und Hoffnung**.

Sie hat den **Glauben** zu bekennen, den Glauben an den Sieger Jesus Christus. Sie hat ihn zu bekennen gegenüber allem Unglauben, allem Irrglauben, aller Lüge, die heute von Millionen von Dämonen durch die Welt getragen wird und viele verführt. Alle Ergebenheitsbekundungen und -Telegramme von Kirchenführerkonferenzen und Bischöfen lutherischer Prägung fällten höchst unbiblische Werturteile und trugen nur mit bei zu der heillosen Verwirrung der Geister. Sie leisteten indirekt den Dämonen grosse Dienste. Sie stehen in einer Reihe mit den Kreuzzugpredigten im Mittelalter und den Judenpredigten der Dominikaner zur Zeit der Judenverbrennungen im 15. Jahrhundert. Die Kirche hat nicht **Werturteile** zu fällen, sondern Glauben zu predigen und den Glauben der Schwachen zu stärken und die Gewissen der Gläubigen zu schärfen, dass sie zur Zeit der teuflischen Versuchungen klar sehen und klare Entscheidungen fällen können.

230 Und die Kirche hat aus der **Liebe** zu leben. Sie hat in das tobende Meer des Hasses ein  
Tröpflein Oel zu giessen – mag es noch so töricht vor der Welt erscheinen. Wehe ihr,  
wenn sie durch **Schweigen** oder durch allerlei verzweifelte Ausflüchte an den Hass-  
ausbrüchen der Welt mitschuldig wird ! Wehe ihr, wenn sie sich aus der Sphäre des  
Hasses stammende Worte und Parolen – und seien es nur Diktionen und Vokabeln;  
235 denn auch hinter Diktionen und Vokabeln stecken Dämonen – zu eigen macht! Die  
Liebe kennt keinen Kompromiss, die Liebe kennt keine Grenzen. Sie kommt aus der  
Wahrheit des Glaubens !

Und die Kirche hat aus der **Hoffnung** zu leben, der Hoffnung auf sein Reich. Dorthin  
gehen ihre Blicke. Die Welt hat heute eine eigene ‚eine säkulare Eschatologie. Sie will  
240 Endgültiges, Ewiges schaffen. Ihre Entscheidungen sollen richtungsweisend sein für  
alle Zukunft. Ihre Weltanschauung erhebt den Kampf ums Dasein, um die materielle  
Existenz zur letzten Wahrheit, er soll der tiefe und letzte Sinn der Welt sein. Demge-  
genüber muss die Gemeinde Jesu ihre Hoffnung verkündigen, das Reich Christi. (2.  
Bitte des Vaterunsers) **Dort** ist die Lösung aller Fragen. **Dort** ist Frieden. **Dort** ist Ge-  
245 rechtigkeit. **Dort** werden alle Ungerechtigkeiten, alles Leid, aller Jammer, alle dunklen  
Rätsel der Welt ihre Lösung finden. Alle Mühseligen und Beladenen, alle Verfolgten  
und Traurigen, alle Armen und Elenden – und dazu gehört heute auch der **Jude** – soll  
sie mit hineinziehen in ihre grosse Hoffnung. Ja die Gemeinde Christi muss denen, die  
zu ihr kommen, selbst einen Vorgeschmack ihrer grossen Hoffnung geben, nicht nur  
250 indem sie ihnen das Wort und das Sakrament bietet, sondern indem sie denen, die ver-  
folgt sind, Schutz gewährt, die, die traurig sind, tröstet und denen, die unter den  
Rechtsbrüchen und Ungerechtigkeiten der Welt leiden, sagt, dass sie mit ihnen leidet  
und sie versteht und trägt, nicht zuletzt durch ihre Fürbitte. So wird die Gemeinde, die  
selbst ganz aus ihrer Hoffnung lebt, für die Welt der Hort und der Inbegriff der Hoff-  
255 nung. Das ist das Gebot der Stunde ! So steht sie dann richtig im Kampf gegen all die  
Mächte des Abgrunds ! Denn mit Glaube, Liebe und Hoffnung hat sie die Zeichen des  
Sieges Jesu in der Hand.



